

## **INI1 Schuldenbremse ausbremsen – Grundgesetz zukunftsfest machen.**

Gremium: Landesparteitag  
Beschlussdatum: 02.12.2023  
Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Die Schuldenbremse macht seit 2011 strenge Vorgaben mit Blick auf die Aufnahme  
2 von Krediten durch Bund und Länder. Dabei war von Anfang an klar, dass diese  
3 Regelung ihr Ziel, ein strukturelles Defizit im Haushalt zu verhindern, nur um  
4 den Preis radikaler staatlicher Enthaltensamkeit im Angesicht multipler Krisen  
5 erreichen kann. Diese Konstruktionsfehler haben sich auf dramatische Weise in  
6 der neuesten Entscheidung des Bundesverfassungsgericht in Sachen  
7 Klimatransformationsfonds gezeigt als eine weitere Folge einer fehlgeleiteten  
8 Regelung.

9 Für uns ist klar: Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form muss weg.  
10 Deutschland weist mit einer Schuldenquote von 64 % des BIP weit unter dem  
11 Durchschnitt der Eurozone iHv 90 %. Damit liegt die Verschuldung deutlich unter  
12 der von anderen wirtschaftlich starken Staaten wie Frankreich (111%) und  
13 Großbritannien (85 %). Der Vergleich zu anderen Staaten zeigt auch: Durch die  
14 Schuldenbremse gerät Deutschland immer weiter in den Rückstand. Während etwa die  
15 Vereinigten Staaten einen kreditfinanzierten Inflation Reduction Act erlassen  
16 haben, welcher die Auswirkungen der weltweiten Inflation weitestgehend  
17 abgeschwächt hat, rutscht Deutschland zunehmend in Richtung Rezession weil dem  
18 Staat die Möglichkeiten fehlen um effektiv gegenzusteuern.

19 Die verheerende Wirkung der Schuldenbremse trifft Ostdeutschland dabei besonders  
20 stark. Hier steht der strukturelle Wandel in ganzen Regionen auf dem Spiel, weil  
21 abseits von Großprojekten zahlreiche Investitionen aufgeschoben werden oder  
22 sogar ganz vor dem Aus stehen. Gleiches gilt für zahlreiche andere Maßnahmen zur  
23 Erreichung der grundgesetzlich geforderten Klimaziele. Im Bereich der Energie-  
24 und Verkehrswende betrifft die aktuelle Haushaltssperre etwa die Errichtung von  
25 Ladestationen für Elektroautos und den Ausbau des öffentlichen Nah- und  
26 Fernverkehrs. Im höchst relevanten Wohnungssektor steht die zügige Sanierung des  
27 überalterten Gebäudebestandes vor dem Aus, weil Geld für Fördermittel fehlt.

28 Auch politisch ist die Schuldenbremse ein hohes Risiko. Finanzielle Austerität  
29 führt, das zeigt ein Blick in andere europäische Staaten ganz deutlich, nicht

30 nicht zu einer Stabilisierung von Finanzen und Gesellschaft und einer gerechten  
31 Verteilung gesellschaftlicher Lasten auf alle Generationen, sondern in  
32 allererster Linie zu einem erstarken (rechts-) extremer Gruppierungen und  
33 Parteien. Neueste Studien belegen: Einsparungen in Höhe von einem Prozent führen  
34 zu einem erstarken rechter Parteien um ca. 3 %. Insbesondere in Ostdeutschland  
35 ist uns schmerzhaft bewusst, welche Folgen sich aus einem plötzlichen Rückzug  
36 des Staates aus essentiellen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ergibt.  
37 Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

38 Daher fordern wir:

39 1) Die Finanzverfassung, insbesondere der Art. 109 und 115GG, muss grundsätzlich  
40 reformiert werden. Wir werden die Schuldenbremse gänzlich abschaffen.

41 2) Die Schuldenbremse darf nicht länger eine Zukunftsbremse sein. Die Aufnahme  
42 von Krediten, die zur Finanzierung langfristiger Investitionen dienen, müssen  
43 unbeschränkt möglich sein. Das gilt insbesondere für Investitionen in  
44 Ostdeutschland und zur Bewältigung der Klimakrise.

45 3) Die Aufnahme anderer Kredite muss flexibilisiert werden, so dass der Staat  
46 auch in Zeiten multipler Krisen handlungsfähig bleibt.

47 4) Die Thüringer Schuldenbremse leidet unter demselben Konstruktionsfehler.  
48 Allein die klimaneutrale Modernisierung der öffentlichen Gebäude wird 270  
49 Millionen Euro kosten, die unter Geltung der Thüringer Schuldenbremse nicht  
50 aufgebracht werden können. Wir werden die entsprechenden Normen ebenfalls  
51 modernisieren.

## **INI2 Keine Gestaltungsmacht für Demokratiefeinde - keine Beteiligung an einer Regierung mit ungeklärten Mehrheiten**

Antragsteller\*in: AFA Thüringen und Jusos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Die Thüringer SPD wird nach der Landtagswahl 2024 in keine Regierung eintreten,  
2 die sich nicht auf eine parlamentarische Mehrheit oder eine verbindliche  
3 Tolerierungsvereinbarung mit einer demokratischen Opposition stützt.

### **Begründung**

Die politische Situation in Thüringen ist durch die vergangenen vier Jahren, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag, äußerst schwierig. Das Ergebnis der Landtagswahl 2019 führte in diese komplizierte Situation, da AfD und LINKE in der Summe über 50 % Stimmenanteil lagen und damit eine parlamentarische Mehrheit nur unter Einbeziehung einer der beiden Parteien zu erreichen war, die bisherige rot-rot-grüne Koalition konnte keine Mehrheit mehr erreichen und CDU und FDP hatten eine Koalition oder Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen.

Die Bildung einer Minderheitsregierung von LINKE, SPD und GRÜNE, ohne Klärung einer Tolerierung durch FDP oder CDU, führte zum Desaster des 5. Februar 2020. Die AfD stellte in aller Klarheit ihre Skrupellosigkeit bei der Verfolgung ihrer Ziele und bei der Delegitimierung der demokratischen Prozesse und Institutionen unter Beweis und die demokratischen Parteien wurden allesamt vorgeführt.

Wenn es eine Lehre daraus geben kann, dann die, der AfD nie wieder eine solche Gestaltungsmacht einzuräumen und die Spielräume der AfD zukünftig klein zu halten.

Die weiteren Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass bei einer Minderheitsregierung, ohne feste Tolerierungsvereinbarung, immer wieder die Gefahr besteht, dass in Abstimmungen die Stimmen der AfD entscheidende Relevanz bekommen.

Die Thüringer SPD wird in ihrem Wahlkampf um ein starkes Ergebnis kämpfen und möglichst stabile Mehrheitsverhältnisse anstreben.

Es ist jedoch zu befürchten, dass auch nach der Landtagswahl 2024 eine ähnliche Situation wie im Jahr 2019 eintritt.

## INI2 Keine Gestaltungsmacht für Demokratiefeinde - keine Beteiligung an einer Regierung mit ungeklärten Mehrheiten

---

In den vergangenen Jahren haben wir Sozialdemokrat:innen immer wieder darauf verwiesen, dass es für uns keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD geben kann und wir uns bei Abstimmungen nicht von ihr abhängig machen. Darauf waren und sind wir zurecht stolz.

Für uns ist klar: Demokrat:innen müssen verbindlich miteinander arbeiten können. Wir werden weiter dafür sorgen, dass die AfD keinen Einfluss auf die Gestaltung dieses Landes bekommt.

## **INI3 Schlüsseltransformationsinvestitionen für Thüringen sichern - Landeswärmeprogramm auf den Weg bringen!**

Antragsteller\*in: Denny Möller

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Wir brauchen jetzt die Entscheidung für die Wärmeversorgung der nächsten Jahre.  
2 Die SPD-Thüringen setzt sich in Anbetracht der unsicheren Haushaltslage auf  
3 Bundes- und Landesebene dafür ein, kommunale Versorgungsunternehmen bei der  
4 Entwicklung und Investition in die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere  
5 der Geothermie und Umweltwärme durch ein Landeswärmeprogramm zu unterstützen.

6 Investitionen werden derzeit vermehrt zurückgestellt, das schadet gegenwärtig  
7 und vor allem mit Blick auf die nächsten Jahre einer sichern und preisstabilen  
8 Wärmeversorgung für die Menschen, öffentliche Hand und der Wirtschaft in  
9 Thüringen. Wir wollen die öffentlichen Versorgungsunternehmen bei der  
10 Erforschung geeigneter Standorte und Anwendungsfelder, sowie der Erschließung  
11 erneuerbaren Wärmepotenzials durch ein Landeswärmeprogramm unterstützen. Das  
12 macht die Wärmeversorgung sicher, günstig und nachhaltig. Hierzu braucht es  
13 fachliche, organisatorische, technische und finanzielle Unterstützung, welche  
14 beispielsweise, das Fündigkeitsrisiko bei der Erschließung von Projekten  
15 absichern kann.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **INI5 Solidarität mit den streikenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder für ihre Forderungen und Erwartungen**

Antragsteller\*in: Denny Möller

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Der Landesparteitag der SPD Thüringen solidarisiert sich ausdrücklich mit den  
2 streikenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder bezüglich ihrer  
3 Forderungen und Erwartungen.

4 Der öffentliche Dienst der Länder ist Daseinsvorsorge, Bildung, Lehre, und  
5 Gesundheitsversorgung. Er steht auch für Versorgung, Pflege und Wissenschaft.

6 Der öffentliche Dienst der Länder schafft Werte und erhält diese. Er kümmert  
7 sich um die Schwächsten in dieser Gesellschaft und ermutigt uns immer wieder zu  
8 neuen Zielen in der Wissenschaft und darüber hinaus.

9 Der öffentliche Dienst der Länder muss zukunftsfest sein, denn ohne einen  
10 starken öffentlichen Dienst kann unsere Gesellschaft nicht bestehen.

11 Daher ist es enorm wichtig, qualifiziertes und ausreichendes Personal im  
12 öffentlichen Dienst zu haben, um auch für die Zukunft Werte für das Land  
13 Thüringen schaffen zu können.

14 Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit den Forderungen nach 10,5%, mindestens  
15 aber 500€ mehr Lohn für die Beschäftigten.

16 Weiterhin erwarten wir einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, denn  
17 ohne sie funktioniert der Lehrbetrieb an keiner Universität, und ohne sie  
18 schaffen wir es nicht, unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von  
19 morgen auszubilden.

20 Wir als SPD Thüringen stehen an der Seite der Beschäftigten im öffentlichen  
21 Dienst der Länder, denn wir wissen, ohne sie läuft nichts, aber mit ihnen geht  
22 alles.

23 Wir appellieren an die Tarifgemeinschaft der Länder, in der dritten

24 Verhandlungsrunde ein entsprechendes Angebot vorzulegen, und erwarten einen  
25 entsprechenden Abschluss noch vor Weihnachten. Die Kolleginnen und Kollegen im  
26 öffentlichen Dienst der Länder haben es verdient.

## **INI6 Finanzausgleich zur Rettung kommunaler Hallenbäder in kleinen Gemeinden bis 20.000 Einwohner:innen**

Antragsteller\*in: Sven Schrade

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Im Zuge der Daseins- und Gesundheitsvorsorge nehmen die Kommunen in Thüringen  
2 einen besonderen Stellenwert ein. Fünfzehn kleine Kommunen unterhalten direkt  
3 oder mittelbar ein Hallenbad. Für Kleinstädte unter 20.000 Einwohner:innen ist  
4 die Finanzierung des laufenden Betriebs eine stetige Herausforderung und kleine  
5 Kommunen können dabei bisher kaum oder gar nicht auf Unterstützung des  
6 Freistaates zählen. Um in schwierigen Zeiten öffentlichen Einrichtungen wie  
7 einem Hallenbad die Existenz zu ermöglichen, setzt sich die SPD Thüringen für  
8 eine dauerhafte finanzielle Unterstützung von kommunalen Hallenbädern ein.

9 Tatsächlich steht die Existenz von kommunalen Bädern auf dem Spiel. Kleine  
10 Kommunen sind generell nicht in der Lage die hohen Defizite eines Badbetriebes,  
11 die bei einer Einrichtung der Daseinsvorsorge erwartbar und üblich sind,  
12 auszugleichen. Rückblickend betrachtet, mag die Förderung von Hallenbadbauten in  
13 den 1990er und 2000er Jahren ein „Webfehler“ gewesen sein. Kleinstädte und  
14 kleine Gemeinden weisen in der Regel keine öffentlichen und genügend  
15 leistungsstarken Konzernstrukturen auf, die Dauerzuschussbetriebe wie  
16 Hallenbäder finanzieren können. Eine reale dauerhafte Badschließung ist nunmehr  
17 – aktuell bedingt durch stetig gestiegene Betriebskosten - die drohende und ohne  
18 die Hilfe des Freistaates wohl konsequente betriebswirtschaftliche Folge.  
19 Kommunale Hallenbäder in Gemeinden bis 20.000 Einwohner:innen gibt es in  
20 Sömmerda (Landkreis Sömmerda), Bad Langensalza (Unstrut-Hainich-Kreis), Heilbad  
21 Heiligenstadt (Landkreis Eichsfeld), Zeulenroda-Triebes (Landkreis Greiz),  
22 Schmölln (Landkreis Altenburger Land), Pößneck (Saale-Orla-Kreis), Eisenberg  
23 (Saale-Holzland-Kreis), Dingelstädt (Landkreis Eichsfeld), Bad Frankenhausen  
24 (Kyffhäuserkreis), Neuhaus am Rennweg (Landkreis Sonneberg), Brotterode-Trusetal  
25 (Landkreis Schmalkalden-Meiningen), Bad Lobenstein (Saale-Orla-Kreis),  
26 Kraysberggemeinde (Wartburgkreis), Bad Tabarz (Landkreis Gotha) und Oberhof  
27 (Landkreis Schmalkalden-Meiningen).

28 Damit geht der Verlust von Badinfrastruktur einher und so auch ein Verlust an  
29 Angeboten wie dem Schulschwimmen, dem Vereinssport und anderen wichtigen  
30 Gesundheitsangeboten. Wir sprechen sodann von einem flächendeckenden Verlust von



31 Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Erst am 25.11.2023 konnte in der Lokalausgabe  
32 Zeulenroda-Triebes der OTZ vernommen werden, dass es auf Grund fehlender  
33 Bereitstellung von Finanzmitteln für den laufenden Betrieb ggf. nicht mehr zur  
34 Sanierung und Wiedereröffnung kommen könnte.

35 Der Parteitag der SPD Thüringen möge daher beschließen:

36 **Um die Gefahr von Hallenbadschließungen abzuwenden, soll ab dem Jahr 2024 ein**  
37 **Sonderlastenausgleich außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs für kommunale**  
38 **Hallenbäder in Gemeinden bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner inkl. der Kur-**  
39 **und Erholungsorte, die ein solches Bad betreiben, aufgelegt werden. Die**  
40 **Verteilung soll als Pauschale nach Anzahl der Kommunen mit kommunalen Bädern**  
41 **(mind. 51 % Beteiligung der Kommune) maximal bis zur nachweislichen Verlusthöhe**  
42 **erfolgen.**

# **A1 Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2024**

Gremium: Landesparteitag  
Beschlussdatum: 02.12.2023  
Tagesordnungspunkt: 7. Diskussion und Beschluss des  
Programmentwurfs

## **Antragstext**

### **1. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft**

Eine soziale gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohlstand, Bildung, Kultur und politischen Entscheidungen haben und sich selbst verwirklichen können, ist seit jeher Ziel der Sozialdemokratie. Dieses Ziel ist längst noch nicht erreicht. Vielmehr ist unsere Gesellschaft aktuell durch eine soziale Frage gekennzeichnet: eine kleine Oberschicht mit einer Vielzahl ökonomischer, räumlicher und sozialer Einfluss- und Verwirklichungsmöglichkeiten, eine große Mittelschicht, die sich teilweise bedroht fühlt und eine größer werdende Gruppe von Menschen, die kaum von Wohlstand und Freiheit profitieren können. Unsere Politik zielt darauf ab, dies auszugleichen und Teilhabe für Alle an einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen. Landespolitisch tragen wir in erster Linie durch eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur dazu bei.

#### **1.1 Familienfreundlichstes Bundesland**

Die SPD ist die Familienpartei in Thüringen. Für uns ist klar: Gute Politik für Familien zu machen, ist das zentrale Anliegen unserer Politik. Wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu etablieren und zu stärken, die Familien unterstützen. Wir werden Familien finanziell entlasten und dafür sorgen, dass sie eine qualitativ hochwertige Zeit miteinander verbringen können. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wenn wir die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen wollen, bedeutet das, dass wir den Sozialraum, Unterstützungsangebote, aber auch den Nahverkehr, den Wohnungsmarkt, die Gesundheitsversorgung, sowie Arbeits- und Bildungspolitik im Blick haben müssen.

Familien leiden besonders unter den Krisen der vergangenen Jahre, sei es, weil sie im Besonderen auf eine starke soziale Infrastruktur angewiesen sind oder weil sie stärker unter den Kostensteigerungen leiden.

27 In den nächsten Jahren liegt viel vor uns, wenn wir attraktive Lebensbedingungen  
28 für Familien in Thüringen realisieren wollen. Die Frage, wie wir gute Betreuung  
29 und Bildung in unseren Kindergärten ermöglichen, müssen wir dabei genauso  
30 beantworten, wie wir pflegende Angehörige entlasten und unterstützen können oder  
31 wie wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen Fachkräfte für die Sozialwirtschaft  
32 gewinnen, sowie mehr Familienerholung und die bessere Vereinbarkeit von Familie  
33 und Beruf sicherstellen.

34 Das werden wir tun:

- 35 • Das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" nimmt  
36 die ganze Familie in den Blick. Diesen Weg wollen wir weitergehen und das  
37 Landesprogramm erweitern durch eine Landesinitiative zur Verbesserung von  
38 Chancengleichheit und Partizipation in Quartieren sowie ländlichen Räumen  
39 mit besonderen sozialen Belastungen und Armutsrisiken. Somit werden Orte  
40 für Familien, junge und alte Menschen sowie für Beratungs- und  
41 Teilhabeangebote geschaffen.
  
- 42 • Als SPD Thüringen werden wir den Einstieg in das kostenfreie Mittagessen  
43 starten. Mit uns bekommt jedes Kind in Thüringen in Kindergarten und  
44 Schule ein gesundes Mittagessen am Tag. Dieses soll für Kinder und Eltern  
45 kostenfrei sein.
  
- 46 • Unsere Grundüberzeugung ist und bleibt es, dass die Bildung vom  
47 Kindergarten bis zum Meister bzw. Master grundsätzlich beitrags- und  
48 gebührenfrei sein muss. Daher schaffen wir die Beiträge für Kindergarten  
49 und Hort für alle Eltern in Thüringen ab. Unser Ziel ist es, dass Eltern  
50 ab Januar 2025 keine Gebühren für Kinderbetreuung mehr zahlen.  
51 Beitragsfreiheit und Betreuungsqualität müssen Hand in Hand gehen.  
52 Sinkende Geburtenraten sind für uns kein Grund bestehende Stellen  
53 abzubauen. Im Gegenteil: Auch sie helfen uns auf dem Weg zu einem besseren  
54 Betreuungsschlüssel und sichern die Qualität der Betreuung in den  
55 Einrichtungen.
  
- 56 • Wir werden die Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsqualität in unseren  
57 Kindergärten weiter verbessern. Studien empfehlen zusammen mit  
58 Fachexpert:innen und -verbänden für den Kita-Bereich einen  
59 Mindestpersonalschlüssel von 1:3 für Kinder unter 3 Jahren (U3) und von  
60 1:7,5 für die Altersgruppe zwischen 3 Jahren und Schuleintritt (Ü3). Davon  
61 ist Thüringen trotz aller in den letzten Jahren vorgenommen Verbesserungen  
62 bei den Betreuungsrelationen noch weit entfernt. Deshalb werden wir einen  
63 verbindlichen Stufenplan zur Erreichung der Expert:innen-Empfehlung  
64 festlegen und diesen schrittweise umsetzen. Unser Ziel ist es, so einen  
65 von politischen Konjunkturen und parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen  
66 unabhängigen Pakt der Demokrat:innen zur Weiterentwicklung der

67 frühkindlichen Bildung in Thüringen zu schließen und ihn in der kommenden  
68 Dekade zu erfüllen. Als ersten wichtigen Schritt werden wir den  
69 Mindestpersonalschlüssel im Bereich Ü3 vereinheitlichen und auf 1:12  
70 festlegen und in einem nächsten Schritt den Mindestpersonalschlüssel in  
71 der Altersgruppe der Zwei- bis Dreijährigen auf 1:6 zu verbessern.

- 72 • Attraktivitätssteigernd wirkt sich zudem eine weitere Professionalisierung  
73 des Berufsfeldes aus. Dazu zählt der Ausbau der einschlägigen  
74 Hochschulstudiengänge und die Etablierung eines Instituts zur  
75 Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung, die Ermöglichung  
76 kontinuierlicher und qualitativ hochwertiger Fort- und Weiterbildung für  
77 die Erzieher:innen und das uneingeschränkte Festhalten am Fachkräftegebot.  
78 Darüber hinaus wollen wir ausgebildeten Erzieher:innen mit Berufserfahrung  
79 den Zugang zu berufsbegleitenden Studiengängen ermöglichen.
- 80 • Mit einem Masterplan Fachkräftesicherung in der Sozialen Arbeit starten  
81 wir eine Offensive zur Fachkräftesicherung für Kindergärten,  
82 Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- 83 • Die Kommunen finanziell verlässlich ausstatten, um Jugendarbeit,  
84 Unterstützungsangebote für Familien, Vereinsarbeit, Hilfe für Bedürftige,  
85 eine öffentliche Verwaltung, auf die sich jede:r verlassen kann, Straßen,  
86 Spielplätze, Schulen und Kindergärten – alles, was es für eine lebenswerte  
87 Nachbarschaft und ein soziales Miteinander braucht, vorzuhalten.
- 88 • Wir werden ein Programm zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit einführen und  
89 gesetzlich verankern, mit dem wir die kommunale Sozial- und Raumplanung  
90 verstetigen und weiterqualifizieren, so dass fachbereichsübergreifend,  
91 gemeinsam mit den sozialen Trägern und unter Beteiligung der  
92 Einwohner:innen, gleichwertige Lebensbedingungen, angemessene Versorgung  
93 mit sozialen Dienstleistungen und demokratische Teilhabe für Alle möglich  
94 sind. Projekte der Nachbarschaftshilfe, flexible Kinderbetreuung,  
95 Freizeitangebote und vieles mehr können damit gefördert werden. Vor Ort  
96 soll in den Kommunen entschieden werden, mit welchen Angeboten Familien  
97 gestärkt werden. Das Landesprogramm soll ein Volumen von 10 Millionen Euro  
98 haben. Mit der Stärkung der kommunalen Sozialplanung sind wir einen  
99 wichtigen Schritt gegangen, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort  
100 zu verbessern, stärker zu unterstützen und Freizeitangebote auszubauen. In  
101 einem nächsten Schritt werden wir die Beteiligung von Menschen vor Ort in  
102 ihren Quartieren und Stadtteilen im Rahmen dieser Planungsprozesse  
103 erleichtern.
- 104 • Eltern brauchen familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Darauf muss sich  
105 die Wirtschaft in Thüringen einstellen. Wir werden, insb. kleine und  
106 mittelständische Unternehmen unterstützen, Arbeitsbedingungen anzupassen,

- 107 z. B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle oder Möglichkeiten zum  
108 Homeoffice. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer  
109 Familienarbeitszeit ein, die Eltern gleichberechtigt die Möglichkeit zur  
110 Reduzierung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich ermöglicht.
- 111 • Wir werden familienpolitische Akteur:innen in alle für Familien relevanten  
112 Entscheidungen einbeziehen. Dazu werden wir den Landesfamilienrat  
113 weiterentwickeln.
  - 114 • Familien brauchen vor allem eines: Zeit füreinander! Wir werden das  
115 Landesprogramm zur Familienerholung evaluieren und verstetigen, damit  
116 Familien mit geringem Einkommen und pflegende Angehörige die Möglichkeit  
117 zu einer Auszeit haben.
  - 118 • Wir werden noch einmal die Minderungszeiten für Erzieherinnen und Erzieher  
119 erhöhen und die Einrichtungsleitung stärken. Das heißt konkret mehr Zeit  
120 für Leitungsaufgaben, für Fortbildung und für die Träger neue Spielräume,  
121 um krankheitsbedingte Abwesenheiten durch zusätzliches Personal  
122 auszugleichen. Für Familien bedeutet dies: mehr Verlässlichkeit bei den  
123 Öffnungszeiten ihres Kindergartens. Wir halten an der Betreuungsgarantie  
124 von bis zu 10 Stunden täglich fest.
  - 125 • In den Kindergärten wollen wir die Familienarbeit stärken und  
126 multiprofessionelle Teams etablieren. Hierzu wollen wir die Entwicklung  
127 von Kindergärten hinzu Thüringer Eltern Kind Zentren (ThEKiZ) und das  
128 Modellprojekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ ausweiten. Wir werden das  
129 Modellprojekt in die Regelfinanzierung überführen und den Kommunen  
130 bedarfsgerecht zusätzliche Personal- und Sachkosten zur Bewältigung der  
131 aktuellen Herausforderungen bereitstellen. Damit wollen wir die regelhafte  
132 Einführung von Sozialarbeit in unseren Kindergärten in einem  
133 Landesprogramm ermöglichen.
  - 134 • Zudem gilt es, die schulische Ausbildung der Fachkräfte attraktiver zu  
135 gestalten, in dem wir die Schulgeldfreiheit einführen und die  
136 Anerkennungspraktika für alle Einsatzfelder flächendeckend vergüten. Zudem  
137 werden wir den Weg für einen Quereinstieg und die berufsbegleitende  
138 Weiterbildung zur Fachkraft ermöglichen. Mit dem Aufbau eines landesweiten  
139 Fachkräftemonitoring für die frühkindliche Bildung werden wir regelmäßig  
140 die Personal- und Ausbildungssituation, die konkreten regionalisierten  
141 Personalbedarfe und die Notwendigkeiten der Personalentwicklung erheben  
142 sowie die daraus abzuleitenden Handlungsschritte des Landes, der Kommunen  
143 und der Einrichtungsträger definieren.
  - 144 • Ein attraktives Berufsumfeld bietet die beste Gewähr dafür, dass sich noch  
145 mehr junge Menschen dafür entscheiden als Erzieher:in im Kita-Bereich zu

146 arbeiten und dort auch dauerhaft zu bleiben. Wir werden uns daher dafür  
147 einsetzen, dass die Bestimmungen des TVÖD bei der Entlohnung des  
148 Erzieher:innenpersonals landesweit und trägerübergreifend Anwendung  
149 finden. Dadurch werden die teilweise erheblichen Lohnunterschiede zwischen  
150 kommunalen und freien Einrichtungsträgern nivelliert.

151 • Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für Familien erhalten und schaffen. Zur  
152 Miete und im Eigentum – in der Stadt und auf dem Land. Dazu werden wir das  
153 soziale Wohnungsbauprogramm beschleunigen und die Bemessungsgrundlage so  
154 verändern, dass auch Familien mit geringen Einkommen berücksichtigt werden  
155 können. Kommunen sollen keine finanziellen Nachteile entstehen, wenn Sie  
156 Bauland günstiger an Familien abgeben. Einnahmeausfälle werden wir den  
157 Kommunen daher erstatten. In den größeren Städten soll eine solche  
158 Baulandbereitstellung auch für Bauträger möglich sein, die sich  
159 langfristig zu sozialen Kriterien verpflichten. So werden Miet- und  
160 Eigentumswohnungen in Thüringen auch für den kleinen Geldbeutel bezahlbar.  
161 Um Ortskerne zu verdichten, wollen wir Lückenbebauungen und Sanierungen  
162 mit gezielter Förderung unterstützen.

163 • Wir werden die Thüringer Familienkarte als dauerhaftes Angebot für  
164 Familien in Thüringen etablieren. Familien sollen damit die Möglichkeit  
165 haben Theater, Freibäder, Museen und Freizeitangebote kostenfrei nutzen  
166 können. Außerdem werden wir ein Jugendkulturticket für alle jungen  
167 Menschen bis zum Abschluss ihrer beruflichen und akademischen Ausbildung  
168 einführen, mit denen sie Kultureinrichtungen kostenfrei nutzen können. Wir  
169 wollen, dass alle Kinder und Jugendliche Kultur erleben können..

170 • Die Einkommenssituation von Familien muss sich verbessern. Wir setzen uns  
171 für die Steigerung des Lohnniveaus ein. Wir kämpfen an der Seite der  
172 Gewerkschaften für eine Steigerung der Tarifbindung und höhere  
173 Tarifabschlüsse. Alle gesetzlichen und untergesetzlichen Möglichkeiten,  
174 die wir zur Regulierung haben, werden wir nutzen.

175 • Als SPD stehen wir für mehr soziale Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns  
176 auf der Bundesebene für die Einführung eines Grunderbes in Höhe von 20.000  
177 Euro, für jede:n der das 18. Lebensjahr erreicht, ein.

178 • Um pflegende Angehörige zu unterstützen, die Qualität in der Pflege  
179 sicherzustellen und eine Antwort auf den steigenden Bedarf an Fachkräften  
180 zu finden, streben wir eine konzertierte Aktion an, die alle relevanten  
181 Akteur:innen in der Pflege beteiligt. Dort soll ein Maßnahmenkatalog  
182 erarbeitet werden, der im Anschluss zügig umgesetzt werden muss.

183 • Mit einem starken ÖPNV unterstützen wir Familien. Mobilität ist die  
184 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Damit Familien in Thüringen

185 gut mobil sein können, braucht es einen gut ausgebauten, bezahlbaren ÖPNV,  
186 ergänzt um Angebote von Carsharing, Rufbusse und On-Demand-Angeboten.

## 187 **1.2 Kinder und Jugendpolitik**

188 Junge Menschen gehören ins Zentrum unserer Gesellschaft – mit all ihren  
189 Interessen und Bedürfnissen. Unser Ziel ist es, die Belange von jungen  
190 Menschen, ihre Ideen und Interessen dauerhaft in den Fokus der politischen  
191 Aufmerksamkeit zu holen. Wir wollen Jugendpolitik in Thüringen mit den  
192 Jugendlichen selbst und den jugendpolitischen Akteuren im Dialog entwickeln und  
193 umsetzen.

194 Das werden wir tun:

- 195 • Die eigenständige Jugendpolitik werden wir ressortübergreifend weiter  
196 stärken und die Situation junger Menschen durch einen regelmäßigen  
197 Lebenslagenbericht ins Zentrum der Landespolitik rücken.
  
- 198 • Die Maßnahmen der „Landesstrategie Mitbestimmung“ weiter umsetzen und die  
199 Mitbestimmungsrechte in der Kommunalordnung stärken sowie Jugendgremien in  
200 der Landespolitik, wie z. B. den Jugendlandtag als Jugendpolitikberatung  
201 etablieren. Die Diskussion um die Reform der Thüringer Verfassung mit dem  
202 Ziel fortsetzen, das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl  
203 einzuführen und die Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen.
  
- 204 • Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Arbeit der Jugendverbände  
205 wollen wir weiter unterstützen und mit einer gesetzlich dynamisierten  
206 örtlichen Jugendförderung (sog. Jugendpauschale) die Kommunen bei der  
207 Umsetzung dieser Aufgabe fördern, sowie den Landesjugendförderplan  
208 bedarfsgerecht ausfinanzieren.
  
- 209 • Ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in den  
210 Kommunen und für die Thüringer Jugendbildungsstätten auflegen, um  
211 gemeinsam den Kommunen die Einrichtungen zeitgemäß zu modernisieren.
  
- 212 • Die jugendpolitische Erfolgsgeschichte der Schulsozialarbeit  
213 weiterschreiben! Wir wollen, dass Schulsozialarbeit künftig in allen  
214 Thüringer Kommunen bedarfsgerecht angeboten und qualitativ weiter gestärkt  
215 wird. Um eine dauerhafte gute Schulsozialarbeit zu gewährleisten, ist  
216 Planungssicherheit für die kommunalen Jugendämter sowie die freien Träger  
217 besonders wichtig. Wir halten es daher weiterhin für erforderlich, die  
218 notwendige Landesförderung der Höhe nach gesetzlich festzuschreiben und  
219 eine Dynamisierungsregelung einzuführen, die sich jährlich an die  
220 Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst sowie am Preisindex anlehnt.

- 221 • Die Rechte von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Bereich der  
222 frühen und erzieherischen Hilfen umfassend sichern, sowie die Qualität in  
223 diesen Hilfen stärken und gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern  
224 weiterentwickeln. Dabei soll der Bedarf an Hilfen zukünftig in den  
225 einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der  
226 Jugendhilfeplanung verpflichtend ermittelt werden. Zudem werden wir ein  
227 landesweites und bedarfsgerechtes Angebot an unabhängige Ombudsstellen  
228 sichern, die Beteiligung junger Menschen in Heimräten und einen  
229 Landesheimrat stärken, sowie Careleaver- Initiativen unterstützen.
  
- 230 • Wir begrüßen die Reform des SGB VIII zum Aufbau einer inklusiven  
231 Jugendhilfe. Damit werden die Jugendämter für alle jungen Menschen  
232 zuständig, unabhängig davon, ob und welche Unterstützung sie benötigen.  
233 Den Prozess dazu auf Bundesebene und zur Umsetzung in Thüringen wollen wir  
234 begleiten und unterstützen.
  
- 235 • Wir stärken die politische Bildung im schulischen und außerschulischen  
236 Bereich, dazu werden wir das Netz an Thüringer Jugendbildungsstätten  
237 zukünftig stärker fördern und die europäische Jugendbildungs- und  
238 Begegnungsstätte Weimar zu einem Zentrum für Demokratie und Mitbestimmung  
239 weiterentwickeln. Insbesondere setzen wir uns für einen Ausbau des  
240 schulischen Sozialkundeunterrichts ein.
  
- 241 • Wir müssen Angebote wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige  
242 Ökologische Jahr, das Freiwillige kulturelle Jahr und das Freiwillige  
243 Politische Jahr stärken, so dass sich alle Jugendlichen – unabhängig von  
244 der Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern – ein solches Jahr leisten  
245 können, denn diese Angebote bieten Jugendlichen Orientierungs- und  
246 Engagement Möglichkeiten. Wir werden diese Angebote sichern und finanziell  
247 angemessen ausstatten. Kurzfristig soll die Vergütung für Freiwillige im  
248 Thüringen Jahr auf die derzeit maximale Höhe angehoben werden (gem.  
249 Jugendfreiwilligendienstgesetz auf sechs Prozent der  
250 Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung = 438 Euro monatlich).  
251 Darüber hinaus bringen wir eine Bundesratsinitiative für die Erhöhung des  
252 Taschengelds für Freiwilligendienstleistende auf das Bafög-Niveau auf den  
253 Weg.
  
- 254 • Ein Förderprogramm zur Digitalstrategie der Kinder- und Jugendhilfe  
255 aufbauen, das bedarfsgerecht zusätzliche finanzielle, technische und  
256 personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, um auf die auf die  
257 Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche und  
258 die damit verbundenen umfassenden Veränderungen der Arbeits- und  
259 Berufswelt, der Kommunikation und Interaktion der Menschen, des familiären  
260 und gesellschaftlichen Zusammenwirkens reagieren zu können.



- 261 • Junge Menschen streben verstärkt den höchstmöglichen Schulabschluss an und  
262 entscheiden sich öfter zunächst gegen eine berufliche Ausbildung. Wir  
263 unterstützen Thüringer Betriebe und Unternehmen in ihrem Bemühen, die  
264 Attraktivität einer Dualen Ausbildung stärker für Jugendliche  
265 herauszustellen, die über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen bzw.  
266 ihren Realschulabschluss in Wahlschulformen erworben haben. Insbesondere  
267 benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderungen sind darüber  
268 hinaus, beginnend in den Vorabgangsklassen, individuell und unter  
269 Aktivierung gängiger Unterstützungsinstrumente bis zur Aufnahme eines  
270 Ausbildungsverhältnisses gezielt zu begleiten. Berufsorientierungsangebote  
271 sind daher stärker zu individualisieren und deren Einsatz in nicht  
272 berufsqualifizierenden Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen zu  
273 prüfen.
- 274 • Qualifizierte Duale Ausbildung braucht einen starken Partner –  
275 Berufsbildende Schule und berufsbegleitende Hilfen. Vor dem Hintergrund  
276 einer kritischen Altersstruktur unter Lehrer:innen an BBS,  
277 gleichbleibenden Schüler:innenzahlen in der Dualen Ausbildung und den  
278 Herausforderungen digitaler Transformation in Lehre und wirtschaftlicher  
279 Praxis sind vorhandene personelle und materielle Ressourcen der BBS  
280 stärker zu konzentrieren. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von  
281 Schwerpunktschulen/Berufsschulzentren zur Gewährleistung einer  
282 qualifizierten Unterrichtsversorgung für alle Thüringer  
283 Berufsschüler:innen. Gleichwohl ist uns bewusst, dass sich damit Wege  
284 eines Teils von Auszubildenden zur Berufsschule deutlich verlängern  
285 werden. Wir setzen uns für den Aufbau von Internatskapazitäten an  
286 Standorten der Schwerpunktschulen ein. Schulsozialarbeiter:innen werden an  
287 Berufsbildenden Schulen auch zukünftig bedarfsgerecht eingesetzt.  
288 Ausbildungsbegleitende Hilfen und die Jugendberufshilfe werden wir  
289 stärken.
- 290 • Wir verbessern den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt in der  
291 Gesellschaft. Dafür stärken wir den Kinder- und Jugendschutz, um  
292 Schutzkonzepte in Schulen, Sport- und Jugendeinrichtungen einzuführen.  
293 Darüber hinaus werden wir eine Fallzahlbegrenzung im allgemeinen sozialen  
294 Dienst einführen und mehr Fortbildungsangebote für Familienrichter:innen  
295 und Staatsanwälte schaffen.
- 296 • Wir setzen uns für leistungsfähige Jugendämter, öffentliche und private  
297 Träger mit einer verlässlichen, am Bedarf orientierten und tarifgerechten  
298 Personalausstattung ein.
- 299 • Wir setzen uns für eine schrittweise Kostenfreiheit für Kinder und  
300 Jugendliche für die Nutzung des ÖPNV in Thüringen ein.

- 301 • Wir werden Initiativen von Jugendlichen, die sich für Umwelt- und  
302 Klimaschutz einsetzen, besonders unterstützen und in die Entwicklung einer  
303 Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung einbeziehen.
- 304 • Wir werden Kommunen und Landkreise durch interkommunalen Fachaustausch in  
305 die Lage versetzen, kommunale Mitbestimmungsstrategien junger Menschen zu  
306 entwickeln und zu etablieren.

## 307 **1.3 Teilhabe von Senior:innen**

308 In der Sozialdemokratie ist ein bestimmender Aspekt unserer Arbeit die  
309 Solidarität der Generationen. Unser Engagement und Einsatz für die Mitglieder  
310 unserer Gesellschaft darf nicht mit dem Renteneintritt enden. Senior:innen sind  
311 ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie haben ihren Beitrag für die  
312 Gestaltung unserer Gesellschaft geleistet, engagieren sich darüber hinaus und  
313 übernehmen in hohem Maße Verantwortung für ihre Familien, für ihre  
314 Partner:innen, Kinder und Enkelkinder. Wir sehen ältere Menschen, die sich in  
315 der Nacherwerbsphase ihres Lebens befinden, als immanenten Bestandteil unserer  
316 ganzheitlichen Familienpolitik an. Auf ihre Erfahrungen und ihr Engagement  
317 können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb brauchen wir einen  
318 wertschätzenden Umgang mit ihnen und müssen echte Teilhabe an unserer  
319 Gesellschaft über das Rentenalter hinaus garantieren. Insgesamt wollen wir die  
320 gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärken und Hilfestellungen für ein  
321 selbstbestimmtes und sozialgerechtes Leben im Alltag ausbauen.

322 Das werden wir tun:

- 323 • Eines ist sicher: Der Unterstützungs- und Pflegebedarf für alte Menschen  
324 wird in den kommenden Jahren steigen. Unser Ziel ist es, dass Menschen  
325 möglichst lang gut und gesund in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Die  
326 staatlich garantierten Hilfestellungen gehören für uns zum  
327 Selbstverständnis einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft.  
328 Deshalb stehen wir für eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung  
329 älterer Menschen. Dazu gehören eine ausreichende finanzielle Absicherung,  
330 eine barrierefreie Umgebung sowie eine bedarfsgerechte  
331 Gesundheitsversorgung. Ebenso die Förderung von ehrenamtlichem Engagement,  
332 sozialer Anbindung und die Stärkung der Selbstbestimmung älterer Menschen  
333 sind uns wichtige Anliegen.
- 334 • Sozial- und Bildungsarbeit mit Älteren in der Kommune stärken. Mit dem  
335 Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ und dem  
336 Programm AGATHE – „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative  
337 gegen Einsamkeit“ werden wir eine aktive Altenarbeit in den Kommunen  
338 fördern und zu einem Mindeststandard für generationengerechte  
339 Infrastruktur weiterentwickeln. Dazu werden wir auf Grundlage der

340 Evaluierungsberichte das Familienfördersicherungsgesetz novellieren und  
341 darin die Programme bedarfsgerecht ausbauen und dauerhaft absichern.  
342 Zusammen mit den Kommunen wollen wir barrierefreien und bezahlbaren Zugang  
343 zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens  
344 ermöglichen. Hierzu wollen wir einerseits die Möglichkeiten der  
345 Digitalisierung nutzen, andererseits aber auch durch unmittelbare  
346 Beratungs- und Unterstützungsprogramme sicherstellen, dass neue technische  
347 Möglichkeiten von allen Menschen sinnvoll und sicher genutzt werden  
348 können. Damit insbesondere der Aspekte der Altenhilfe innerhalb der  
349 Sozialplanung künftig viel stärker beleuchtet und bedarfsgerechter  
350 entwickelt wird, streben wir an, die integrierte Planung der Altenhilfe  
351 nach § 71 SGB XII gesetzlich zu verpflichten (Altenhilfestrukturgesetz).

352 • Wohnen sichern. Wir werden dafür sorgen, dass Land und Kommunen in enger  
353 Abstimmung mit den kommunalen Wohnungsunternehmen und  
354 Wohnungsbaugenossenschaften und unter gezieltem Einsatz von  
355 Förderprogrammen altersgerechte und barrierefreie Wohnräume, alternative  
356 Wohnformen und Service-Wohn-Angebote ausbauen. Mit einer fachlichen  
357 Empfehlung für einen Wohnraum-Check werden wir einen einheitlichen  
358 thüringenweiten Qualitätsstandard für „altersgerechtes Wohnen“ schaffen.  
359 Ebenso muss die barrierefreie Gestaltung des gesamten öffentlichen Raumes  
360 und des Wohnumfeldes, vom Zustand der Gehwege, der verkehrlichen Situation  
361 bis zur Beleuchtung im Wohnquartier berücksichtigt werden. Eine Vernetzung  
362 mit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit streben wir an.

363 • Mobilität sicherstellen. Mangelnde Barrierefreiheit und hohe Kosten  
364 schließen ältere Menschen von der Nutzung des öffentlichen  
365 Personennahverkehrs aus. Wir werden beim Ausbau des ÖPNV in Thüringen die  
366 besonderen Bedarfe alter Menschen gezielt berücksichtigen. Alternativen  
367 zum eigenen PKW, wie Radverkehr und E-Bikes, den Gemeindebus oder das  
368 Konzept „Fahrendes Mobil“ werden wir bedarfsgerecht ausbauen.

369 • Sicherheit gewährleisten. Kriminalität, die die Situation alter Menschen  
370 gezielt ausnutzt, ist besonders arglistig. Wir werden Beratungsangebote  
371 und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstärken, in denen  
372 Senior:innen bedroht sind, zum Opfer von Verbrechen zu werden.

373 • Mitwirkung und Engagement fördern. Für uns gilt: Wann immer es um die  
374 Belange von Senior:innen geht, sollen sie in Beratungen und nach  
375 Möglichkeit auch in Entscheidungen aktiv einbezogen werden.  
376 Seniorenbeiräte, Seniorenbeauftragte und aktive Interessenvertretung, wie  
377 der Landesseniorenrat, sind wichtige Institutionen, um die Belange älterer  
378 Menschen auf kommunaler Ebene und landesweit zu vertreten. Wir wollen die  
379 Mitwirkungsbereitschaft in der Interessenvertretung stärken und die  
380 Gewinnung von Senior:innen für aktives ehrenamtliches Engagement  
381

382 intensiver fördern. Die Interessenvertretung von und für Menschen mit  
383 Pflegebedarf und ihrer Angehöriger werden wir stärken. Die Rechte des  
384 Landesseniorenrates sowie der kommunalen Seniorenbeauftragten und  
385 Seniorenbeiräte werden wir stärken und entsprechend das Thüringer Gesetz  
386 zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren auf  
Grundlage des Evaluationsberichtes novellieren.

- 387 • Wir setzen uns für die Schaffung einer Landesstrategie zur Bekämpfung von  
388 Altersarmut ein. Laut VdK Hessen-Thüringen sind 400.000 Menschen von  
389 Altersarmut betroffen. Es ist mit unserem sozialdemokratischen  
390 Selbstverständnis nicht vereinbar, dass Menschen, die ihr Leben lang  
391 arbeiteten, in Armut leben. Diese Härte müssen wir im Rahmen der  
392 Kompetenzen des Freistaats Thüringen umfassend abfedern.

## 393 **1.4 Menschen mit Behinderungen**

394 Wir wollen, dass Thüringen ein inklusives Bundesland ist, deshalb befördern wir  
395 die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Alle Menschen mit und ohne  
396 Behinderungen, sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen mit  
397 Behinderungen sind oftmals auf die Unterstützung dritter Personen angewiesen.  
398 Unser Ziel muss es sein, alle Lebensbereiche inklusiver und innovativer zu  
399 gestalten, um selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft umfassend zu  
400 ermöglichen.

401 Das werden wir tun:

- 402 • Wir wollen die Barrierefreiheit in allen analogen und digitalen Bereichen  
403 des Lebens, von der Frage baulicher Barrierefreiheit bis hin zur  
404 Internetgestaltung sicherstellen.
- 405 • Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die Unterstützung  
406 personenzentrierter Dienstleistungen sind zentrale Schlüssel für die  
407 Inklusion. Wir müssen deshalb den Umbau der sozialen Infrastruktur  
408 zugunsten von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen vor Ort  
409 vorantreiben. Die soziale Infrastruktur und die personenzentrierten  
410 Leistungen im Quartier müssen weiter ausgebaut werden. Denn eine inklusive  
411 Gesellschaft bedeutet, dass es eine soziale Infrastruktur geben muss, die  
412 für alle nutzbar und doch individuell gestaltet ist. Die in Thüringen  
413 entwickelte „Personenzentrierte Komplexleistung“ als eine neue, ambulante,  
414 stark sozialraumorientierte Angebotsform werden wir fördern und vermehrt  
415 realisieren.
- 416 • Wir werden den Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-  
417 Behindertenrechtskonvention in Thüringen und eine Vereinheitlichung der  
418

419 Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe für  
420 Kinder mit Behinderungen umsetzen.

- 420 • Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives  
421 Schulsystem zu realisieren. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von  
422 Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller  
423 Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den  
424 Schulen die personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende  
425 Inklusion zur Verfügung gestellt werden.
  
- 426 • Diversität ist die Lösung vieler Probleme am ersten Arbeitsmarkt. Ziel der  
427 beruflichen Schulen muss es sein, alle Menschen mit und ohne Behinderungen  
428 für eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu befähigen. Wir werden  
429 mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen  
430 schaffen.
  
- 431 • Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen eine geeignete  
432 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten. Dazu gehören der  
433 Ausbau von Assistenzen und unterstützter Beschäftigung, ein  
434 flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben und der Ausbau des  
435 Integrationsfachdienstes.
  
- 436 • Um Menschen mit Behinderungen eine faire Chance auf dem ersten  
437 Arbeitsmarkt zu eröffnen, werden wir neben der Möglichkeit des Budgets für  
438 Arbeit, die Schaffung eines zusätzlichen Anreizsystems – in Form einer  
439 direkten oder indirekten monetären Entlastung für die Unternehmen –  
440 prüfen. Diese Entlastung sollte nach Art und Grad der Behinderung  
441 unterschieden werden. Um die verschiedenen Arten der Behinderungen zu  
442 vergleichen, kann man wie z. B. im Behindertenleistungssport ein  
443 Klassifizierungssystem nutzen. Die öffentliche Hand hat bei der Ausbildung  
444 und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion.
  
- 445 • Um auf die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen eingehen zu können,  
446 sollen alle Lehrkräfte in inklusiver Pädagogik fortgebildet werden. Wir  
447 streben die Einrichtung von multiprofessionellen Teams an den Schulen an.
  
- 448 • An unserer favorisierten Schulform, der TGS, ist Inklusion aus Sicht der  
449 SPD Thüringen am besten umzusetzen. Daneben müssen räumliche Anforderungen  
450 an die TGS entwickelt werden, welche Inklusion auch für Kinder- und  
451 Jugendliche mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen ermöglicht. Weiterhin  
452 müssen die räumlichen, sachlichen und strukturellen Voraussetzungen an den  
453 Schulen geschaffen werden, um optimalen gemeinsamen Unterricht  
454 durchführen zu können. Dazu sind auch technische Hilfsmittel,  
455 beispielsweise zur Unterstützung von Menschen mit Sinnesbehinderungen,  
456 einzusetzen.

- 457
- Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich

458 in die Thüringer Verfassung aufgenommen wird und damit die Rechte von

459 Menschen mit Behinderungen mehr Sichtbarkeit erhalten.

## 460 **1.5 Gleichstellung der Geschlechter**

461 Laut Gender Gap Report der Stiftung der Weltwirtschaftsforums braucht es noch  
462 131 Jahre, bis die Gleichstellungslücke zwischen den Geschlechtern geschlossen  
463 wurde. Im familiären und beruflichen Alltag ist die Gleichstellung auch zu  
464 Beginn des 21. Jahrhunderts nicht erreicht. Durch die Coronapandemie hat die  
465 Gleichstellung sogar einen Rückschritt gemacht und die Kluft zwischen den  
466 Geschlechtern vergrößert. Frauen tragen weiterhin größere Risiken im Berufsleben  
467 neben der Tatsache, dass die deutlich häufiger in prekären  
468 Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind und verdienen durchschnittlich  
469 weniger. Sie haben schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten und sind seltener in  
470 Führungspositionen zu finden. Wir als SPD Thüringen wollen unseren Beitrag zu  
471 einer schnelleren Gleichstellung leisten und die Bedingungen für Frauen in der  
472 Familie und im Beruf verbessern.

473 Das werden wir tun:

- Wir werden einen verpflichtenden Gleichstellungsscheck einführen und damit  
474 alle Maßnahmen, ob Gesetze, Verordnungen, Haushaltsausgaben und Setzung  
475 von Rahmenbedingungen einem Gleichstellungsscheck zu unterwerfen. Wir  
476 werden keine Maßnahmen mehr beschließen, die die Gleichstellung der  
477 Geschlechter nicht voranbringen.  
478
- Um Genderbudgeting (Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb  
479 des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel,  
480 die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und zu  
481 erreichen) auch in Thüringen zu etablieren, ist in einem wissenschaftlich  
482 begleiteten Pilotprojekt mit mindestens einer Kommune (Landgemeinde) das  
483 Prinzip des Genderbudgeting beispielhaft umzusetzen. Das Pilotprojekt ist  
484 mit einem finanziellen Anreiz für die ausgewählte Kommune verbunden.  
485
- Täterarbeit ist ein wichtiger Aspekt der Gewaltprävention. Daher werden  
486 Programme zur Täterarbeit und Gewaltprävention (z. B. Projekt Orange)  
487 auskömmlich finanziert, damit diese Arbeit effektiv und flächendeckend  
488 durchgeführt werden kann.  
489
- Auch wenn Gleichstellung bei allen Themen immer mitgedacht werden muss, so  
490 braucht es dennoch im Thüringer Landtag wieder einen Ausschuss, der sich  
491 allein mit dieser Frage auseinandersetzt. Wir werden den eigenständigen  
492 Gleichstellungsausschuss wieder einsetzen, nur so bleibt das Thema sichtbar  
493  
494

und kann mit Nachdruck verfolgt werden.

- 495 • Wir werden Schulungs- bzw. Bildungsangebote für Männer zum Thema  
496 Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabe, Frauenförderung,  
497 patriachale Männlichkeit etc. einrichten. Nur durch Bildung wird das  
498 Verständnis füreinander gefördert.
  
- 499 • Frauen sind in besonderem Umfang nicht nur physischer und psychischer  
500 Gewalt ausgesetzt. Auch Armut und andere Formen der Benachteiligung trifft  
501 sie besonders. Das Beratungsangebot, die Anlaufzentren und die Schutzräume  
502 für Frauen müssen daher auch diese Aspekte berücksichtigen.
  
- 503 • Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der  
504 Gesamtbevölkerung auch im Thüringer Landtag vertreten sind. Wir streben  
505 deshalb an, dass künftig die Hälfte der Thüringer Landtagsabgeordneten  
506 weiblich sein soll. Dieses Ziel verfolgen wir weiter und werden dafür ein,  
507 die rechtlichen Rahmenbedingungen einhaltendes, Paritégesetz auf den Weg  
508 bringen.
  
- 509 • Gewalt gegen Frauen muss sichtbar gemacht werden. Die SPD Thüringen wird  
510 sich dafür stark machen, dass der Begriff der „Hasskriminalität gegen  
511 Frauen“ in die polizeiliche Kriminalstatistik mit aufgenommen wird.
  
- 512 • Die SPD Thüringen steht hinter den Forderungen der Istanbul-Konvention und  
513 wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Finanzierung von  
514 Frauenhäusern im Freistaat lückenlos und nachhaltig gesichert wird. Die  
515 Leistungsberechtigung nach dem SGB darf kein Kriterium mehr zur  
516 Unterbringung in Frauenhäusern und -schutzeinrichtungen sein. Personen  
517 unterhalb der Armutsgrenze sind in einer Sonderfallregelung zu  
518 berücksichtigen. Innerhalb der Projektfinanzierung der Thüringer  
519 Frauenhausförderung müssen die Personal- und Sachkosten verpflichtend  
520 gewährleistet werden, ohne dass sie in Haushaltsdebatten regelmäßig zur  
521 Verhandlung stehen. Hierfür nehmen wir die kreisfreien Städte und  
522 Landkreise verstärkt in die Verantwortung und verankern das Vorhalten  
523 sowie die anteilige Finanzierung von Frauenhäusern als deren kommunale  
524 Pflichtaufgabe.
  
- 525 • Um die Umsetzung der Istanbul-Konvention auch in Thüringen zu  
526 intensivieren, wird das Monitoring der Umsetzungsprozesse bei der  
527 Landeskoordinierungsstelle angesiedelt. Darüber hinaus werden attraktive  
528 verpflichtende Weiterbildungsangebote auf Landesebene geschaffen für alle  
529 Personengruppen, die in Kontakt mit von Gewalt betroffenen Frauen sind.
  
- 530 • Alle statistischen Auswertungen werden ab sofort mit der  
531

- 532 Geschlechterkomponente veröffentlicht, wenn die entsprechenden Daten  
533 vorliegen. Diese Veröffentlichung macht die geschlechtsspezifische  
534 Auswertung der erhobenen Daten möglich und ist somit die, auch die  
535 Gleichstellung berücksichtigende, Grundlage für effiziente politische  
Entscheidungen und Programme.
- 536 • Wir werden kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Ämtern,  
537 Behörden und Verwaltungen für alle Menschen zugänglich zur Verfügung  
538 stellen. Ziel muss der kostenfreie Zugang zu Menstruationsartikeln für  
539 alle Personen nach schottischem Modell sein.
  - 540 • In Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, das  
541 Qualifizierungspotenzial von Frauen brach liegen zu lassen.  
542 Weiterbildungsangebote sind daher attraktiver zu gestalten. Dies bezieht  
543 sich auch auf das Nachholen von Schulabschlüssen. Mit der Möglichkeit,  
544 Weiterbildung in Teilzeit zu absolvieren, Kinderbetreuung in Anspruch zu  
545 nehmen und eine finanzielle Entlastung (z. B. durch soziale Staffelung von  
546 Entgelten oder Förderprogrammen speziell für Frauen, die sich weiter- oder  
547 fortbilden, etc.) zu erhalten, wollen wir mehr Frauen die Option  
548 einräumen, das in ihnen schlummernde Potenzial zu aktivieren.
  - 549 • Sportvereine haben immer noch zu wenige weibliche Mitglieder und die  
550 Funktionärsstrukturen sind männlich geprägt. Daher werden in vielen  
551 Fällen Männermannschaften bevorzugt gefördert. Um dies zu ändern, sind  
552 der Landessportbeirat und das Präsidium des Landessportbundes paritätisch  
553 zu besetzen, denn Sichtbarkeit von Frauen bedingt, gehört zu werden. Die  
554 Stelle einer Gleichstellungsreferentin wird im Landessportbund  
555 eingerichtet. Das Land legt Förderprogramme für Sportvereine auf, die  
556 diese dabei unterstützen, Frauen und Mädchen für den Vereinssport zu  
557 gewinnen sowie Frauen für Führungspositionen in den Sportvereinen zu  
558 begeistern.
  - 559 • Frauen in Thüringen haben auch nach Abschaffung des § 219a StGB Probleme,  
560 Informationen über Schwangerschaftsabbrüche zu erhalten. Daher ist der  
561 Zugang zu Daten über Abbruchmöglichkeiten und -orte sicherzustellen.  
562 Hierfür wird durch das Land ein Internetportal eingerichtet, das alle  
563 Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen niederschwellig und  
564 barrierefrei zusammenfasst. Um ein flächendeckendes Angebot  
565 sicherzustellen, werden Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten,  
566 dazu verpflichtet Schwangerschaftsabbrüche als medizinische  
567 Grundversorgung anzubieten. Wir machen uns auf Bundesebene weiterhin für  
568 die Streichung des § 218 StGB stark.
  - 569 • Der Internationale Frauentag ist aus der Arbeiter:innenbewegung heraus  
570 entstanden und sollte auf die vorherrschende Diskriminierung aufgrund des



571 Geschlechts aufmerksam machen, u. a. thematisierte der erste  
572 Internationale Frauentag 1911 die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Die  
573 Einführung des 08. März als festen gesetzlichen Feiertag soll auf diese  
574 weiterhin vorherrschende Diskriminierung hinweisen und verdeutlichen, dass  
575 die umfassende Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht ist.

## 576 **1.6 Queerpolitik**

577 Hass, Gewalt und Aggressionen gegen queere Menschen sind in Deutschland noch  
578 immer alltäglich. Die Anzahl registrierter Fälle von Hasskriminalität und damit  
579 auch von Übergriffen auf queere Menschen ist in den letzten Jahren in Thüringen  
580 deutlich gestiegen, die Dunkelziffer ist deutlich höher. Als SPD Thüringen  
581 stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung von geschlechtlicher  
582 Identität und sexueller Orientierung. Um die Lebensrealität von queeren Menschen  
583 zu verbessern, streben wir ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern gegen  
584 queerfeindliche Gewalt und die Initiierung einer Kampagne gegen  
585 Queerfeindlichkeit an.

586 Das werden wir tun:

- 587 • Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt der aktuellen Thüringer  
588 Landesregierung bildet die Grundlage, um das Leben von LSBTIQA\* zu  
589 verbessern. Um dieses vollumfänglich umzusetzen und die Initiativen  
590 queerer Menschen zu unterstützen, setzen wir uns für eine merkliche  
591 Mittelerhöhung, für die Gewährleistung einer überjährigen Förderung, den  
592 Ausbau der zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle des  
593 Landesprogramms sowie die Ernennung einer:eines Beauftragten des Landes  
594 für Antidiskriminierung und queere Menschen ein. Des Weiteren werden wir  
595 das Landesprogramm alsbald evaluieren sowie fortschreiben.
  
- 596 • Als Sozialdemokrat:innen verurteilen wir Hasskriminalität auf Schärfste  
597 und setzen uns aktiv für die Aufarbeitung, Präventions- und  
598 Sensibilisierungsarbeit sowie die Schaffung von hauptamtlichen  
599 Ansprechpartner:innen für queere Menschen in Polizei und Justiz ein.  
600 Dadurch wollen wir ein Bewusstsein für die Herausforderungen der queeren  
601 Community schaffen und das geschichtlich begründete und berechtigte  
602 Misstrauen gegenüber Sicherheitskräften und Justiz abbauen.
  
- 603 • Das Vermitteln von Akzeptanz und Toleranz beginnt in der Kita, Schule und  
604 im Jugendtreff. Dafür braucht es einen vorurteilssensiblen Umgang mit  
605 Kindern und Jugendlichen sowie einen geeigneten Platz in Gespräch und  
606 Unterricht. Die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität darf  
607 dabei kein Tabuthema mehr darstellen. Deshalb machen wir uns für die  
608 Aufnahme des Themenfeldes LSBTIQA\* in den Thüringer Lehrplan und für die  
609 Entwicklung LSBTIQA\*-inklusive Bildungsmaterialien stark. Als ein

- 610 wesentlicher Teil der Bildung unterstützen wir zudem  
611 Schulaufklärungsprojekte, welche zur Aufklärung über Akzeptanz und  
612 Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung beitragen.
- 613 • Des Weiteren unterstützen wir Schulaufklärungsprojekte ausdrücklich. Als  
614 ein wesentlicher Teil der Bildung tragen sie zur Aufklärung über Akzeptanz  
615 und Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung bei.
  - 616 • Wir sind ungebrochen solidarisch mit der queeren-Community. Die  
617 Unterstützung des CSD Thüringen und regionalen Veranstaltungen in den  
618 Kommunen vor Ort war uns in der Vergangenheit ein großes Anliegen und wird  
619 auch weiterhin Teil unseres Selbstverständnisses sein.
  - 620 • Queere Menschen mit ihren Lebenslagen müssen zukünftig in Regelstrukturen  
621 eine angemessene Berücksichtigung finden. Wir setzen uns deshalb dafür  
622 ein, Menschen in pädagogischen Berufen in Aus- und Weiterbildung durch  
623 verpflichtende Module hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und  
624 LSBTIQA\* zu sensibilisieren. Damit stärken wir die "Regenbogenkompetenz"  
625 an unseren Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen. Wir werden Strukturen  
626 der queeren Szene, insbesondere bei der Errichtung queerer Zentren als  
627 Bildungs- und Begegnungsorte sowie als Anlaufstellen für Betroffene von  
628 Diskriminierung und Feindlichkeit stärker fördern. Um flächendeckende  
629 Angebote zu gewährleisten, sollen queere Themen in die bestehende  
630 Jugendarbeit – mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes –  
631 integriert werden.
  - 632 • Im Gesundheitswesen werden wir die besonderen Bedürfnisse queerer  
633 Menschen, insbesondere von trans\* Personen, stärker in den Blick nehmen.  
634 Die Angebote der HIV- und STI-Prävention, Beratung und Testung werden wir  
635 weiter stärken.
  - 636 • Auch für queere Menschen im Alter werden wir uns einsetzen. Um  
637 Diskriminierung, beispielsweise in betreuten Wohnverhältnissen  
638 vorzubeugen, werden wir durch die Etablierung queer-sensibler  
639 Qualifizierung und Zertifizierung in stationären und ambulanten  
640 Pflegeeinrichtungen sowie in Hospizen, zielgruppensensible Pflege für  
641 LSBTIQA\* sowie die Sensibilisierung Pflegenden für den alltäglichen  
642 Umgang mit Pflegebedürftigen dieser Zielgruppe fördern. Darüber hinaus  
643 unterstützen wir queere Senior:innen-Arbeit und machen uns für queere  
644 Wohnprojekte, etwa in Mehrgenerationenhäusern, für einen  
645 generationenübergreifenden Austausch stark.
  - 646 • Weiterhin werden wir uns für die notwendige historische Aufarbeitung der  
647 strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des darauffolgenden  
648 Umgangs mit den Opfern stark machen. Weiter unterstützen wird die

649 Forderung zur Sichtbarmachung und Dokumentation der LSBTIQ\*-Geschichte in  
650 Thüringen, insbesondere Aufarbeitung und Dokumentation von LSBTIQ\*-  
651 Biografien und -Erfahrungen in der Nachkriegszeit, in der DDR und nach der  
652 Wende.

- 653 • Queere Geflüchtete erfahren oftmals in ihren Herkunftsländern Verfolgung  
654 und Gewalt seitens des Staates, der Familie oder Gesellschaft. Auch  
655 “nach” ihrer Flucht sind sie in Deutschland von Rassismus sowie  
656 Queerfeindlichkeit betroffen, weshalb sie breitere Unterstützung,  
657 Anerkennung und einer besonderen Beachtung bedürfen. Wir treten daher für  
658 die Entwicklung von Schutzkonzepten in Gemeinschaftsunterkünften bis hin  
659 zu besonderen Schutzräumen für queere Geflüchtete ein.
- 660 • Wir werden ein starkes und wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz zu  
661 Umsetzung der europäischen Vorgaben einführen. Der Begriff “Rasse” soll im  
662 AGG ersetzt und durch die Einführung eines  
663 Landesantidiskriminierungsgesetzes die bestehenden Schutzlücken  
664 geschlossen werden. Dabei soll Diskriminierung aufgrund rassistischer  
665 Zuschreibungen oder aufgrund des sozialen Status, unbedingt in die  
666 Novellierung einbezogen werden. Da sich das AGG vor allem auf das  
667 Zivilrecht beschränkt, kann durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz  
668 auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Akteur:innen im  
669 Freistaat geboten werden.

## 670 **1.7 Vielfalt, Migration und Zuwanderung**

671 Thüringen ist bunt und weltoffen! Dafür setzen wir uns als Sozialdemokrat:innen  
672 täglich ein. Die hier lebenden Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und  
673 Herkunftsländern bereichern unser Bundesland. Wir begreifen Zuwanderung als eine  
674 Chance, dem demografischen Wandel entgegenzutreten und die schon heute  
675 bestehenden Fach- und Arbeitskräftebedarfe zu decken. Deshalb braucht es eine  
676 wertschätzende Willkommenskultur, die diese Menschen akzeptiert, respektiert und  
677 in unsere Gesellschaft integriert. Die Aufgabe die entsprechenden  
678 Voraussetzungen zu schaffen, liegt hier bei Land und Kommunen.

679 Die Fluchtbewegungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Die wenigsten  
680 Menschen verlassen freiwillig ihr Land, sondern sehen es als letzten Ausweg vor  
681 Verfolgung, Vertreibung und dem sicheren Tod. Wir leben in Thüringen die  
682 solidarische Gemeinschaft und leisten unseren Beitrag durch die Aufnahme von  
683 Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten bei uns Schutz suchen.

684 Das werden wir tun:

- 685 • Wir wollen eine gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale  
686

687 Teilhabe. Wir unterstützen daher auch weiterhin die Arbeit der kommunalen  
688 Ausländerbeiräte, der Migrantenselbstorganisationen und ihrer  
689 Dachorganisation. Außerdem müssen Hürden für bereits in Deutschland  
690 lebende Personen abgeschafft werden. Geflüchteten soll der Zugang zum  
691 Arbeitsmarkt erleichtert werden. Insbesondere das Angebot an  
Fachsprachkursen muss ausgebaut werden.

- 692 • Wir bauen die interkulturelle Öffnung von Verwaltungs- und  
693 Bildungseinrichtungen weiter aus, denn wir begreifen Vielfalt als  
694 Ressource in Thüringen. Die Teilhabe im gesellschaftlichen Leben, in  
695 Bildungs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen von Menschen mit  
696 Migrationsgeschichte ist der Schlüssel zum Erfolg. Das Thüringer  
697 Integrationskonzept schreiben wir fort und erfüllen es mit Leben.
  
- 698 • Wir werden uns dafür stark machen, dass dauerhaft in Thüringen lebende EU-  
699 Bürger:innen bei den Landtags- und Bundestagswahlen wählen können. Wir  
700 wollen das Wahlrecht auf kommunaler Ebene auch für dauerhaft hier lebende  
701 Staatsangehörige außerhalb der Europäischen Union ermöglichen.
  
- 702 • Wir stehen für eine Politik, die Migration vorausschauend und realistisch  
703 gestaltet. Deswegen werden wir gemeinsam mit dem Bund die Verfahren  
704 erleichtern und beschleunigen. Menschen, die Schutz benötigen, erhalten in  
705 Thüringen Asyl. Deshalb gestalten wir eine soziale Migrationspolitik.
  
- 706 • Als SPD haben wir uns für eine Reform des Einwanderungsrechts stark  
707 gemacht und setzten uns auch weiterhin für eine Erleichterung der  
708 Verfahren ein. Wir begrüßen die Öffnung des Arbeitsmarkts für alle  
709 beruflich Qualifizierten aus Nicht-EU-Ländern und nicht nur für Akademiker  
710 und Fachkräfte in Mangelberufen sowie die Möglichkeiten des Wechsels vom  
711 Asyl in die Arbeitsmigration.
  
- 712 • Wir werden ein Ausbildungsprogramm zur Gewinnung von ausländischen  
713 Fachkräften auflegen, das maßgeschneiderte Betreuung und Sprachkurse  
714 enthält.
  
- 715 • Die Anerkennung von Berufsabschlüssen stellt noch immer eine große Hürde  
716 für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt dar. Wir setzen uns  
717 für eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein, damit  
718 vorhandene Qualifikationen besser eingebracht werden können.
  
- 719 • Wir setzen uns für ein vereinfachtes Verfahren zur Umsetzung der  
720 bundesgesetzlichen Regelungen zum Familiennachzug und für eine  
721 erleichterte Arbeitserlaubnis für Geduldete ein.

- 722 • Wir setzen in der Integrationspolitik einen Schwerpunkt bei Kindern und  
723 Jugendlichen. Wir setzen uns daher für eine möglichst frühe und  
724 individuelle Förderung ein, um Benachteiligungen gar nicht erst entstehen  
725 zu lassen.
  
- 726 • Die Repräsentanz von Lehrkräften und Erziehungskräften mit  
727 Migrationsgeschichte ist verschwindend gering. Wir wollen durch gezielte  
728 Ansprache unsere Bildungslandschaft diverser machen. Wir werden die  
729 Sozialbetreuungsrichtlinie fortschreiben. Der Zugang zu Angeboten für  
730 Integration, Sprache und Qualifizierung soll Menschen aus dem Ausland,  
731 unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive, gesichert werden,  
732 das gilt für alle Menschen gleichermaßen.
  
- 733 • Integration gelingt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Wir werden sie  
734 dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu  
735 Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln und darüber hinaus das  
736 gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten stärken. Die Integration in  
737 den Quartieren werden wir durch ein Förderprogramm stärken.
  
- 738 • Eine humanitäre Politik für Geflüchtete gestalten: Unabhängig von der  
739 Chance auf die Anerkennung in einem Asylverfahren sollen alle eine  
740 unvoreingenommene, würdige und faire Behandlung erfahren. Auf dieser  
741 Grundlage bekennen wir uns zur humanitären Aufnahme und Unterbringung von  
742 Geflüchteten in Thüringen. Dazu gehören einheitliche verbindliche  
743 Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte, die eine  
744 Ankunft unter menschenwürdigen Umständen garantiert und eine  
745 menschenwürdige Unterbringung gewährleisten.
  
- 746 • Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe an unserem gesellschaftlichen  
747 Leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Sprachkurse und  
748 Bildungsangebote von Anfang an und für alle, unabhängig von der  
749 „Bleibeperspektive“, zu ermöglichen. Hierzu soll insbesondere das  
750 Landesprogramm „Start Deutsch“ ausgebaut werden.
  
- 751 • Wir setzen uns für eine kontinuierliche Förderung der Arbeit der  
752 psychosozialen Beratungsstelle für Geflüchtete refugio e.V. durch das Land  
753 ein. Wir stellen so sicher, dass das Knowhow von refugio weiter genutzt  
754 werden kann, um traumatisierten Geflüchteten zu helfen, die im Regelsystem  
755 keine passenden Angebote finden.
  
- 756 • Besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige,  
757 Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder  
758 psychischen Erkrankungen und traumatisierte Geflüchtete brauchen besondere  
759 Beachtung. Wir werden die dafür bestehenden Versorgungsstrukturen weiter  
760 vorhalten und nach dem aktuellen und prognostizierten Bedarf überprüfen

761 und anpassen.

- 762 • Mit der Einrichtung eines Landesamtes für Migration und Integration  
763 bündeln wir Fachkompetenzen und Expertise effizient an einem Ort. So kann  
764 Migration und Integration erfolgreich gestaltet werden, sodass auch die  
765 Gewinnung von Fachkräften für den Arbeitsmarkt ein positiver Effekt sein  
766 kann.

## 767 **1.8 Aufarbeitung der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie**

768 Die Corona-Pandemie war für die gesamte Gesellschaft eine völlig neue  
769 Herausforderung. Trotz einer in Thüringen gelungenen Bewältigung sind wir  
770 überzeugt, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie –  
771 einschließlich der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung – einer systematischen  
772 gesellschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Ziel dieser Aufarbeitung sind sowohl  
773 die systematische quantitative und qualitative Erhebung und Auswertung der  
774 Auswirkungen der Pandemie und ihrer Bekämpfungen vor allem auf das Wohlbefinden,  
775 der Angehörigen vulnerabler Gruppen sowie auf das Funktionieren derjenigen  
776 Institutionen, von denen das Wohlbefinden der vulnerablen Gruppen und ihrer  
777 Angehörigen besonders abhängig ist. Dies wollen wir durch eine Enquete-  
778 Kommission „Folgerungen und Konsequenzen für den Freistaat Thüringen aus der  
779 Corona Pandemie“ des Thüringer Landtags erarbeiten.

## 780 **2. Gute Arbeit, starke Wirtschaft**

781 Wir sind die Partei der ‚Guten Arbeit‘ und stehen an der Seite der  
782 Beschäftigten. Wir sind solidarisch mit unseren Kolleg:innen sowie den  
783 Gewerkschaften und unterstützen diese im gemeinsamen Kampf für bessere  
784 Arbeitsbedingungen, gute Löhne und Renten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt,  
785 dass eine funktionierende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer:innen,  
786 Arbeitgeber:innen und Politik uns durch die Krise bringen kann. Der  
787 demografische Wandel, die Dekarbonisierung und Digitalisierung sorgen im  
788 Freistaat Thüringen für einen enormen Wandel in der Arbeitswelt. Wir wollen  
789 diese Transformationsprozesse sozialdemokratisch gestalten, damit Thüringen ein  
790 wachsender und innovativer Wirtschaftsstandort bleibt.

### 791 **2.1 Gute Arbeit und Fachkräftesicherung**

792 Jede:r muss von seiner Arbeit leben können und braucht eine sichere Perspektive  
793 für das Alter. Mehr als 30 Jahre nach der Wende streiten wir immer noch für  
794 gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Löhne in Ost und West. Gleichzeitig wird  
795 die Fachkräftesicherung die zentrale Herausforderung für die Wirtschaft in den  
796 kommenden Jahren.

797 Als Sozialdemokrat:innen sind wir überzeugt, dass wir zur Sicherung des  
798 Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren Gute Arbeit, eine steigenden  
799 Tarifbindung und mehr betriebliche Mitbestimmung brauchen. Wir stehen an der  
800 Seite der Kolleg:innen, der Betriebsrät:innen und der Gewerkschaften, die in den  
801 letzten Jahren immer deutlicher machen, dass sie bereit sind sich für ihre  
802 Belange stark zu machen. In diesen Bemühungen werden wir sie weiterhin  
803 unterstützen und alle gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen stärken, die  
804 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Thüringen beitragen.

805 Das werden wir tun:

- 806 • Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitsbedingungen durch  
807 landesgesetzliche Rahmenbedingungen im Interesse der Kolleg:innen zu  
808 gestalten: Dazu müssen wir unter anderem das Vergabegesetz reformieren.  
809 Zukünftig soll die Tarifbindung einen größeren Stellenwert bekommen.  
810 Öffentliche Vergaben sollen nur noch an Unternehmen erfolgen, die auch  
811 tarifgebunden sind. Dies muss auch für Vergaben auf kommunaler Ebene  
812 gelten. Damit leisten wir auch einen Beitrag die Löhne zwischen Ost und  
813 West anzugleichen.
- 814 • Als SPD Thüringen ist uns der Arbeitnehmer:innenschutz ein wichtiges  
815 Anliegen. Deshalb treten wir einer Ausweitung der Ladenöffnungsgesetzes,  
816 mehr Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit entschieden entgegen. Mit  
817 Sanktionen bei Nichteinhaltung wollen wir den Schutz unserer Kolleg:innen  
818 stärken. Dazu soll der Landesbetrieb für Arbeitsschutz personell gestärkt  
819 werden.
- 820 • Fachkräftemangel macht sich auch in Teilen des öffentlichen Dienstes  
821 bemerkbar. Um die besten Köpfe zu bekommen, brauchen wir hier die besten  
822 Arbeitsbedingungen. Wir als SPD Thüringen setzen uns dafür ein, die  
823 Attraktivität des Landesdienst zu verbessern, um Fachkräfte in der  
824 öffentlichen Verwaltung zu halten. Wir wollen die Forderungen der  
825 Gewerkschaften nach guten Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst  
826 unterstützen. Mitbestimmung ist ein wichtiges Anliegen, daher setzen wir  
827 uns für die Allzuständigkeit der Personalrät:innen ein und erfüllen diese  
828 in unseren Wirkungskreisen mit Leben.
- 829 • Als SPD Thüringen unterstützen wir das Konzept des „lebenslangen Lernens“  
830 und wollen dieses mit der Bildungsfreistellung stärken. Dazu werden wir  
831 das Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz novellieren, um noch mehr  
832 Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, Bildungsurlaub zu nehmen. Künftig  
833 sollen alle Arbeitnehmer:innen unabhängig von der Betriebsgröße Anspruch  
834 auf Bildungsurlaub erlangen. Zudem soll der Anspruch für Azubis auf die  
835 vollen 5 Tage ausgeweitet. Eine Möglichkeit der Ansparung des Anspruchs  
836 auf zwei Jahre wird geprüft. Darüber hinaus wollen wir die

- 837 Anerkennungsverfahren für etwaige Bildungsveranstaltungen, die durch  
838 gemeinnützige Träger:innen organisiert werden, vereinfachen.
- 839 • Zudem ist die Sicherstellung eines angepassten  
840 Weiterqualifizierungsangebots und der Ausbau vorhandener Beratungsangebote  
841 zentrales Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und  
842 Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Wir werden  
843 betriebliche Investitionen in Qualifikation und Weiterbildungen fördern.
- 844 • Wir wollen das Anerkennungsverfahren von Schul- und Berufsabschlüssen  
845 durch Entbürokratisierung vereinfachen. Zusätzlich wollen wir eine  
846 Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für Fachkräfte über  
847 Quereinstiegsqualifikationen erwirken.
- 848 • Wir wollen, dass alle Menschen in Thüringen eine gute Perspektive haben  
849 und hier gut leben und arbeiten können. Wir werden dafür sorgen, dass alle  
850 Menschen, die nach Thüringen zugewandert sind, ein Angebot für einen  
851 Sprach- und Integrationskurs bekommen und auf dem Weg in den Ausbildungs-  
852 und Arbeitsmarkt begleitet werden. Wir wollen diese bis zum Eintritt in  
853 das Berufsleben bei Thüringer Unternehmen begleiten und sie von Anfang an  
854 in enger Abstimmung mit den Kommunen und mit der Zivilgesellschaft in die  
855 Aufnahmegesellschaft integrieren. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen und  
856 Projekte zur Stärkung von Antidiskriminierung im Betrieb fördern.
- 857 • Für die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte in Thüringen müssen neue Wege  
858 gegangen werden. Es ist notwendig, jungen Menschen aus Drittstaaten  
859 frühzeitig eine berufliche Perspektive zu öffnen. Aus diesem Grund  
860 unterstützen wird das Pilotvorhaben einer German Professional School in  
861 Thüringen, die diese Gruppe anspricht und innerhalb eines Jahres auf den  
862 Thüringer Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und auf ein Leben in Deutschland  
863 vorbereitet sowie frühzeitig die Vermittlung zu Ausbildungsbetrieben  
864 unterstützt
- 865 • Wir werden eine zentrale, koordinierende Stelle für die Anwerbung  
866 ausländischer Fachkräfte einsetzen. Hierfür wird die Thüringer Agentur für  
867 Fachkräftegewinnung weiterentwickelt. Damit bringen wir nicht nur die  
868 Erfordernisse von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter einen Hut,  
869 sondern heben Synergien und Potenziale. Eine staatliche Subventionierung  
870 bei der Anwerbung von Auszubildenden und Fachkräften sollen zukünftig nur  
871 Betriebe erhalten, die einen Tarifvertrag haben und der Belegschaft  
872 verpflichtende Integrationsmaßnahmen anbieten.
- 873 • Wir unterstützen die Etablierung einer Arbeitnehmer:innenkammer. Uns ist  
874 wichtig, dass es für die Einführung dieser Institution eine breite  
875 Zustimmung der Gewerkschaften gibt. Diese Kammer soll arbeitsorientierte



876 Beratunsangebote sowie Beratung in der individuellen Entwicklung durch  
877 Weiterbildungen und allgemeine Bildungsangebote für Beschäftigte anbieten.  
878 Als Pendant der öffentlichen Wirtschaftskammern (IHK, HWK) ist die  
879 Arbeitnehmer:innenkammer zusätzlich Interessenvertretung gegenüber Politik  
880 sowie Verwaltung und ermöglicht eine stärkere Sichtbarkeit der  
881 Arbeitnehmer:innenperspektiven zum Beispiel bei parlamentarischen  
882 Gesetzgebungsverfahren.

883 • Wir unterstützen weiterhin die Etablierung einer  
884 Technologieberatungsstelle nach rheinland-pfälzischem Vorbild.

885 • Der Wandel der Arbeitswelt, der sich insbesondere durch die  
886 Digitalisierung und die gesetzten Nachhaltigkeitsziele abbildet, bietet in  
887 den Thüringer Unternehmen und ihren Beschäftigten enorme Chancen,  
888 erfordern aber auch eine hohe Bereitschaft zu Veränderungen. Um die  
889 richtigen Weichenstellungen für die Transformation von Arbeit vorzunehmen  
890 und damit Gute Arbeit und Innovationen in Thüringer Betrieben realisieren  
891 zu können, braucht es unabhängige, kontinuierliche und beschäftigungs- und  
892 arbeitsweltorientierte Forschung. Wir setzen uns für die Gründung eines  
893 Instituts für arbeitnehmer:innennahe Forschung und Beratung ein. Dieses  
894 Institut hat die Aufgabe die Arbeitsbedingungen in Thüringen dauerhaft zu  
895 untersuchen. Auf Basis der Forschungsergebnisse werden wir ein Monitoring  
896 für Arbeit, Ausbildung und Leben in Thüringen etablieren und Beratungs-  
897 und Fortbildungsangebote für Arbeitnehmer:innen und ihr Vertretungen  
898 stärken.

899 • Wir lassen niemanden zurück: Die SPD setzt sich dafür ein, dass die  
900 Landesarbeitsmarktprogramme zur Integration von Langzeitarbeitslosen  
901 evaluiert und die wirksamen fortgeführt werden.

902 • Wir werden uns auf Bundesebene für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen,  
903 das an die veränderten Rahmenbedingungen der Digitalisierung angepasst  
904 wird. Neue Arbeitsformen dürfen Arbeits- und sozialen Schutz sowie  
905 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten nicht aushöhlen. Auf diese Weise  
906 wollen wir auch für tarifgebundene und mitbestimmungspflichtige  
907 Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen in der digitalen Welt erhalten.

908 • Forderungen nach längerer Lebensarbeitszeit erteilen wir eine klare  
909 Absage. Wir wollen stattdessen dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre  
910 Arbeitskraft im Freistaat noch produktiver einsetzen können und dass kein  
911 Thüringer ohne Berufsabschluss zurückbleibt.

912 **2.2 Sozialwirtschaft stärken – ohne geht es nicht!**

913 Insbesondere in der Corona-Pandemie wurde mehr als deutlich, dass eine  
914 funktionierende Sozialwirtschaft maßgeblich und unverzichtbar für unser gesamtes  
915 gesellschaftliches und wirtschaftliches System ist. Ohne ausreichend Personal in  
916 den SAGE-Berufen (Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, haushaltsnahe  
917 Dienstleistungen, Erziehung) müssen sich Arbeitnehmer:innen selbst um die  
918 Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen kümmern mit der Folge, dass sie  
919 ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können. Dies bildet jedoch die Basis der  
920 Wirtschaftskraft Thüringens sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Wir  
921 definieren die sozialen Berufe als harte Standortfaktoren und setzen daher  
922 unseren Fokus in der Fachkräftesicherung auf die Stärkung der SAGE-Berufe.

923 Das werden wir tun:

- 924 • Eine intensive Fachkräfteoffensive soll die Arbeitsbedingungen verbessern  
925 und die Attraktivität der sozialen Berufe in der Gesellschaft steigern.  
926 Ein Wiedereinstiegsprogramm für qualifizierte Fachkräfte in die sozialen  
927 Berufe soll etabliert werden.
  
- 928 • Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir eine Kampagne zur Ausweitung  
929 und Stärkung der Tarifbindung in Thüringen auf den Weg bringen.
  
- 930 • Mit der Ausweitung des Modells zur praxisintegrierten Ausbildung mit  
931 tarifgerechter Ausbildungsvergütung auf alle SAGE-Berufe und der  
932 Erweiterung der Kapazitäten an staatlichen berufsbildenden Schulen leisten  
933 wir unseren Beitrag zur langfristigen Fachkräftesicherung und  
934 Nachwuchsförderung in den SAGE-Berufen.
  
- 935 • Wir wollen mit der Einführung der Schulgeldfreiheit in der Ausbildung der  
936 SAGE-Berufe sowie der Vergütung von Anerkennungspraktika für alle SAGE-  
937 Berufe, finanzielle Hürden abbauen und mehr jungen Menschen den Weg zur  
938 Ausbildung ermöglichen.
  
- 939 • Um den akuten Fachkräftemangel in den sozialen Berufen einzudämmen, setzen  
940 wir auf berufliche Quereinsteiger:innen und wollen die Optionen zur  
941 berufsbegleitenden Weiterbildung ermöglichen.
  
- 942 • Für uns als SPD Thüringen steht fest: Care-Arbeit ist Arbeit! Deshalb  
943 wollen wir Familien, insbesondere Frauen, in der Umsetzung des  
944 Familienalltags unterstützen und setzen uns für eine gerechte Verteilung  
945 und Anerkennung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit ein.
  
- 946 • Wir werden die Einrichtungen der frei-gemeinnützigen Träger in Thüringen  
947 stärken. Als Teile unserer pluralen Zivilgesellschaft, die durch  
948 eigenständige soziale, politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen

949 geprägt sind, sehen wir insbesondere in den Wohlfahrtsverbänden eine  
950 tragende Säule unserer Demokratie. Um die Rolle des sogenannten dritten  
951 Sektors als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und Anbieter Sozialer  
952 Arbeit in Thüringen zu stärken, braucht es u. a. eine Fortschreibung des  
953 Thüringer Sozialwirtschaftsberichtes.

954 • Damit einher geht die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, um  
955 Trägervielfalt, unterschiedliche Werteorientierung und eine hohe  
956 Konzeptqualität zu gewährleisten sowie eine dialogische Partnerschaft  
957 zwischen öffentlichen und freien Trägern auf Augenhöhe in gemeinsamer  
958 Verantwortung für die Soziale Arbeit zu verstetigen.

959 • Es braucht unumgänglich eine thüringenweit einheitliche sowie auskömmliche  
960 Finanzierung und Planungssicherheit für die Träger, insbesondere um  
961 tarifgerechte Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen bei freien Trägern  
962 vergleichbar zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Dabei setzen wir als  
963 SPD Thüringen auf Transparenz: die Gehälter und etwaige Zusatzleistungen  
964 von Führungskräften der freien Träger müssen analog des öffentlichen  
965 Dienstes offengelegt werden.

966 • Die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes entlastet nicht nur die  
967 zuständige Verwaltung, sondern hilft ebenfalls Trägern, Vereinen und  
968 Verbänden. Die freiwerdenden Kapazitäten können u. a. genutzt werden, um  
969 Angeboten der Qualifizierung für die Tätigkeit in den Vereinen und  
970 Verbänden nachzugehen. Dieses Angebot und die Anerkennung sowie Förderung  
971 und Angebote der Qualifizierung für die ehrenamtliche Tätigkeit in den  
972 Vereinen und Verbänden wollen wir stärken.

973 • Wir etablieren einen eigenen Digitalbonus für die Sozialwirtschaft,  
974 angelehnt an die bestehende Förderung für die gewerbliche Wirtschaft.

## 975 **2.3 Wirtschaft und Gute Arbeit in Zeiten der Transformation**

976 Wir können stolz auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens sein. Die  
977 Sozialdemokratie steht für eine zunehmend klimaneutrale und gleichzeitig  
978 wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit starker Mitbestimmung und hoher  
979 Tarifbindung. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen aus Industrie, Handwerk,  
980 Handel sowie der Dienstleistungsbranche bilden das Fundament unserer Wirtschaft.  
981 Der Thüringer Mittelstand mit seinen Beschäftigten ist bereits heute produktiver  
982 als der Bundesdurchschnitt.

983 Die oftmals mit ihrem persönlichen Vermögen haftenden Unternehmer des Thüringer  
984 Mittelstands haben den Strukturwandel der letzten dreißig Jahre entscheidend  
985 mitgestaltet – dafür gebührt ihnen zusammen mit ihren Mitarbeiter:innen Dank und  
986

987 Anerkennung. Aber auch größere Unternehmen investieren regelmäßig in ihre  
988 Thüringer Standorte und zeigen, dass unser Land auch im Standortvergleich  
989 wettbewerbsfähig ist. So investieren international agierende Unternehmen in  
Thüringen, ohne dass Milliardenförderungen locken.

990 Die SPD steht für eine soziale Marktwirtschaft, in der die Unternehmen gute  
991 Arbeitsbedingungen und faire Löhne zahlen, um im Wettbewerb um Fachkräfte zu  
992 bestehen. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der der Staat den  
993 Unternehmen einen verlässlichen Rahmen setzt, so dass sie mit unternehmerischer  
994 Freiheit erfolgreich investieren und produzieren können. Und wir stehen für eine  
995 soziale Marktwirtschaft, in der Unternehmer:innen die betriebliche Mitbestimmung  
996 und das solidarische Miteinander im Betrieb als Chance betrachten.

997 Das werden wir tun:

998 • Die zentralen Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land  
999 erfordern einen konsistenten Ansatz aus einer Hand. Wir werden daher ein  
1000 Transformationsministerium bilden, indem die Zuständigkeit für Wirtschaft,  
1001 Arbeit, Energie, Forschung und Technologie sowie digitale Infrastruktur  
1002 verbunden werden.

1003 • Um den Herausforderungen der multiplen Krisen und dem Strukturwandel  
1004 gerecht zu werden, werden wir einen „Transformationsbudget Thüringen“  
1005 einrichten. Damit wollen wir in den kommenden Jahren einen fühlbaren  
1006 strukturpolitischen Impuls setzen und den notwendigen wirtschaftlichen  
1007 Wandel in Thüringen aktiv gestalten.  
1008 Dabei werden wir alle relevanten Akteur:innen einbeziehen. Insbesondere  
1009 die Gewerkschaften sind für uns wichtige Partner:innen, um die  
1010 Herausforderungen der Transformation zu meistern.

1011  
1012 Seitens des Landes sollen eine regelmäßige wirtschafts- und  
1013 strukturpolitische Berichterstattung und ein Monitoring etabliert werden.  
1014 Dabei sollen wissenschaftliche Studien die Grundlagen bilden, um  
1015 wirtschafts- und strukturpolitische Handlungsempfehlungen zu entwickeln,  
umzusetzen, zu bewerten und zu evaluieren.

1016 • Aufbauend auf unseren Erfahrungen in der Automobilindustrie wollen wir  
1017 eine umfassende Qualifizierungs- und Innovationsstrategie für  
1018 Arbeitnehmer:innen sowie Unternehmen in den besonders von der  
1019 Dekarbonisierung betroffenen Industrien und produktionsnahen  
1020 Dienstleistungen auflegen. Dabei wollen wir innovative Ansätze zur  
1021 Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung erarbeiten und bei der  
1022 Qualifizierung und dem Aufbau von unternehmensspezifischem Know-how und  
1023 Innovationen unterstützen. Für die Fortsetzung der Finanzierung der  
1024 Transformationsnetzwerk ANeTT werden wir uns auf Landes- und Bundesebene

- 1025 auch über das Jahr 2025 hinaus einsetzen.
- 1026 • Wir werden regionale Initiativen zur Gestaltung des  
1027 Transformationsprozesses stärker begleiten. Da wo sich Akteur:innen vor  
1028 Ort auf dem Weg machen, werden wir sie konzeptionell und finanziell  
1029 unterstützen, um regionale Cluster zu bilden.
- 1030 • Wir werden ein Kreditprogramm für zukunftsfähige kleinere und mittlere  
1031 Unternehmen am Wirtschaftsstandort Thüringen etablieren, um diese bei der  
1032 Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-freie Produktion zu unterstützen.
- 1033 • Wirtschaft und Energie gehören zusammen. Die Energiewende der letzten  
1034 Jahre hat gezeigt, dass eine gezielte, aber auch breite Entwicklung, der  
1035 Einsatz und die Verwertung der erneuerbaren Energien auch mit  
1036 energieintensiver Produktion Hand in Hand gehen muss. Wir setzen uns dafür  
1037 ein, dass Energie vor Ort mit den örtlichen Energieversorgern erzeugt,  
1038 gespeichert und gehandelt wird. Die Kommunen und ihre Stadtwerke als  
1039 zentrale Stütze der Energiewende und das Rückgrat der Energieversorgung in  
1040 Thüringen werden wir stärken.
- 1041 • Wir schaffen mehr Klarheit für die Planung und vereinfachen die Planung  
1042 für die Errichtung, Erneuerung und den Betrieb von  
1043 Energieerzeugungsanlagen, Energiespeichern und den Netzausbau. Den  
1044 regionalen Verbrauch der erneuerbaren Energien werden wir zu dem stärken.  
1045 Das senkt dauerhaft Kosten, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer  
1046 Wirtschaft und stärkt Arbeitsplätze und Umwelt in der Region.
- 1047 • Die Kofinanzierung von Programmen der Europäische Union und des Bundes zur  
1048 Wirtschaftsförderung im Allgemeinen sowie zur Bewältigung der  
1049 Transformation im speziellen werden wir umfassend sicherstellen.
- 1050 • Inflation und steigendes Zinsniveau stellen Kommunen und Unternehmen  
1051 zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente, wie Bürgschaften und  
1052 zinsverbilligte Kredite, können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem  
1053 unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu  
1054 wollen wir die Eigenkapitalbasis der Thüringer Aufbaubank als zentrales  
1055 Förderinstitut des Freistaats weiter stärken, um eine effektive und  
1056 wirtschaftliche Umsetzung entsprechender Landesprogramme der  
1057 Wirtschaftsförderung im Zuschuss- und Darlehensbereich zu gewährleisten.  
1058 Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen soll die  
1059 Sicherung von "Guter Arbeit", die die Beschäftigten mitbestimmt und  
1060 tarifiert entlohnt, als weiterer Förderschwerpunkt etabliert werden.

- 1061 • Die erfolgreichen, niedrighschwelligten Förderangebote „Digitalbonus“ und  
1062 „Dekarbonisierungsbonus“ werden wir für alle Unternehmen der gewerblichen  
1063 Wirtschaft öffnen, fortführen und bedarfsgerecht finanzieren. Wir werden  
1064 prüfen, inwieweit mehr Unternehmen Zugang zu alternativen  
1065 Finanzierungsformen erhalten.
  
- 1066 • Die erfolgreiche Großflächeninitiative zur Bereitstellung größerer  
1067 Gewerbe- und Industrieflächen werden wir fortsetzen und konsequent auf die  
1068 Erfordernisse des Klimaschutzes, aber auch auf die Ansiedlung von „Green  
1069 Tech“ Industrien ausrichten. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir noch  
1070 stärker auf Branchen und Absatzmärkte ausrichten, die unter Bedingungen  
1071 der Transformation langfristig erfolgreich sein können.
  
- 1072 • Ohne Handwerker:innen wird die Transformation nicht gelingen. Die  
1073 Leistungssteigerung im Handwerk ist existenziell für die mittelständisch  
1074 geprägte Thüringer Wirtschaft. Darüber hinaus bietet das Handwerk für  
1075 viele Menschen gute Arbeit und faire Löhne in allen Regionen unseres  
1076 Landes. Wir werden daher die bestehenden, handwerksspezifischen  
1077 Förderangebote deutlich erhöhen und bedarfsgerecht mit den  
1078 Handwerkskammern im Land weiterentwickeln.
  
- 1079 • Wir werden ein Gesetz zur Stärkung des Tourismus in Thüringen vorlegen.  
1080 Damit wollen wir nicht nur Klarheit über die öffentlichen Aufgaben sowie  
1081 vereinfachende Regelungen für die Förderung schaffen, sondern auch das  
1082 Kur-Erhohlungsortegesetz an die Erfordernisse der Transformation anpassen.
  
- 1083 • Unternehmertum braucht Freiheit: wir werden die Bemühungen des Bundes zur  
1084 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie zur Entbürokratisierung  
1085 unterstützen. Die Landesförderprogramme werden einfacher ausgestaltet und  
1086 wo notwendig die gesetzlichen Regelungen der Landeshaushaltsordnung sowie  
1087 die entsprechenden Verwaltungsvorschriften anpassen.
  
- 1088 • Thüringen soll das attraktivste Bundesland für Gründer:innen,  
1089 Nachfolger:innen sowie junge Unternehmen, als KMUs von morgen, bleiben.  
1090 Dazu muss Gründen unkompliziert sein. Daher werden wir die bestehenden  
1091 Beratungs- und Förderangebote entsprechend bedarfsgerecht weiterentwickeln  
1092 und die Finanzierung verstetigen. Das Gründen im Nebenerwerb muss gestärkt  
1093 und Förderinstrumente etabliert werden, um Gründer:innen im Nebenerwerb zu  
1094 entlasten. Wir werden die Förderung der Personaleinstellung über die  
1095 Thüringer Gründungsprämie ermöglichen und die Unterstützung bei der  
1096 Antragstellung von Fördermitteln als Beratungsleistung bezuschussen.
  
- 1097 • Wir werden ein umfassendes Ökosystem für Start-ups und junge Unternehmen  
1098 mit Vernetzungsaktivitäten, sowie gemeinsamen Ressourcen und  
1099 Infrastrukturen in Thüringen entwickeln. Besonders Start-Ups, die eine

- 1100 hohe Wertschöpfung versprechen und gezielt bestehende wissens- und  
1101 technologieorientierte Branchen in Thüringen stärken, werden wir somit  
1102 unterstützen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die öffentliche Hand  
1103 vermehrt als Ankerkunden für Start-Ups und gemeinwohlorientierte  
1104 Unternehmen (Social-Entrepreneurship) tätig wird.
- 1105 • Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um die Renovierung von  
1106 Technologie- und Gründungszentren zu fördern und ihre Attraktivität und  
1107 technologische Zukunftsfähigkeit zu stärken. Damit werden wir Start-Ups  
1108 auch in den ländlichen Regionen beste infrastrukturelle Voraussetzungen  
1109 bieten und Abwanderungen verringern.
  - 1110 • Die in Thüringen bestehenden Dialoge aus Landesregierung,  
1111 Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften müssen genutzt werden, um den  
1112 Strukturwandel zu bewältigen. Hierzu gehören beispielsweise das Thüringer  
1113 Bündnis für die Zukunft der Industrie. Die Landesregierung soll  
1114 regelmäßige Veranstaltungen unter Beteiligung der Gewerkschaften und  
1115 betrieblichen Interessenvertretungen durchführen, die sich mit der  
1116 Bewältigung des Wandels beschäftigen, denn ihr Erfahrungswissen und ihre  
1117 Kompetenzen sind der wichtigste Baustein zur Gestaltung des Wandels.
  - 1118 • Die Landesstrategien soll um das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige  
1119 Arbeit für alle“ analog zur Agenda 2023 der Vereinten Nationen erweitert  
1120 werden. Denn sozialdemokratische Wirtschaftspolitik heißt, in den  
1121 Nachhaltigkeitsstrategien des Landes soziale, ökologische und ökonomische  
1122 Ziele gleichermaßen zu verankern.
  - 1123 • „Wir werden uns auf Bundesebene ausdrücklich für die Ansiedlung einer  
1124 Start-up Factory an einem bestehenden Gründungs- und Start-Up Hotspots in  
1125 Thüringen einsetzen, um die Sichtbarkeit Thüringens als exzellenten  
1126 Gründungsstandort zu stärken und die Finanzierung der Start-Up  
1127 Infrastruktur vor Ort sicherzustellen und auszubauen.“
  - 1128 • Als ein neues Instrument der demokratischen Kontrolle führen wir eine  
1129 Privatisierungsbremse ein. Sie sieht vor, dass öffentliche Unternehmen der  
1130 Daseinsvorsorge nicht verkauft werden können, wenn die Bürgerinnen und  
1131 Bürger der Privatisierung in einem Referendum mit Mehrheit ablehnen.  
1132 Dadurch wollen wir erreichen, dass die langfristigen Interessen der  
1133 Menschen nicht einem kurzfristigen Interesse an einmaligen finanziellen  
1134 Erlösen durch den Verkauf dieser Unternehmen zum Opfer fallen.

## 1135 **2.4 Digitalisierung**

1136 Die SPD Thüringen steht für eine Digitalpolitik, die die Möglichkeiten und  
1137

1138 Potenziale der digitalen Welt in den zentralen Lebensbereichen erschließen und  
1139 heben will, um das Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Thüringer  
1140 Bürger:innen zu verbessern. Damit stärken wir Thüringen als Ort guten Lebens und  
1141 Arbeitens sowie als Wirtschafts- und Innovationsstandort. Für uns stehen die  
1142 Menschen in Thüringen im Mittelpunkt; denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck,  
1143 sondern soll den Bürger:innen ein besseres Leben in unserer demokratischen  
1144 Gemeinschaft in Freiheit ermöglichen. Wir wollen diesen kontinuierlichen  
1145 Transformationsprozess der Digitalisierung weiterhin als Chance begreifen und  
1146 gemeinsam mit den Thüringern sozialverträglich und wirtschaftlich erfolgreich  
gestalten.

1147 Das werden wir tun:

- 1148 • Wir werden verstärkt Kompetenzen im Bereich der Digitalen Gesellschaft  
1149 aufbauen und ein entsprechendes Grundsatzreferat in der Landesverwaltung  
1150 etablieren. Die Digitalagentur Thüringen wird in Abgrenzung dazu als  
1151 Thinktank weiterentwickelt, um die aktuellen und künftigen Entwicklungen  
1152 mit Thüringer Knowhow zu erfassen.
- 1153 • Digitalisierung macht das Leben der Menschen besser. Innovative Ansätze  
1154 der Telemedizin machen es möglich, dass Hausärzte vor Ort unkompliziert  
1155 Spezialisten der Krankenhäuser der Maximalversorgung hinzuziehen können. Im  
1156 Nahverkehr bietet Digitalität die Chance neue Konzepte von Ruftaxis zu  
1157 etablieren, die Wartezeiten minimieren und gleichzeitig kostengünstig  
1158 sind.
- 1159 • Das 2020 gegründete Thüringer Zentrum für Lernende System und Robotik  
1160 (TZLR) hat sich als zentrale Anlaufstelle im Bereich der Künstlichen  
1161 Intelligenz etabliert. Wir werden sicherstellen, dass das Zentrum seine  
1162 erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann.
- 1163 • Für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Digitalisierung aufgrund  
1164 des dynamischen Anpassungsdrucks eine besondere Herausforderung dar.  
1165 Unternehmen in allen Sektoren, vom verarbeitenden Gewerbe bis hin zum  
1166 Tourismus müssen ihre Dienstleistungs- und Geschäftsmodelle auf den  
1167 Prüfstand stellen. Mit dem Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0 werden wir  
1168 Unternehmen und ihre Beschäftigte weiter dabei unterstützen, die Chancen  
1169 der Digitalisierung zu ergreifen.
- 1170 • Grundvoraussetzung der weiteren Digitalisierung von Wirtschaft und  
1171 Gesellschaft ist dabei ein leistungsfähiges flächendeckendes  
1172 Glasfasernetz, welche die stetig wachsenden Datenströme verarbeiten und  
1173 weiterleiten kann. Wir werden daher den eigenwirtschaftlichen Ausbau  
1174 privater Telekommunikationsunternehmen gezielt durch Beratungsangebote für  
1175 Kommunen unterstützen. . Die dafür verwendeten Glasfasern müssen hohen



1176 Umweltstandards genügen. So sollten lange Lieferwege vermieden und  
1177 Thüringer Produzenten gestärkt werden, um den CO<sub>2</sub>-Abdruck zu senken.

1178 • Wo der Markt nicht hinreichend schnell und umfassend ausbaut, werden wir  
1179 durch gezielte Förderung der Thüringer Glasfasergesellschaft in Beratung  
1180 und Ausbau eine flächendeckende Glasfasererschließung erreichen – wo immer  
1181 möglich sollen die Netze der Zukunft im Eigentum der Kommunen entstehen.  
1182 Das Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau werden wir vollständig  
1183 gegenfinanzieren.

1184 • Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass Telekommunikationsanbieter  
1185 stärker beim Mobilfunk in die Pflicht genommen und an ihren Ausbauzielen  
1186 festgehalten werden. Gleichzeitig werden wir auf Landesebene weitere  
1187 Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus prüfen, beispielsweise durch  
1188 Anpassungen der Bauordnung oder des zur Verfügung stellen von Standorten.

1189 • Der Ausbau der digitalen Infrastruktur benötigt Rechtssicherheit und  
1190 Transparenz. Mit einem Beschleunigungs- und Transparenzgesetz Glasfaser  
1191 werden wir nicht nur Daten zum Verlauf von geförderter und nicht  
1192 geförderter Telekommunikationsinfrastruktur kontinuierlich erheben und in  
1193 öffentlichen Verzeichnissen allgemein zugänglich bereitstellen, sondern  
1194 auch die Verfahrensbeschleunigungen ermöglichen.

1195 • Wir stehen für eine Netzpolitik, die individuelle Freiheitsrechte und die  
1196 Notwendigkeiten der Daseinsfürsorge in Einklang bringt. Wir setzen uns ein  
1197 für die Beschränkung der Macht großer Plattformen, für  
1198 diskriminierungsfreie Algorithmen sowie für freie Software und offene  
1199 Standards wo immer sinnvoll und möglich. Wir stehen ein für eine möglichst  
1200 weitgehende „Open Access“ Regulierung bestehender digitaler Infrastruktur,  
1201 um so den Zugang zu digitalen Diensten im ländlichen Raum zu verbessern  
1202 und zu vergünstigen.

1203 • Datenschutz und Datensouveränität sind für uns elementare Grundrechte.  
1204 Gleichwohl dürfen die darauf aufbauenden rechtlichen Regelungen nicht dazu  
1205 führen, dass ein Übermaß an Bürokratie entsteht oder digitale Anwendungen  
1206 zum Nutzen der Menschen nicht eingesetzt werden können. Wir setzen uns  
1207 daher für datenschutzrechtliche Regelungen mit Augenmaß ein: was gegenüber  
1208 großen „Tech-Konzernen“ notwendig ist, kann gegenüber kleinst, kleinen und  
1209 mittleren Unternehmen schnell unverhältnismäßig sein.

## 1210 **2.5 Land- und Forstwirtschaft**

1211 Über die Hälfte der Fläche Thüringens wird für landwirtschaftliche Zwecke  
1212 genutzt, somit prägt die Landwirtschaft einen erheblichen Teil der Thüringer  
1213

1214 Landschaft. Dies bedeutet für uns als SPD Thüringen, dass unsere Umwelt sowohl  
1215 Lebensraum als auch Produktionsstätte ist und dementsprechend gepflegt werden  
1216 muss. Umso wichtiger ist es daher, dass Thüringen den Fokus auf eine  
1217 gemeinwohlorientierte Landwirtschaft legt, die die Herstellung guter und  
1218 gesunder Lebensmittel für die regionale Versorgung Thüringens auch in Zukunft  
1219 sichert und allen Landwirt:innen ein angemessenes Auskommen und regionale  
1220 Wertschöpfung ermöglicht. Die gesellschaftlich gewünschte Transformation der  
1221 Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit, Tierwohl und Umweltleistung stellt für  
1222 die Landwirt:innen eine Herausforderung dar, die auch mit Fragen zu  
1223 Arbeitsplätzen und Einkommenssicherung verbunden sind. Die SPD wird sich aus  
1224 sozialer Verantwortung dafür einsetzen, dass diese Zielstellungen nicht zu  
Lasten der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Mitarbeiter umgesetzt werden.

1225 Das werden wir tun:

- 1226 • Wir werden die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union auch  
1227 in Zukunft kritisch begleiten und gemeinwohlorientiert ausrichten. Die  
1228 Beiträge von Landwirt:innen zum Natur- und Klimaschutz müssen finanziell  
1229 sehr viel stärker gewürdigt werden.
- 1230 • Wir werden die Gemeinwohlprämie des Deutschen Verbandes für  
1231 Landschaftspflege in Thüringen im Rahmen der Eco-Schemes erproben und ggf.  
1232 anwenden.
- 1233 • Wir werden die Halbzeitbilanz der Gemeinsames Agrarpolitik nutzen,  
1234 bestehende Förderinstrumente auf den Prüfstand zu stellen und ggf. zu  
1235 ändern oder zu ersetzen.
- 1236 • Wir wollen eine schnelle, praktikable und langfristig belastbare Umsetzung  
1237 der höheren Tierwohlstandards in Thüringen umsetzen. Dies muss sich im  
1238 Rechtsrahmen, aber auch in der Förderkulisse niederschlagen. Gleichzeitig  
1239 werden wir uns weiter für ein verpflichtendes Tierwohllabel bei tierischen  
1240 Produkten einsetzen, um Verbraucher:innen eine Orientierung zu liefern.
- 1241 • Wir werden die Neugründung und den Erhalt von Ökolandbau mit ausreichenden  
1242 finanziellen Mitteln ausstatten, um zunächst das Thüringer Ziel 10 Prozent  
1243 Ökolandbau und im Anschluss das bundesdeutsche Ziel 30 Prozent zu  
1244 erreichen.
- 1245 • Wir werden Junglandwirt:innen in der praxisnahen Aus- und Weiterbildung in  
1246 Thüringen, sowie der Existenzgründung in oder mit einem  
1247 landwirtschaftlichem Betrieb unterstützen. Um die erheblichen  
1248 Herausforderungen der Unternehmensnachfolge, Fachkräftegewinnung und der  
1249 Stärkung des Know-Hows in der Region zu stärken, setzen wir uns dafür ein,  
1250

die Ausbildungsangebote und die vorhandenen Studienangebote zu stärken.

- 1251 • Wir setzen uns für innovative Lösungen für die Zukunft der Agrar- und  
1252 Landwirtschaft ein. Wir betrachten nachhaltige, automatisierte und  
1253 digitalisierte Einsatzformen von Informationstechnologien und  
1254 Verfahrenstechniken als Chance. Sie ermöglichen, den auch im Bereich der  
1255 Landwirtschaft bestehenden Herausforderungen effizient zu begegnen: Hohe  
1256 Nachfrage, Fach- und Arbeitskräftemangel, Nachwuchsgewinnung sowie  
1257 Anpassungsdruck in der Bewirtschaftung aufgrund klimatischer  
1258 Veränderungen. Daher werden wir Smart Farming niedrigschwellig fördern.
  
- 1259 • Landwirtschaftliche Flächen unterliegen einen besonderen  
1260 gesellschaftlichen Schutz. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die  
1261 Agrarstruktur sich am Zweck der landwirtschaftlichen Produktion orientiert  
1262 und Bodenspekulationen aktiv verhindert werden. Wir setzen uns für eine  
1263 verbindliche Kompensation von Flächen im gesamten Freistaat ein. Diese  
1264 darf nicht weiter auf Kosten vor allem der landwirtschaftlich genutzten  
1265 Flächen erfolgen. Brach- und Altlastflächen, sowie die Entsiegelung von  
1266 Flächen sind die entscheidenden Maßnahmen um das Ziel der Netto-Null-  
1267 Bodenversiegelung in den nächsten Jahren zu erreichen.
  
- 1268 • Landwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalten sind ein wichtiger Motor  
1269 für innovative Ansätze und Erprobungen in der Landwirtschaft. Wir werden  
1270 diese stärken und ausbauen.
  
- 1271 • Wir werden uns für regionale Wirtschaftskreisläufe durch  
1272 Wertschöpfungszentren in Nahversorgerregionen in Thüringen einsetzen, die  
1273 sich um die Vernetzung, Beratung, Coaching und Qualifizierung von  
1274 Landwirt:innen kümmern.
  
- 1275 • Wir setzen uns für gemeinsam genutzte Verarbeitung, Lager, Vertriebs- und  
1276 Entsorgungsinfrastrukturen ein, um Thüringer Produkte vor Ort verfügbarer  
1277 zu machen und zugleich eine höhere Wertschöpfung in der Region zu  
1278 ermöglichen. Den Verlust der Infrastruktur wie Schlachthöfe werden wir  
1279 konsequent stoppen. Historische Nutzungsformen wie Wanderschäfferei oder  
1280 Hüteschafhaltung und Waldweide wollen wir dabei in besonderer Weise  
1281 honorieren.
  
- 1282 • Wir werden die Position der Erzeuger:innen gegenüber dem  
1283 Lebensmittelhandel deutlich stärken und realistische Erzeugerpreise  
1284 ermöglichen. Wir streben eine Landwirtschaft an, die faire Preise für  
1285 Erzeuger:innen, Handel und Verbraucher:innen ermöglicht.
  
- 1286 • Wir werden die Bejagung von Schwarzwild in Thüringen konsequent  
1287

- 1288 fortsetzen, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)  
1289 einzudämmen.
- 1289 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
1290 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
1291 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
1292 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
1293 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
1294 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.
- 1295 • Wir werden artenreiches Grünland durch eine aus der ersten Säule  
1296 finanzierte Weidetierprämie für Milchkühe und extensive Mutterkuhhaltung  
1297 im Rahmen der EU-Förderung fördern und erhalten.
- 1298 • Wir werden den Klimaschutz in der Landwirtschaft voranbringen und die  
1299 Humusmehrung in Böden durch eine standort- und betriebsgerechte  
1300 Mindestfruchtfolge sowie die Wiedervernässung von Mooren angemessen  
1301 fördern.
- 1302 • Wir wollen Hochwasserereignissen durch eine konsequente Entwicklung der  
1303 Auenräume entgegenwirken und so den Wasserrückhalt in der Fläche  
1304 verbessern. Hierfür wollen wir Flächennutzungen stärken, welche die Auen  
1305 als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zusammenfasst und resistenter  
1306 gegen Schäden durch Hochwasserlagen macht. Lebens-, Wirtschafts- und  
1307 Erholungsraum zusammenfasst und resistenter gegen Schäden durch  
1308 Hochwasserlagen macht. Ebenso sehen wir in einem aktiven Wassermanagement  
1309 eine dringende Aufgabe der öffentlichen Hand. Hierbei spielt Vorbeugung  
1310 vor längeren Dürreperioden mit Auswirkungen auf Flora&Fauna,  
1311 Tourismus,  
1312 Bevölkerungsschutz und die Lebensqualität der Bürgerinnen der Bürger eine  
1313 entscheidende Rolle.
- 1314 • Wir werden die standortnahe Wasserversorgung der Landwirtschaft und  
1315 Forstwirtschaft stärken und gleichzeitig die Zeitgemäßheit und den Zustand  
1316 von Drainagen und herrenlosen Speichern prüfen. Nicht nur für die  
1317 Versorgung von Kulturen auf den Feldern und Wäldern, auch für die  
1318 Bereitstellung von Löschwasser und zur langfristigen Neubildung von  
1319 Grundwasser braucht es einen konkreten Fahrplan bis 2029, der auch  
1320 kleinere Wasserspeicher umfasst.
- 1321 • Wir werden den Einsatz von Düngemitteln und insbesondere Mineraldünger  
1322 reduzieren und einen geschlossenen Stickstoffkreislauf mit effizientester  
1323 Nutzung aufbauen.

- 1324 • Wir werden den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich reduzieren und  
1325 die Landwirt:innen auf diesem Prozess finanziell und wissenschaftlich  
1326 begleiten. Dies schaffen wir u. a. durch eine noch gezieltere und räumlich  
1327 begrenztere Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Dafür braucht es  
1328 Alternative Werkzeuge für die konventionelle Landwirtschaft, um die  
1329 Lebensmittelerzeugung zuverlässig, umweltverträglich zu gewährleisten.
  
- 1330 • Wir werden den Einsatz weiterer landwirtschaftlicher Flächen für die  
1331 Herstellung von Biokraftstoffen, zur Energieerzeugung oder zur technischen  
1332 Kohlenstoffabscheidung (BECCS) kritisch prüfen.
  
- 1333 • Wir werden die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Vielfalt der  
1334 Angebote für umweltverträglicher Ernährungsstile ernstnehmen und in den  
1335 Kantinen öffentlicher Einrichtungen attraktive günstige Angebote u. a. für  
1336 eine pflanzenbasierte Ernährung schaffen.
  
- 1337 • Wir wollen den Erhalt und die Zustandsverbesserung unseres Waldes sowie  
1338 die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldbewirtschaftung.  
1339 Dabei soll allen Funktionen des Waldes gleichermaßen Rechnung getragen  
1340 werden. Die Wertschöpfung der Forstwirtschaft soll weiter ausgebaut  
1341 werden. Wir werden ein Programm zur Mobilisierung weiterer  
1342 Privatwaldflächen auf den Weg bringen. Den Verkauf von landeseigenem Wald  
1343 lehnen wir ab.
  
- 1344 • Wir wollen die Gemeinschaftsforstämter erhalten und sicherstellen, dass  
1345 die Förster als Mittler zwischen privaten Waldbesitzern und der  
1346 Holzindustrie helfen, alle Waldteile nachhaltig zu nutzen. An der  
1347 eigentumsübergreifenden Holzvermarktung soll festgehalten werden. Die  
1348 Entwicklung der Thüringen Forst-Anstalt werden wir weiter unterstützen.
  
- 1349 • Wir wollen auch privatrechtliche Zusammenschlüsse von Waldbesitzern als  
1350 wichtige Säule der forstlichen Bewirtschaftung erhalten. Der Waldumbau  
1351 kann nur nachhaltig gewinnen, wenn alle Verantwortlichen für die Zukunft  
1352 der Wälder mit eingebunden werden.
  
- 1353 • Die Jagd muss sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen,  
1354 neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tierschutzes und  
1355 Erfordernissen der Lebensmittelhygiene orientieren. Wir wollen, dass sich  
1356 die Bejagung künftig mehr am jeweiligen Waldzustand und weniger an  
1357 Abschussplänen orientiert. Damit wollen wir eine angemessene Wilddichte  
1358 erreichen und den Aufbau stabiler, vielfältig strukturierter Wälder  
1359 sicherstellen.
  
- 1360 • Wir setzen uns für hohe Qualitätsstandards und nachhaltige  
1361

1362 Teichwirtschaften in ganz Thüringen ein. Wir unterstützen die Thüringer  
1363 Fischer:innen und Angler:innen dabei, den Lebensraum Gewässer in einen  
1364 guten Zustand zu versetzen. Dazu gehört für uns auch die Durchgängigkeit  
für wandernde Fischarten.

### 1365 **3. Leben in einem freien und sicheren Land**

1366 Freiheit und Sicherheit sind menschliche Grundbedürfnisse. Es braucht eine  
1367 Balance zwischen ihnen, die nicht immer einfach auszuhandeln ist, aber das  
1368 Herzstück einer demokratischen Gesellschaft bildet. Das Leben in einem sicheren  
1369 Land, welches die Freiheit schützt und Recht durchsetzt, ist Basis eines  
1370 handlungsfähigen Staates. Wir Sozialdemokrat:innen wollen Sicherheit so  
1371 organisieren, dass sie Freiheit gewährleistet. Es ist unser Anspruch, dass alle  
1372 Menschen in Thüringen sicher sind und sich auch sicher fühlen können.

1373 Neben der Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und der  
1374 Präventionsarbeit von Vereinen und Initiativen ist es uns genauso wichtig,  
1375 Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz- und Rettungsorganisationen sowie die  
1376 kommunalen Ordnungsdienste zu stärken. Wer sie angreift, greift unsere  
1377 demokratische Gesellschaft an. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich  
1378 tagtäglich in Haupt- und Ehrenamt für ein demokratisches Thüringen einsetzen und  
1379 es vor Angriffen schützen.

#### 1380 **3.1 Eine starke Polizei – analog und digital**

1381 Die Menschen im Freistaat Thüringen leben sicher. Dafür sorgt eine starke und  
1382 moderne Polizei vor Ort und im Netz. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür  
1383 gesorgt, dass die Polizist:innen unseres Landes gut ausgestattet und ausgebildet  
1384 auf alle Herausforderungen reagieren können. Hinzu kommen Verbesserungen bei den  
1385 Beförderungsmöglichkeiten, der Bezahlung und dem Gesundheitsmanagement. Mit  
1386 dieser Strategie waren wir erfolgreich: beispielsweise die Zahl der  
1387 Einruchsstraftaten nimmt ab, die Aufklärungsquote ist hoch. Thüringen ist  
1388 bundesweit eines der sichersten Bundesländer. Diese erfolgreiche Arbeit wollen  
1389 wir fortsetzen.

1390 Das werden wir tun:

- 1391 • Wir werden die Personalausstattung der Thüringer Polizei weiter erhöhen,  
1392 um die Präsenz in der Fläche zu verbessern. Die Zahl der Anwärter:innen im  
1393 Polizeibereich versteigen wir auf 300 pro Jahr. Durch zusätzliche Stellen  
1394 schaffen wir eine zukunftsfähige Personalstruktur für eine langfristig  
1395 leistungsfähige Thüringer Polizei. Mit einer flächendeckenden  
1396 Polizeipräsenz stärken wir das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen.

- 1397 • Mit der Neuausrichtung des Kontaktbereichsbeamten haben wir einen  
1398 wichtigen Schritt für eine Polizei für Stadt und Land gemacht. Mit der  
1399 zügigen Besetzung der neuen Stellen schließen wir die weißen Flecken im  
1400 Freistaat und schaffen mit konkreten Ansprechpartner:innen Sicherheit an  
1401 jedem Ort.
- 1402 • Einsatzkräfte verdienen den größtmöglichen Schutz. In den letzten Jahren  
1403 haben wir sie fortlaufend mit moderner Schutzausrüstung und zeitgemäßen  
1404 Einsatzmitteln ausgestattet. Der landesweite Einsatz von Bodycams ist  
1405 dabei ein wesentliches Element und dient dem Schutz unserer Einsatzkräfte  
1406 und der Beweissicherung. Wir unterstützen Gesetzesinitiativen zur  
1407 Verschärfung von Straftatbeständen zum Schutz von Polizei- Einsatz und  
1408 Rettungskräften.
- 1409 • Wir machen den Polizeiberuf noch attraktiver. Eine sofortige Umsetzung  
1410 der, aus dem Kienbaum Gutachten resultierende Einführung einer  
1411 zweigeteilten Laufbahn in der Polizei des Freistaates Thüringen, ist  
1412 kurzfristig nicht möglich und würde auch keine Perspektive für die,  
1413 überwiegend im mittleren Dienst eingesetzten Beamtinnen und Beamten,  
1414 darstellen. Auf dem Weg zur zweigeteilten Laufbahn wollen wir gute  
1415 innerhalb der nächsten 5 Jahre den verkürzten Aufstieg in die nächsthöhere  
1416 Laufbahn, analog der §16, §17 und §18 der Bundespolizei-  
1417 Laufbahnverordnung, in der Thüringer Laufbahnverordnung für den  
1418 Polizeivollzugsdienst verankern. Für Kriminalisten richten wir spezielle  
1419 Ausbildungsmodule ein – die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern  
1420 werden wir intensivieren.
- 1421 • Polizeidienststellen gehören zur Grundinfrastruktur der öffentlichen  
1422 Daseinsvorsorge. Den Investitionsstau bei der Sanierung von  
1423 Polizeiliegenschaften werden wir durch ein Investitionsprogramm  
1424 beseitigen.
- 1425 • Die begonnene Entwicklung des Bildungszentrums Meiningen hin zu einem  
1426 modernen Campus setzen wir mit Hochdruck fort. Während der Ausbildung  
1427 sollen verstärkt demokratische Grundwerte sowie die interkulturelle  
1428 Kompetenz vermittelt werden. Dafür werden im Rahmen von Praktikawochen  
1429 auch externe Bildungsträger verpflichtet. Polizeidienststanwärter:innen  
1430 sollen sensibilisiert werden für unterschiedliche Arten von  
1431 Diskriminierung. Von Beginn der Ausbildung an muss eine selbstkritische  
1432 und offene Kultur in der Polizei gepflegt werden. Nur so kann sich der  
1433 Polizeidienst weiterentwickeln und sich Anwärter:innen zukünftig sicher im  
1434 Einsatzgeschehen bewegen. Damit schaffen wir moderne Unterrichtsmethoden  
1435 und Unterbringungsmöglichkeiten. Mit der Fusion der Bildungseinrichtungen,  
1436 Bildungszentrum und Fachhochschule legen wir den Grundstein für eine  
1437 leistungsfähige Struktur und attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.

- 1438
- 1439
- 1440
- 1441
- 1442
- 1443
- 1444
- 1445
- 1446
- 1447
- Im Kampf um die besten Köpfe werden wir mit der Einführung der freien Heilfürsorge für alle Polizist:innen, der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und eines grundlegend zu novellierenden den aktuellen Bedürfnissen Zulagensystems für die faire Vergütung eines anspruchsvollen Jobs sorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir mit angepassten Einsatzzeiten und speziellen Betreuungsangeboten verbessern. Wir verurteilen jegliche Art von Übergriffen sowie Mobbing und unterstützen die Entwicklung und Etablierung von Awareness- und Präventionsstrukturen, die so etwas wirksam verhindern. Der Schutz der Auszubildenden steht dabei an oberster Stelle.
- 1448
- 1449
- 1450
- 1451
- 1452
- 1453
- 1454
- 1455
- Den Frauenanteil in Führungspositionen der Polizei wollen wir deutlich erhöhen. Dazu werden wir ein Mentoring-Programm für gezielte Frauenförderung aufsetzen. Außerdem wollen wir noch mehr Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und persönlichem Hintergrund für den Polizeiberuf ansprechen, um die Pluralität der Gesellschaft auch in den Sicherheitsbehörden abzubilden. Besonders Menschen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen sollen angesprochen werden, da klare und gute Kommunikation die Basis jeder Polizeiarbeit ist.
- 1456
- 1457
- 1458
- 1459
- 1460
- 1461
- Es darf keine rechtsfreien Räume in der digitalen Welt geben. Der zunehmenden Verrohung im Internet und der Verlagerung von Straftaten in den Cyberraum werden wir nicht tatenlos zusehen. Wir wollen dem Beispiel anderer Länder durch die Einrichtung eines Studiengangs zum IT-Ermittler folgen. Mit einem verstärkten Fortbildungsprogramm wollen wir zudem eigene IT-Fachkräfte und IT-Kriminalisten aufbauen.
- 1462
- 1463
- 1464
- 1465
- 1466
- 1467
- 1468
- 1469
- 1470
- 1471
- Die Digitalisierung der Thüringer Polizei treiben wir mit voller Kraft voran. Deshalb haben wir die Online-Wache eingeführt und werden ihre Einsatzmöglichkeiten weiter ausbauen. Die Ausstattung der Polizist:innen mit aktuellen digitalen Endgeräten werden wir unter Beachtung hoher Sicherheitsstandards weiter fortführen. Gefahrenlagen und Kriminalitätsphänomene ändern sich rasant und ihre Bekämpfung bedarf zeitgemäßer rechtlicher Handlungsgrundlagen. Die Angriffe auf IT-Systeme von Bürger:innen, Verwaltung und Unternehmen nehmen stetig zu. Wir statten Ermittler:innen technisch und rechtlich so aus, dass sie auch bei immer größeren Datenbeständen zügig und genau ermitteln können.
- 1472
- 1473
- 1474
- 1475
- 1476
- 1477
- 1478
- 1479
- Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz setzen wir dabei an geeigneter Stelle ein. Wir behalten dabei im Blick das KI dazu neigt Diskriminierung und Rassismus aus den genutzten Trainingsdaten zu reproduzieren, daher ist es uns wichtig offenzulegen auf welchen Daten KIs trainiert wurden und diese regelmäßig auf systematische Diskriminierung und Rassismus überprüfen zu lassen. Wir stellen sicher das alle Entscheidungen einer KI von einem Menschen überprüft werden und niemand aus nicht-



nachvollziehbaren Gründen beschuldigt wird.

- 1480 • Wir richten ein Thüringer Cybersicherheitszentrum ein. In diesem sollen  
1481 sich alle Thüringer Stellen, die sich um den Schutz von IT-Systemen  
1482 befassen eng und regelmäßig austauschen, um Staat, Wirtschaft und  
1483 Bürger:innen besser vor Angriffen aus dem Netz zu schützen. Wir sorgen  
1484 außerdem dafür, dass Sicherheitsbehörden in enger Zusammenarbeit mit dem  
1485 BSI gefundene Schwachstellen umgehend bei den Hersteller:innen melden und  
1486 damit zur bestmöglichen Cybersicherheit für uns alle beitragen.
  
- 1487 • Wir verurteilen Gewaltstraftaten gegen Frauen – insbesondere Femizide. Wir  
1488 sehen in dem besseren Schutz von Frauen ein Schwerpunkt polizeilichen  
1489 Handelns und werden entsprechende Handlungs- und Interventionsansätze  
1490 optimieren. Weiterhin sollen Polizist:innen während und nach ihrer  
1491 Ausbildung intensiver für Hasskriminalität gegen Frauen sensibilisiert  
1492 werden. Niemand darf in Thüringen bei Fällen von sexueller Gewalt das  
1493 Gefühl bekommen von den Sicherheitsbehörden nicht ernstgenommen zu werden.  
1494 Gegenüber dem Bund werden wir uns für eine Änderung des Strafgesetzbuches  
1495 einsetzen, damit insbesondere Femizide künftig härter bestraft werden.
  
- 1496 • Im Rahmen eines Modellprojektes wollen wir Erfahrungen in der  
1497 falldatenbasierten Verbrechensbekämpfung im Deliktfeld der Wohnungs- und  
1498 Ladeneinbrüche sammeln.
  
- 1499 • Wenige Mehrfach- und Intensivtäter:innen begehen einen großen Teil der  
1500 Straftaten in unserem Land. Damit stellen sie eine große Herausforderung  
1501 für Polizei, Justiz und andere Behörden dar. Wir evaluieren die Konzepte  
1502 zum Umgang mit diesen Täter:innen, um zum besseren Schutz der Bevölkerung  
1503 alle behördlichen Möglichkeiten auszunutzen.
  
- 1504 • Eine konsequente und erfolgreiche Deradikalisierungsarbeit ist der beste  
1505 Schutz vor terroristischen Gefahren. Die bestehenden Ansätze in den  
1506 Sicherheitsbehörden wollen wir überprüfen und die Deradikalisierungsarbeit  
1507 fachlich übergreifend ausgestalten.
  
- 1508 • Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Korruption, Betrug und Untreue stellen  
1509 für Sozialdemokrat:innen nicht nur eine Gefahr für ehrliche Bürger:innen  
1510 und die sozialen Sicherungssysteme dar, sondern gefährden den sozialen  
1511 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität  
1512 werden wir die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für unsere  
1513 Polizeibeamt:innen intensivieren.
  
- 1514 • Unsere erfolgreiche Präventionsarbeit setzen wir fort. Wir nehmen  
1515 Unsicherheiten und Ängste ernst und ergreifen gezielte  
1516

1517 Präventionsmaßnahmen, um das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen zu  
1518 stärken und Straftaten zu verhindern. Die bestehenden Präventionsangebote  
1519 halten wir uneingeschränkt aufrecht. Mit der Einrichtung des  
1520 Landespräventionsrates haben wir die Arbeit der unterschiedlichen  
Akteur:innen erfolgreich vernetzt und Impulse gesetzt.

1521 • Wir werden eine positive Fehlerkultur innerhalb der Polizei weiter  
1522 fördern. Es ist wichtig, dass es auch innerhalb der polizeilichen  
1523 Strukturen möglich ist, über Fehler im Einsatz und Unsicherheiten im  
1524 Vorgehen zu sprechen. Supervision und Beratungsangebote ermöglichen es,  
1525 Vorgehensweisen zu reflektieren und innerhalb der Dienstgruppe zu  
1526 verbessern. Wir werden den Thüringer Polizeidienststellen Mittel zur  
1527 Verfügung stellen, die Selbstreflexion und Selbstkritik in einem  
1528 geschützten Raum ermöglichen. Dazu dient auch die Weiterentwicklung der  
1529 Polizeivertrauensstelle zu einer Polizeiaufsichtsbehörde, die dem  
1530 Thüringer Justizministerim untersteht. Bei Anzeigen gegen  
1531 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ermittelt derzeit die Polizei  
1532 praktisch gegen sich selbst. Dieser Umstand führt zu Interessenkonflikten.

1533 • Wir werden, gemeinsam mit den Berufsvertretungen, eine Studie über  
1534 Demokratiefeindlichkeit und Rassismus in den Sicherheitsbehörden auf den  
1535 Weg bringen. Wir lassen nicht zu, dass sich Glutnester der Extremen  
1536 Rechten in den demokratischen Institutionen ausbreiten. Mit dem  
1537 Sozialkompetenzzentrum stärken wir in Lehre und Fortbildung die  
1538 demokratische Resilienz. Präventionsangebote in der Aus- und Fortbildung  
1539 werden wir weiter ausbauen.

## 1540 **3.2 Feuerwehr und Katastrophenschutz**

1541 Der Brand- und Katastrophenschutz und die Rettungsdienste sind ein wichtiger  
1542 Pfeiler der Inneren Sicherheit in Thüringen. Die 60.000 Mitglieder der  
1543 Feuerwehren und weitere 10.000 Mitglieder in Rettungsorganisationen leisten mit  
1544 ihrem ehrenamtlichen Engagement einen unersetzlichen Beitrag für ihre  
1545 Mitbürger:innen. Unser Ziel ist deshalb eine gute Ausstattung, gute Ausrüstung,  
1546 gezielte Aus- und Fortbildung sowie eine fortlaufende Nachwuchsgewinnung für die  
1547 Held:innen des Alltags.

1548 Das werden wir tun:

1549 • Wir wollen die Leistungen der ehrenamtlichen Helfer:innen mit einer  
1550 öffentlichkeitswirksamen Kampagne würdigen. Diese soll ihnen Anerkennung  
1551 und Respekt zeigen und vor allem junge Menschen für das Ehrenamt  
1552 begeistern. Ohne Unterstützung der Arbeitgeber:innen, Ausbildungsstätten  
1553 und Schulen geht es nicht. Die zeitlichen Herausforderungen der  
1554 Ehrenamtlichen müssen hier gezielt beleuchtet werden.

- 1555 • Die hohe Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude von Feuerwehren und  
1556 Rettungskräften werden wir durch Investitionen in der Fläche unterstützen.  
1557 Dazu gehört die persönliche Ausrüstung, die Fahrzeugausstattung und der  
1558 Erhalt und Bau von Gerätehäusern. Wir treten für eine Erhöhung der  
1559 Fördersummen und Förderquoten seitens des Landes ein. Ein besonderes  
1560 Augenmerk soll dabei auf der sogenannten schwarz-weiß-Trennung liegen, um  
1561 Brandkrebs vorzubeugen.
  
- 1562 • Durch Investitionen in Infrastruktur und Lehrangebote, insbesondere mit  
1563 Blick auf klima- oder technologiebasierten Veränderungen der  
1564 Einsatzszenarien werden wir die Thüringer Landesfeuerwehr- und  
1565 Katastrophenschutzschule weiterentwickeln. Dabei setzen wir das Projekt  
1566 TLFKS 2.0 fort, indem sich modernisierte Anlagen und dezentrale Ausbildung  
1567 vereinen.
  
- 1568 • Wir werden die zentrale Beschaffung von Feuerwehrausstattung erweitern und  
1569 so versuchen die Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge in Zweckverbänden oder  
1570 auf Landesebene zu bündeln und Kostenvorteile zu erreichen, von denen  
1571 Kommunen und ihre Feuerwehren profitieren.
  
- 1572 • Mit der Stabilisierung der deutschlandweit einzigartigen Feuerwehrrente  
1573 und der Erhöhung der Entschädigungssätze in Feuerwehren haben wir ein  
1574 starkes Zeichen der Anerkennung gesetzt. Dieses wollen wir der Schaffung  
1575 einer Helfer:innenprämie fortsetzen, die für 10 aktive Dienstjahre eine  
1576 500 Euro-Prämie vorsieht.
  
- 1577 • Wir haben der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im Freistaat eine  
1578 tragfähige Struktur gegeben. Diese wollen wir ausbauen und stärken, damit  
1579 PSNV-Kräfte durch professionelle Schulung und Vernetzung unterstützt  
1580 werden. So können Einsatzkräfte im Ernstfall umfassend psychologisch  
1581 betreut werden.
  
- 1582 • Die integrierten Leitstellen sind ein zentrales Element für eine effektive  
1583 Alarmierung und Steuerung von Einsätzen der Feuerwehren und  
1584 Rettungsdienste. Mit der Schaffung der neuen Leitstellenstruktur in  
1585 kreisübergreifenden Verbänden haben wir die Weichen für die Zukunft  
1586 gestellt. Die Arbeit für moderne Alarmierungsstrukturen werden wir  
1587 fortsetzen und uns für die regelmäßige Durchführung des bundesweiten  
1588 Alarmtages einsetzen.
  
- 1589 • Der Schutz Kritischer Infrastrukturen und ein leistungsfähiger  
1590 Bevölkerungsschutz ist in den letzten Jahren zu Recht stark in den Fokus  
1591 gerückt. Wir intensivieren den Schutz dieses Rückgrats unseres  
1592 Gemeinwesens, stellen die Umsetzung der Schutzmaßnahmen bei privaten und  
1593 öffentlichen Stellen sicher und setzen uns weiter für eine angemessene

1594 Beteiligung des Bundes an dieser Aufgabe ein.

- 1595 • Auch Einsatzkräfte werden vermehrt bei Einsatzmaßnahmen durch Dritte  
1596 angegriffen. Wir sorgen dafür, dass unsere Einsatzkräfte bestmöglich  
1597 geschützt sind, in dem wir für eine moderne passive Schutzausstattung  
1598 sorgen. Die Beschaffung kann bspw. als Poolausstattung erfolgen.

### 1599 **3.3 Kampf für Demokratie**

1600 Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Erfolge beim Kampf gegen  
1601 Veranstaltungen und Strukturen der Extremen Rechten erzielen können. Feinden der  
1602 Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte, werden wir uns auch weiterhin  
1603 entschieden entgegenstellen. Mit Blick auf unserer Werte und im Bewusstsein  
1604 unserer besonderen Verantwortung sagen wir jeglicher Form von Antisemitismus den  
1605 Kampf an.

1606 Politische Bildung und Demokratiearbeit sind für uns stetige gesellschaftliche  
1607 und politische Aufgaben. Um dieser Aufgabe nicht nur gerecht zu werden, sondern  
1608 auch deren Bedeutung anzuerkennen, werden wir ein Demokratiefördergesetz  
1609 beschließen. Programme, Projekte, Konzepte, Vorhaben etc. brauchen, um wirken zu  
1610 können, eine langfristige Planungssicherheit und damit unumgänglich eine  
1611 finanzielle Absicherung. In diesem Zusammenhang müssen auch die bestehenden  
1612 Landesprogramme auf ihre Förderung sowie ihre inhaltliche Ausrichtung evaluiert  
1613 werden. Neue Herausforderungen und Bedrohungen unserer Freiheit und Demokratie,  
1614 wie digitaler Faschismus, Desinformationen, Verschwörungserzählungen, rechter  
1615 Terror in Thüringen oder Radikalisierungen im Zuge der Corona-Pandemie als auch  
1616 Zielgruppen, wie Migrant:innenselbstorganisationen, müssen mit aufgenommen  
1617 werden. An dieser Neugestaltung darf deshalb nicht ausschließlich  
1618 regierungsintern gearbeitet, sondern die Zivilgesellschaft muss adäquat daran  
1619 beteiligt werden.

1620 Wir werden zivilgesellschaftliche Akteur:innen unterstützen, indem wir

- 1621 • ihre, oftmals ehrenamtliche Tätigkeit erleichtern, indem bürokratische  
1622 Hürden abgebaut werden. Dort wo Zivilgesellschaft, Staat, Behörden  
1623 zusammenarbeiten entstehen Partner:innenschaften, die nachhaltig wirken  
1624 können.
- 1625 • ihre Arbeit würdigen: sie verteidigen in verschiedenster Form die  
1626 demokratischen Grundlagen unserer pluralen Gesellschaft, wirken sozial und  
1627 solidarisch. Es gilt sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken.
- 1628 • ihre Arbeit nicht nur anerkennen, sondern deren weite Perspektiven auf  
1629 Landesebene auch im Rahmen eines institutionalisierten Austauschs mit der

- 1630 Regierung und dem Landtag einbinden. Deshalb fordern wir, dass
- 1631 • Zivilgesellschaft und die zuständigen politischen Vertreter:innen  
1632 regelmäßig gemeinsam an einem Tisch zusammenkommen, um sich über aktuelle  
1633 gesellschaftliche Problemlagen auszutauschen.
  
  - 1634 • im Kampf gegen die extreme Rechte bei Behörden und Verwaltung für eine  
1635 verbesserte Anerkennung der Perspektive von zivilgesellschaftlichen  
1636 Akteur:innen werben, so dass die Zusammenarbeit beispielsweise bei der  
1637 Organisation und Durchführung von Demonstrationen erleichtert wird.
  
  - 1638 • mit ihnen, Akteur:innen aus Staat und Wissenschaft gemeinsam an einer  
1639 langfristigen Demokratie-Förderstrategie und ihrer kontinuierlichen  
1640 Fortentwicklung arbeiten.
  
  - 1641 • Wir verstetigen und bauen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,  
1642 Toleranz und Weltoffenheit als wertvolle Unterstützung der  
1643 Demokratieförderung aus. Wir werden das Thüringer Demokratiefördergesetz  
1644 einführen, um so bewährten Projekten des Engagements zur  
1645 Demokratieförderung und politischen Bildung eine verlässliche und  
1646 langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen und wiederkehrenden  
1647 Verwaltungsaufwand zu reduzieren.
- 1648 Außerdem werden wir konsequent an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der  
1649 Untersuchungsausschüsse zu den NSU-Morden 5/1 und 6/1 als auch der Enquete-  
1650 Kommission gegen Rassismus und Diskriminierungen 6/1 weiterarbeiten und die  
1651 demokratiefördernde und rassistus- und diskriminierungskritische Bildungsarbeit  
1652 an Schulen, in der außerschulischen Bildung und in Organisationen und Behörden  
1653 stärken.
- 1654 Das werden wir tun:
- 1655 • Wir setzen uns für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei  
1656 Landtagswahlen auf 16 Jahre und des passiven Wahlalters bei  
1657 Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen ein, um junge Menschen  
1658 möglichst früh an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen
  
  - 1659 • Wir werden eine „Koordinierungsstelle für Demokratiebildung an Schulen“  
1660 einrichten. Seit Jahrzehnten gibt es Modellprojekte, die Kitas und Schule  
1661 als Lernorte für Demokratie erproben, nun kommt es darauf an,  
1662 flächendeckend für ein Angebot der Demokratiebildung an Thüringer Schulen  
1663 zu sorgen.
  
  - 1664 • Wir werden uns für ein passives und aktives Wahlrecht für

- 1665           Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene einsetzen, um diesen Menschen  
1666           die Einbindung in den politischen Diskurs aktiver zu ermöglichen und  
1667           Potentiale für die gesellschaftliche Beteiligung zu heben. Dauerhaft in  
1668           Deutschland lebenden Menschen soll so politische Teilhabe und Mitwirkung  
1669           ermöglicht werden.
- 1670           • Das Amt für Verfassungsschutz muss weiter personell und materiell  
1671           angemessen ausgestattet sein, um den wachsenden Aufgaben zum Schutz  
1672           unserer Demokratie gerecht zu werden. Eine ausreichende parlamentarische  
1673           Kontrolle ist dabei weiterhin zu gewährleisten.
- 1674           • Mit der Einrichtung der Task-Force Versammlungslagen konnten wir  
1675           Landkreise und Kommunen bei teilweise komplizierten Rechtsfragen beraten  
1676           und sie in die Lage versetzen, sich insbesondere gegen Veranstaltungen der  
1677           extremen Rechten zur Wehr zu setzen. Diese erfolgreiche Arbeit setzen wir  
1678           fort und entwickeln sie weiter.
- 1679           • Um bei Konflikten in Kommunen den Dialog und demokratische Problemlösungen  
1680           zu unterstützen sowie Radikalisierungen und Populismus vorzubeugen, werden  
1681           wir Angebote der kommunalen Konfliktberatung verstetigen und ausbauen.
- 1682           • Kampf gegen Hass und Hetze im Netz – Das Internet erlaubt durch seine  
1683           Anonymität oft radikale Äußerungen, die manchmal auch in schreckliche  
1684           Taten umschlagen können. Wir unterstützen die Gesetzinitiativen auf  
1685           Bundesebene zur besseren Bekämpfung dieser Phänomene. Das Internet darf  
1686           kein rechtsfreier Raum sein. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei,  
1687           Staatsanwaltschaft und Medienverantwortliche werden wir intensivieren. Wir  
1688           schaffen die personelle Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaft, um  
1689           Strafverfahren schnell abzuschließen.
- 1690           • Wir setzen uns weiterhin für die Entwaffnung von Rechtsextremist:innen  
1691           ein.
- 1692           • Für alle Fördermaßnahmen des Landes wird künftig der Grundsatz "Keine  
1693           öffentlichen Mittel für rechte Demokratiefeind:innen" gelten, damit eine  
1694           indirekte staatliche Unterstützung für demokratizersetzende Unternehmungen  
1695           verhindert wird.

## 1696   **3.4 Justiz**

1697   Wir Sozialdemokrat:innen gewährleisten einen freiheitlichen, demokratischen  
1698   Rechtsstaat durch eine leistungsfähige und unabhängige Justiz als eine seiner  
1699   tragenden Säulen. Der Zugang der Menschen zu den Gerichten wird weiterhin  
1700   unkompliziert, barrierefrei und ortsnah gewährleistet. Staatsanwaltschaften und

1701 Gerichte erhalten eine personelle und sächliche Ausstattung, die dieser Rolle im  
1702 Rechtsstaat und den wachsenden Herausforderungen gerecht wird. Nur auf diese  
1703 Weise wird gewährleistet, dass das Vertrauen der Menschen in die Justiz nicht  
1704 nur dauerhaft erhalten, sondern noch gestärkt wird.

1705 Die Bürger:innen haben ein Recht darauf, dass Straftaten schnell aufgeklärt und  
1706 konsequent geahndet werden, sie ihre Ansprüche zügig durchsetzen und  
1707 unberechtigte Eingriffe in ihre Rechtsgüter effizient abgewehrt werden. Wir  
1708 verteidigen unseren Rechtsstaat gegen alle Bedrohungen unserer freiheitlich-  
1709 demokratischen Grundordnung, durch Extremismus, Hass und Hetze sei es analog  
1710 oder digital. Der Rechtsstaat kennt keine rechtsfreien Räume. Die Opfer von  
1711 Straftaten verdienen die ihnen zustehende Anerkennung und Hilfe. Der sichere  
1712 Justizvollzug gewährleistet und dient der Resozialisierung Die zunehmende  
1713 Digitalisierung der Justiz bietet eine Vielzahl von Chancen sowohl für die  
1714 Bürger:innen als auch für die Mitarbeiter:innen. Wir wollen den Weg der  
1715 Digitalisierung und der modernen Kommunikation in der Justiz weiter  
1716 vorantreiben.

1717 Die Justiz ist neben Gesetzgebung und Exekutive die dritte Gewalt im Staat und  
1718 eine besondere öffentliche Aufgabe. Deshalb dürfen Justizangelegenheiten nicht  
1719 in den privaten Sektor verlagert werden

1720 Das werden wir tun:

## 1721 • **Gutes Personal, leistungsfähige Justiz**

- 1722 ◦ Die Leistungsfähigkeit unserer Justiz fußt auch in Zukunft auf einer  
1723 angemessenen personellen und sachlichen Ausstattung der Gerichte,  
1724 Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen. Damit der in  
1725 den nächsten Jahren weiter stattfindende demografische und  
1726 altersstrukturelle Wandel in der Justiz bewältigt und damit deren  
1727 Leistungsfähigkeit wiederhergestellt bzw. gesichert werden kann,  
1728 aber auch neue Herausforderungen z.B. durch die Digitalisierung und  
1729 in der Strafverfolgung gemeistert werden können, ist es bereits  
1730 jetzt erforderlich, mit Neueinstellungen nicht nur vorhandenes  
1731 Personal mittelfristig zu ersetzen, sondern zusätzliches Personal zu  
1732 gewinnen.
- 1733 ◦ Wir werden eine Einstellungsoffensive für Justizbedienstete mit  
1734 modernen Werbe- und Einstellungsverfahren ergreifen.
- 1735 ◦ Wir werden die bestehenden Personalkonzepte für die Justiz mit einer  
1736 Aufstockung von 10% über dem Personalschlüssel für Richter und  
1737 Staatsanwälte (PEBB\$Y) weiterentwickeln,
- 1738 ◦ Wir werden die Personalverstärkungen bei der Polizei  
1739 korrespondierend auf die Justiz zu übertragen,
- Wir werden durch moderne Arbeitszeitmodelle, die Einführung von  
Lebensarbeitszeitkonten und Stärkung der Altersteilzeitregelungen  
und eines umfassenden Beförderungs- und  
Personalentwicklungskonzeptes für die Justiz die Attraktivität des

1740 Dienstes in der Justiz stärken, Wir werden die Verfahren und  
1741 Instrumente der richterlichen Mitbestimmung in der evaluieren und  
1742 ggf. fortentwickeln und die bestehenden Aus- und  
1743 Fortbildungskooperationen mit anderen Ländern für Richter:innen,  
1744 Staatsanwält:innen und Rechtspfeger:innen fortführen, sowie um  
1745 landeseigene Fortbildungen ergänzen bzw. ausbauen. Inhaltlich soll  
1746 es neben dem Erwerb, der Vertiefung und Erweiterung von  
1747 Fachkompetenzen in gleicher Weise auch um eine Erweiterung von  
1748 Sozialkompetenzen in einer sich sozial und kulturell verändernden  
1749 Gesellschaft gehen. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auch auf das  
1750 Erkennen von menschenfeindlichen und diskriminierenden Sachverhalten  
1751 gelegt werden. (Weiter-) Lernen ermöglichen – für die persönliche  
1752 Entwicklung und die berufliche Entwicklung und die berufliche  
1753 Qualifikation. Für einen sensiblen und bedarfsgerechten Umgang des  
1754 entsprechenden Fachpersonals der Justiz mit von Rassismus und  
1755 Diskriminierung betroffenen Personen sind fundierte Grundlagen zu  
1756 rassistischen und diskriminierenden Sachverhalten und Tatmotiven  
1757 unerlässlich. Wir bauen daher das Fortbildungsprogramm für  
1758 Richter:innen und Staatsanwält:innen hinsichtlich des Umgangs mit  
1759 rassistisch motivierten Straftaten weiter aus.

## 1760 **Justiz in der Fläche Thüringens- präsent und modern**

- 1761
- 1762 ◦ Die bestehenden Justizstandorte in der Fläche, einschließlich des  
1763 Justizvollzuges, des Sozialen Dienstes der Justiz beim  
1764 Oberlandesgericht und der Notariate, werden gesichert und, soweit  
erforderlich, in ihrer Bestandsinfrastruktur modernisiert.
  - 1765 ◦ Dazu wird in den Standorten der Gerichte und Staatsanwaltschaften,  
1766 sowie des Justizvollzuges und des Sozialen Dienstes der Justiz  
1767 flächendeckend die Infrastruktur für Videovernehmungen,  
1768 Videokonferenzen und Videoanhörungen geschaffen.
  - 1769 ◦ Erweiterungen und Modernisierungen an bestehenden Standorten ist,  
1770 vorbehaltlich einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, der Vorrang vor  
1771 Neubauten zu geben.

## 1772 **Stärkung der Strafverfolgung schafft Sicherheit**

- 1773
- 1774 ◦ Im Bereich der Strafverfolgung wollen wir die erfolgreiche Arbeit  
1775 der Staatsanwaltschaften im Land weiter vorantreiben. Dazu werden  
1776 wir nicht nur Defizite in der Personalstärke der  
1777 Staatsanwaltschaften abbauen, sondern zusätzliche Stellen bei der  
Generalstaatsanwaltschaft und bei den Staatsanwaltschaften die  
1778 Sonderdezernate schaffen, die sich spezialisiert mit Delikten aus  
1779 den Bereichen der organisierten Kriminalität, der Wirtschafts-,  
1780 Umwelt- und der Internetkriminalität sowie mit der Verfolgung von  
1781 Delikten mit terroristischem, extremistischem, insbesondere  
1782 rechtsextremistische, oder rassistischem Bezug befassen.  
Wir werden die Vermögensabschöpfung für kriminell erlangte Gewinne



1783 auch durch einen Personalzuwachs insbesondere im  
1784 Rechtspflegerbereich intensivieren. Wir werden eine engere  
1785 Zusammenarbeit von Justiz und Polizei fördern, um den komplexer  
1786 werdenden Deliktsfeldern effektive Konzepte und Maßnahmen entgegen  
1787 zu setzen.

- 1788 ◦ Wir werden einen Ausbau von Jugendstationen in Ergänzung der  
1789 Modellprojekte in Gera und Jena/Saale-Holzland-Kreis zumindest für  
1790 die Landgerichtsbezirke Erfurt, Meiningen und Mühlhausen prüfen, um  
1791 auch in der Fläche die Bekämpfung von Kinder- und  
1792 Jugendkriminalität zu optimieren. Amts- und Mandatsträger:innen sind  
1793 zentrale Akteur:innen unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen  
1794 Demokratie. Sie sind in den letzten Jahren vermehrt Anfeindungen und  
1795 Bedrohungen ausgesetzt. Das kann und darf unser demokratischer  
1796 Rechtsstaat nicht hinnehmen. Neben Beratungsangeboten, wie der  
1797 eingerichteten Hatespeech-Ansprechsstelle elly, bedarf es einer  
1798 konsequenten Reaktion des Rechtsstaates. Straftaten gegen Amts- und  
1799 Mandatsträger müssen weiter mit besonderer Priorität verfolgt und  
1800 das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung weiterhin in diesen  
1801 Fällen stets anerkannt werden

## 1802 **Opferhilfe im Mittelpunkt**

- 1803
- 1804 • Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode verstärkt der Opfer von  
1810 Straftaten annehmen. Niemand darf als Opfer einer Straftat allein gelassen  
1805 werden. Diese haben ein Recht auf Schutz und Unterstützung. Im Pakt für  
1811 den Rechtsstaat haben sich der Bund und die Länder zum Ziel gesetzt, den  
1806 Opferschutz, insbesondere durch Einrichtung zentraler Strukturen zur  
1812 schnellen und unbürokratischen Betreuung von Opfern, zu verstärken.  
1807
- 1813 • Thüringen unterstützt den Opferschutz im Strafverfahren: durch  
1814 Ansprechpartner zur Zeugenbetreuung bei den Gerichten und die  
1808 psychosozialen Prozessbegleiter des Sozialen Dienstes der Justiz. Daneben  
1819 gibt es die LSBTIQ-Ansprechpersonen bei den Staatsanwaltschaften, den  
1820 Polizeilichen Opferschutz und zahlreiche nichtstaatliche Organisationen  
1821 und Vereinigungen, die sich der Opferhilfe verpflichtet fühlen. Die  
1822 bestehenden Angebote sind weiter zu unterstützen und zu finanzieren.
- 1823 • Darüber hinaus werden wir die Funktion eines/r ehrenamtlichen  
1824 Landesopferbeauftragte/n schaffen, der/die als zentrale Ansprechperson für  
1825 alle Kriminalitätsoffer zwar nicht selbst berät, aber als ein Wegweiser  
1826 für Betroffene zu den vielfältigen Opferberatungsangeboten dienen soll.
- 1827 • Wir stehen für den Erhalt der Justizstandorte mit allen ihren Gerichten  
1828 für unsere Bürger:innen.

- 1829
- 1830
- 1831
- 1832
- Mit der Veröffentlichung eines zweijährigen Opferhilfeberichts des/der Landesopferbeauftragten mit der Option eines Sonderberichts bei besonderen Anlässen, werden wir den Blick auf die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Helfer und der gemeinnützigen Organisationen lenken.
- 1833
- 1834
- 1835
- 1836
- 1837
- 1838
- 1839
- 1840
- Daneben werden wir unter dem Dach des/der Landesopferbeauftragten für eine bessere Transparenz der Opferhilfestrukturen fortwährend die Veröffentlichungen und Wegweiser barrierefrei und in leicht verständlicher Sprache aktualisieren. Damit tragen wir der Erleichterung des Zugangs zu den vorhandenen Hilfe- und Beratungssystemen bei und machen die bestehenden Angebote noch bekannter. Wir wollen, dass kein Opfer durch das Raster der vielfältigen Hilfen fällt und Beratungsangebote – auch unter Mithilfe der Landesopferbeauftragten - vermittelt werden.
- 1841
- 1842
- 1843
- 1844
- 1845
- 1846
- 1847
- Darüber hinaus wollen wir einen staatlichen Opferhilfefonds gründen, der als subsidiäre Hilfeleistung allen Kriminalitätsoptionen die Möglichkeit eröffnet, unbürokratisch Hilfe zu erlangen und Härtefälle aufzufangen. Neben einem Finanzgrundstock aus der Landeskasse soll der Opferhilfefonds vom Land eingenommenen Straf- und Bußgeldern aufgestockt werden, entsprechend des Gedankens der Beseitigung erlittenen Unrechts und der Förderung der Täter: inneneinsicht.
- 1848
- 1849
- **Justizvollzug in Thüringen – sicher, modern und resozialisierungsorientiert**
- 1850
- 1851
- 1852
- 1853
- 1854
- 1855
- 1856
- 1857
- 1858
- 1859
- 1860
- 1861
- 1862
- 1863
- 1864
- 1865
- 1866
- 1867
- 1868
- 1869
- 1870
- Gesetzliches Ziel des Justizvollzuges in Thüringen ist es, Strafgefangene zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Dem Ziel dienen sichere und moderne Justizvollzugsanstalten, gute Therapieangebote, ausreichendes und gut qualifiziertes Personal sowie eine attraktive Arbeitsumgebung. Ohne motivierte Mitarbeiter ist das Ziel der Resozialisierung und Wiedereingliederung der Strafgefangenen in die Gesellschaft nicht zu erreichen. Die Sicherheit, die Wirtschaftlichkeit des Strafvollzugs und die Resozialisierung der Strafgefangenen müssen gleichzeitig gewährt werden. Zur Gewinnung von qualifizierten und motivierten Nachwuchskräften werden wir die Attraktivität des Berufsfeldes „Justizvollzug“ steigern. Hierzu setzen wir uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, eine moderne Ausrüstung, eine gezielte Personalentwicklung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine verbesserte Besoldungs- und Beförderungssituation, insbesondere die Verbesserung der Anwärterbesoldung durch die Wiedereinführung eines Anwärtersonderzuschlages, ein. Die Bildungs- und Beschäftigungsangebote für Gefangene wollen wir auf hohem Niveau erhalten. Die Möglichkeiten, eine Ersatzfreiheitsstrafe in der Haft abzarbeiten, wollen wir ausweiten. Zudem sind wir überzeugt, dass

1871 die Bedingungen in Haft mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in  
1872 Freiheit mithalten müssen. Digitalisierung und demografischer Wandel  
1873 dürfen nicht vor den Toren der Haftanstalten enden. Die  
1874 Bereitstellung digitaler Medien und Bildungsangebote für Gefangene  
1875 wollen wir unter Beachtung des Sicherheitsauftrages prüfen. Die  
1876 Möglichkeiten des elektronischen Besuchs wollen wir ausbauen. Die  
1877 Situation älterer Gefangener in Haft wollen wir ebenfalls  
1878 verbessern. Dabei werden wir auf die Erfahrungen anderer Länder  
1879 zurückgreifen. Für radikalisierte Straftäter:innen wollen wir auch im  
1880 Justizvollzug Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogramme zur  
1881 Vermeidung von Rückfälligkeit nach Haftentlastung fortführen bzw.  
1882 aufbauen.

- 1883 ◦ Ein besonderes Augenmerk in der Resozialisierungsarbeit wollen wir  
1884 auf eine stärkere Berücksichtigung der Opferperspektive und den  
1885 Ausgleich der Tatfolgen während der Inhaftierung legen.
- 1886 ◦ Um den Übergang der Gefangenen in die Freiheit zu erleichtern,  
1887 wollen wir das professionelle Übergangsmanagement in einem  
1888 Resozialisierungsgesetz gesetzlich verankern. Die Sicherheit der  
1889 Justizvollzugsanstalten wollen wir u. a. durch eine Verbesserung der  
1890 medizinischen, insbesondere psychiatrischen Versorgung, zum Beispiel  
1891 durch eine Kooperation mit dem Maßregelvollzug, erhöhen. An dem  
1892 Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat Sachsen „JVA Zwickau-  
1893 Marienthal“ halten wir deshalb fest. Der hierfür vorgesehene  
1894 Personalübergang muss sozialverträglich, transparent und im  
1895 Einvernehmen mit den betroffenen Bediensteten erfolgen. Die sinnvolle  
1896 Nachnutzung künftig wegfallender Justizvollzugseinrichtungen werden  
1897 wir ergebnisoffen prüfen. In die Prüfung werden wir bestehende  
1898 Bedarfe, zum Beispiel in den Bereichen Sicherungsverwahrung und  
1899 seniorengerechter Vollzug, mit einbeziehen. Im Rahmen eines  
1900 verbesserten Übergangsmanagements nach der Haft und zur  
1901 Erleichterung der Resozialisierung wollen wir den Aufbau einer  
1902 staatlichen Nachsorgeeinrichtung als Übergangs- und  
1903 Auffangeinrichtung für komplexere Fälle unter den Haftentlassenen  
1904 prüfen.

## **Ambulante und freie Straffälligenhilfe stärken**

- 1906 ◦ Neben dem Justizvollzug ist die ambulante Straffälligenhilfe mit den  
1907 Sozialen Diensten in der Justiz und den Vereinen der freien  
1908 Straffälligenhilfe die wichtigste Säule der Resozialisierung in  
1909 Thüringen. Durch eine Stärkung tragen wir aktiv dazu bei, dass  
1910 erneute Inhaftierungen von Straffälligen ebenso wie weitere  
1911 Straftaten vermieden werden und so ein wichtiger Beitrag zur Inneren  
1912 Sicherheit geleistet wird.
- 1913 ◦ Gerade die Mitarbeiter:innen der Sozialen Dienste in der Justiz  
leisten als staatliche Institution in den Bereichen der Bewährungs-  
und Gerichtshilfe sowie der Führungsaufsicht einen erheblichen

1914 Anteil zur Vermeidung neuer Straftaten. Wir setzen uns für eine  
1915 auskömmliche personelle Ausstattung der Sozialen Dienste in der  
1916 Justiz ein. Damit gewährleisten wir, dass die qualitativ hochwertige  
1917 Tätigkeit weiter verbessert wird und mehr Zeit für die Hilfe und  
1918 Kontrolle der Straffälligen zur Verfügung steht. Ebenfalls erachten  
1919 wir eine Verbesserung der technischen Ausstattung für notwendig.  
1920 Mobiles Arbeiten ist gerade im ländlichen Raum unerlässlich, um  
1921 Straffällige auch im häuslichen Umfeld begleiten zu können. Neben den  
1922 staatlichen Institutionen leisten die Vereine der freien  
1923 Straffälligenhilfe einen großen und wichtigen Beitrag zur  
1924 Resozialisierung. Sie vermitteln und begleiten in der Ableistung  
1925 gemeinnütziger Arbeit und bieten spezialisierte Beratungsangebote  
1926 an. Hinzu kommen Angebote für Soziale Trainingskurse. Wir werden die  
1927 bestehenden Strukturen in Thüringern festigen und auszubauen. Hierzu  
1928 gehört die Schaffung einer Förderstruktur und -praxis, die es  
1929 ermöglicht, Modellprojekte voll zu finanzieren.

### **Zukunfts(dauer)aufgabe Digitalisierung der Justiz**

- 1931
- 1932
- 1933
- 1934
- 1935
- Die Digitalisierung der Justiz in Thüringen ist auch weiterhin eine der großen Herausforderungen der neuen Legislaturperiode. Spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass unsere Justiz nicht nur gut technologisch ausgestattet ist, sondern auch weiterhin stets auf dem aktuellen Digitalisierungsstand gehalten werden muss. Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte werden wir in Thüringen abschließen, wobei bei aller Effizienzsteigerung immer auch der Aspekt einer bürgernahen und vertrauensbildenden Rechtsprechungspraxis im Blick behalten werden muss.
    - Wir werden für eine auskömmliche Finanzierung der Justiz-IT, aber auch für gute Ausstattung mit IT-Fachpersonal sowohl in der IT-Stelle der Gerichte und Staatsanwaltschaften beim Oberlandesgericht als auch bei den eBetreuer:innen vor Ort sorgen. Denn ausreichendes Fachpersonal ist die Achillesferse der Digitalisierung der Justiz.
    - Den Digitalisierungsprozess wollen wir von einer Sicherheitsoffensive begleiten, der die Informationssicherheit der Justiz gewährleistet. Für die Informationssicherheit werden ausreichende sächliche und personelle Ressourcen in den Justizbehörden zur Verfügung gestellt. Für das IT-Sicherheitsmanagement wird für alle Justizbehörden und den Justizvollzug eine Zentralstelle eingerichtet.
- 1943
- 1944
- 1945
- 1946
- 1947
- 1948
- 1949
- 1950
- 1951
- 1952
- 1953
- 1954

### **3.5 Verbraucher:innenschutz**

1956 Verbraucher:innen stehen häufig einer hohen Marktmacht einzelner Unternehmen  
1957 gegenüber. Die Zusammensetzung der Nebenkostenabrechnung, die angekündigte  
1958 Mieterhöhung oder Verträge mit Medien- und Kommunikationsanbietern verunsichern

1959 und überfordern viele Bürger:innen. Wir wollen Verbraucher:innen schützen durch  
1960 Regeln und Organisationen. Wir sehen die Verbraucherzentrale als einen  
1961 unverzichtbaren Partner beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Gerade  
1962 in Zeiten von sich verändernden Märkten und hoher Inflation brauchen  
1963 Bürger:innen Sicherheit und Schutz vor Abzocke und unlauteren Methoden.

1964 Das werden wir tun:

- 1965 • Der Beratungsauftrag der Verbraucherzentrale Thüringen – unabhängig von  
1966 wirtschaftlichen Interessen – ist angesichts der immer unübersichtlicheren  
1967 Märkte als Gegengewicht für den Verbraucher dringender denn je. Wir wollen  
1968 die Finanzierung der Verbraucherzentrale angemessen erhöhen, um den  
1969 bestehenden Beratungsumfang auszubauen, insbesondere im Hinblick auf  
1970 Beratung in leichter Sprache und in unterschiedlichen Fremdsprachen. Die  
1971 Finanzierung der Verbraucherzentrale wird in den kommenden Jahren auch die  
1972 Preisentwicklung berücksichtigen. Dabei soll vor allem die institutionelle  
1973 Förderung verstärkt werden, um die Verbraucherzentrale unabhängiger zu  
1974 machen.
  
- 1975 • Sonntagsarbeit belastet Arbeitnehmer und Familien. Der Sonn- und  
1976 Feiertagsschutz ist ein wichtiges Gut. Deshalb werden wir Sonntagsarbeit  
1977 auf ein erforderliches Minimum begrenzen. Wir wollen gemeinsam mit den  
1978 Gewerkschaften das Bundesarbeitszeitgesetz ändern, um den Sonn- und  
1979 Feiertagsschutz zu stärken.
  
- 1980 • Um den weiteren notwendigen Personalabbau verkraften zu können und um eine  
1981 effizientere Aufgabenerfüllung zu erreichen, sollen Fach-, Rechts- und  
1982 Dienstaufsicht im Bereich des Verbraucher- und Arbeitsschutzes gebündelt  
1983 werden.
  
- 1984 • Das Angebot an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nimmt ständig zu und  
1985 die Hersteller agieren zunehmend überregional. Hinzu kommen immer neue  
1986 Verfahren der Bearbeitung von Lebensmitteln, neue Materialien und  
1987 Werkstoffe, chemische Substanzen usw. Die zunehmende Produktvielfalt  
1988 verlangt eine höhere Spezialisierung und eine vertiefte Erfahrung der  
1989 amtlichen Überwachung. Diese Spezialisierung ist nicht für alle Aufgaben  
1990 durch die kommunalisierte Überwachung zu leisten. Vor allem die  
1991 Kleinteiligkeit der kommunalen Strukturen verhindert eine Spezialisierung.  
1992 Wir wollen spezialisierte und überregionale Kontrollteams in den Bereichen  
1993 schaffen, für deren Überwachung den Landkreisen und kreisfreien Städten  
1994 das notwendige Spezialwissen fehlt. Ebenfalls auf den Prüfstand gehört  
1995 aber auch die Option einer Rückverstaatlichung von Aufgaben und  
1996 Zuständigkeiten der Veterinär-, Lebensmittelüberwachungs- und Umweltämter.
  
- 1997 • In vielen Bereichen versagt die Selbstregulation des Marktes, bestehen

1998 Vollzugsdefizite bei der Marktüberwachung oder werden Verbraucher durch  
1999 „Abzockstrategien“ systematisch geschädigt. Hier fehlen die notwendigen  
2000 Marktwächter. Für bestimmte Fragen brauchen wir daher zur Unterstützung  
2001 der Verbraucher und der staatlichen Überwachung auch kollektive  
2002 Klagerechte. Wir treten auf Bundesebene für Klagerechte von  
2003 Verbraucherschutzorganisationen z. B. der Verbraucherzentralen ein. Wir  
2004 wollen Klagerechte für Verbraucherorganisationen z. B. gegen typische  
2005 „Abzockstrategien“ bei geringen Streitwerten und bei unlauterem Wettbewerb  
2006 (Mondpreise, Lockvogelangebote, falsche Preisauszeichnung).

## 2007 **4. Zusammenhalt in Stadt und Land**

2008 Wir sind davon überzeugt, dass ländliche Regionen einen hohen ökonomischen,  
2009 ökologischen, sozialen, kulturellen und demokratischen Mehrwert für unseren  
2010 Freistaat haben, auf den wir als Gesellschaft nicht verzichten können. Auf dem  
2011 Land organisieren Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben mit hoher Kompetenz,  
2012 viel Engagement und in gemeinschaftlichen Strukturen. Es gibt dort viel Wissen  
2013 und Erfahrungen, die nicht verloren gehen dürfen. Unsere Städte sind  
2014 Knotenpunkte, die für das gesamte Land Bildungs- und Kultureinrichtungen vor-  
2015 und hohe wirtschaftliche Potenziale für alle bereithalten. Wir wollen die  
2016 Lebensqualität in Thüringen erhöhen, die Natur schützen und das Gemeinwesen  
2017 stärken – der Schlüssel dafür liegt in unseren Kommunen.

### 2018 **4.1 Unsere Kommunen**

2019 Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Kultureller  
2020 Reichtum & Tourismus, Unternehmergeist & Handwerkskunst, Sport & Ehrenamt sind  
2021 hier zu Hause. Der ländliche Raum gehört zur Thüringer Identität. Gleichzeitig  
2022 lebt Thüringen auch von seinen zentralen Städten, die in die Regionen und auch  
2023 bundesweit ausstrahlen und das Bild Thüringens mitprägen.

2024 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns nicht, den urbanen Raum  
2025 in ländlichen Regionen nachzuahmen und umgekehrt. Wir erkennen die besonderen  
2026 Verhältnisse jeder Region an, wollen aber dafür Sorge tragen, dass Städte und  
2027 Dörfer für jede Generation ein lebenswertes Zuhause sind.

2028 Das werden wir tun:

- 2029 • Die strategische Ausweisung von Ober- und Grundzentren hat eine hohe  
2030 Bedeutung für die Entwicklung der einzelnen Kommunen. Oberzentren müssen  
2031 überregional und langfristig gedacht werden. Die bloße Bevölkerungszahl  
2032 ist weniger entscheidend, als die mit dem Oberzentrum verbundenen  
2033 Funktionen, die in Thüringen oft überregional, also funktionsteilig  
2034 getragen werden. Oberzentren sind gerade mit Blick auf die Regionen mit  
2035

- 2036 angrenzenden bevölkerungsstarken Bundesländern von entscheidender  
2037 strategischer Bedeutung, unter anderem für die Ansiedlungs- und  
2038 Infrastrukturpolitik. Die Ausweisung von Grundzentren muss auch die  
perspektivische Entwicklung von Regionen in den Blick nehmen.
- 2039 • Der ländliche Raum leidet insbesondere auch am Auspendeln seiner  
2040 Einwohner:innen. Gemeinden werden zu Schlafstätten, Kleinstädte verlieren  
2041 zunehmend ihren Einzelhandel, wenn die Bevölkerung ihre wesentliche Zeit  
2042 außerhalb der kommunalen Grenzen verbringt. Neben klassischer  
2043 Wirtschaftsförderung spielt daher insbesondere auch die Ansiedlung  
2044 staatlicher Institutionen eine tragende Rolle. Deshalb wollen wir die  
2045 Erwerbsquote vor Ort stärken. Für wohnortnahe Arbeitsplätze im ländlichen  
2046 Raum und die Verringerung der täglichen Pendler:innenanzahl wollen wir die  
2047 sich bietenden Möglichkeiten der digitalen Welt sowie der Energiewende  
2048 nutzen. Vor allem der Ausbau erneuerbaren Energien als Wirtschaftssektor  
2049 im ländlichen Raum schafft Arbeitsplätze in den Bereichen der Planung,  
2050 Installation, Wartung und Service solcher Anlagen und Systeme.
- 2051 • Kommunen übernehmen Verantwortung für eine zukunftsgerechte Kommunal- und  
2052 Raumentwicklung. Sie setzen sich aktiv für den Schutz sowie den Erhalt der  
2053 Lebensgrundlagen ein, mindern Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt und  
2054 gehen sparsam mit Flächen um. Für eine qualifizierte Innenentwicklung (z.  
2055 B. angemessene Nachverdichtung, Umnutzung, Umstrukturierung,  
2056 Flächenrecycling, ggf. Rückbau) bedarf es weiterhin personeller und  
2057 finanzieller Unterstützung. Die erfolgreiche Förderung der Klima- und  
2058 Energiemanager werden wir fortsetzen.
- 2059 • Fachkräftemangel, Demographie, Digitalisierung – die Herausforderungen der  
2060 Kommunen sind groß und kaum abschließend aufzuzählen. Um diesen Aufgaben  
2061 begegnen zu können, ist neben einer finanziellen Ausstattung, die die  
2062 kommunale Selbstverwaltung verlässlich ermöglicht, die Verwaltungsstruktur  
2063 grundlegend. Gebietszusammenschlüsse mit dem Ziel, die Verwaltung zu  
2064 stärken und gemeinsam größere Haushalte aufzustellen, die das Bündeln der  
2065 finanziellen Kraft, das Priorisieren von großen Maßnahmen, das regionale  
2066 Denken sowie das Spezialisieren von Mitarbeiter:innen ermöglicht, bleibt  
2067 für uns Priorität.
- 2068 • Neu gegliederte Gemeinden müssen beim Zuwachsen unterstützt werden.  
2069 Hierbei helfen nicht nur Gelder zum Abbau von Altschulden und Prämien, um  
2070 die Kosten des Zusammenschlusses z. B. für angleichende IT-Maßnahmen zu  
2071 schultern, sondern auch und insbesondere Unterstützung bei der Hebung von  
2072 Fördermitteln, die helfen gemeinsame Projekte der neuen  
2073 Gebietskörperschaft zeitnah zu realisieren.
- 2074 • Um flächenmäßig großen Städten und Gemeinden bei Erhalt sowie der

- 2075 Bewirtschaftung der (eingemeindeten) Infrastruktur zu unterstützen, wollen  
2076 wir eine Flächenpauschale etablieren, die dem Umfang der Verkehrs- Grün-,  
2077 und Waldfläche und den damit verbundenen Unterhaltskosten Rechnung trägt.
- 2078 • Wir stehen für eine bürokratiearme Stärkung der interkommunalen  
2079 Zusammenarbeit jenseits des aktuellen Finanzausgleichsgesetzes mit dem  
2080 Ziel des Zusammenwachsens von kommunalen Gebietskörperschaften und  
2081 Regionen. Der Fokus der interkommunalen Zusammenarbeit muss auf dem  
2082 Erreichen von Synergien und der Steigerung von Effizienz und  
2083 Bürger:innenfreundlichkeit liegen. Ziel muss es sein, langfristig eine  
2084 stabile Verwaltung zu gewährleisten, die gleichermaßen auch attraktiver  
2085 Arbeitgeber ist
- 2086 • Wir setzen uns für eine digitale Fördermitteldatenbank ein, die nicht nur  
2087 die vorhandenen Fördermittel aufzeigt, sondern mögliche Kombinationen mit  
2088 Bundesmitteln etc. mitdenkt und Verwaltungsmitarbeiter:innen entlastet.  
2089 Die Kommunalberatung wollen wir fortsetzen. Sie unterstützt die kommunale  
2090 Familie kostenfrei beim Umsetzen geförderter Projekte.
- 2091 • Zusätzlich zu einer Fördermitteldatenbank gilt es, den Kommunen dauerhaft  
2092 mit investiven Zuweisungen zu helfen, den Investitionsstau planbar  
2093 abzutragen. Dafür ist eine Priorisierung unerlässlich. Um Eigenmittel auch  
2094 kurzfristig abbilden zu können, wollen wir einen Fond einrichten, der akut  
2095 fehlende Eigenmittel als zinsgünstige Darlehen ausreicht. So erhöhen wir  
2096 die Planungssicherheit in der kommunalen Familie und stärken die kommunale  
2097 Selbstverwaltung. Die jährlich mit dem Finanzausgleich ausgereichte  
2098 Investitionspauschale wollen wir mit Blick auf steigende Preise  
2099 dynamisieren.
- 2100 • Die Kur- und Erholungsorte sind ein prägender Teil der touristischen  
2101 Landschaft Thüringens. Wir sprechen uns für eine stetige und verlässliche  
2102 finanzielle Unterstützung dieser Orte aus. Dabei gilt es insbesondere in  
2103 den Blick zu nehmen, dass die Kurorte keine Möglichkeit haben im gleichen  
2104 Maß auf Gewerbesteuererinnahmen zurückzugreifen, wie andere Kommunen.  
2105 Erholungsorte durchlaufen einen vergleichbar hohen Aufwand der  
2106 Prädikatisierung.
- 2107 • Wir setzen uns für die Stärkung der Kinder- und Jugendgremien ein. Nachdem  
2108 wir erfolgreich Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalordnung  
2109 etabliert haben, ist es nun folgerichtig, dass wir Kommunen bei der  
2110 Umsetzung finanziell unterstützen. Kinder- und Jugendgremien sollen auch  
2111 auf Landkreisebene die Regel werden.
- 2112 • Wir unterstützen ebenso die flächendeckende Einrichtung von  
2113 Selbstvertretungsgremien von Menschen mit Behinderungen (sog. Beiräten



2114 von/für Menschen mit Behinderungen) auf kommunaler Ebene, damit auch ihre  
2115 Beteiligung flächendeckend gesichert wird und sie die Gestaltung ihrer  
2116 Kommune im Sinne von Inklusion und Barrierefreiheit begleiten.

2117 • Die derzeitige Unterteilung in Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben  
2118 gerät in der Realität zunehmend an Grenzen. Eine Neujustierung muss vor  
2119 allem die finanziellen Folgen und die Bedeutung der Aufgaben für die  
2120 Bürger:innen in den Blick nehmen.

2121 • Als neues Instrument demokratischer Beteiligung führen wir eine  
2122 Privatisierungsbremse ein. Sie sieht vor, dass öffentliche Unternehmen der  
2123 Daseinsvorsorge (z.B. Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäuser  
2124 etc.) nur dann verkauft werden können, wenn die Bürger:innen der  
2125 Privatisierung in einem Referendum zustimmen. Dadurch wollen wir  
2126 erreichen, dass die langfristigen Interessen der Menschen nicht einem  
2127 kurzfristigen Interesse an schnellen, einmaligen Erlösen zum Opfer fallen.  
2128 Wo diese Aufgaben in der Vergangenheit privatisiert wurden, werden wir die  
2129 Gemeinden und Landkreise bei der Rekommunalisierung unterstützen.

## 2130 **4.2 Wohnen**

2131 Das Thema Wohnen spiegelt die Vielseitigkeit Thüringens wieder. Von der Wohnung  
2132 im Plattenbaugebiet bis zum alten Hof auf dem Dorf. Die Herausforderungen der  
2133 Energiewende werden wir für alle Wohnformen solidarisch anpacken.

2134 Wohnen und vor allem bezahlbares Wohnen war und ist ein Grundanliegen  
2135 sozialdemokratischer Politik. Dabei spielt die Wohnungsbauförderung eine  
2136 zentrale Rolle.

2137 Die Wohnungsbauunternehmen brauchen Verlässlichkeit und – angesichts der  
2138 zeitlichen Abläufe bei Planung und Bau von Wohnungen – auf Jahre im Voraus  
2139 vorhersehbare Rahmenbedingungen. Daher ist es wichtig diese Mittel planbar zur  
2140 Verfügung zu stellen, um sozialen Wohnungsbau auch weiterhin zu ermöglichen.

2141 Dem Wunsch nach Wohneigentum werden wir auch den Familien ermöglichen, denen das  
2142 Ansparen von Eigenkapital nicht möglich ist. Dafür werden wir ein Mietkaufmodell  
2143 auflegen.

2144 Das werden wir tun:

2145 • Bezahlbarer Wohnraum in den Zentren, weniger Leerstand auf dem Land und  
2146 eine höhere Immobilien-Eigentumsquote sind unsere Ziele. Dafür wollen wir  
2147 den kommunalen und sozialen Wohnungsbau fördern.

- 2148 • Gerade für Haushalte mit geringen Einkommen bietet das Mietkaufmodell eine  
2149 Alternative für den Erwerb von selbstgenutzten Wohnraum. Beispielsweise  
2150 können durch die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft Wohnungen mit  
2151 staatlicher Finanzierung errichtet und diese dann jungen Familien zum  
2152 Mietkauf angeboten werden. Dieser Ansatz ermöglicht es auch Familien ohne  
2153 Eigenkapital, Wohneigentum zu erwerben und trägt darüber hinaus zur  
2154 Vermögensbildung bei.
- 2155 • Wohnungsneubau wollen wir durch die deutliche Vereinfachung von  
2156 Planungsverfahren und Standards beschleunigen und intensivieren. Eine  
2157 wichtige Rolle spielt für uns die Wohnbauförderung des Freistaats in Form  
2158 von Zuschüssen und Darlehen. Wir wollen, dass der öffentlich getragene  
2159 Wohnungsbau neben der Förderung auch selbst Wohnraum schafft.
- 2160 • Wir werden als Land den Aufbau kommunaler Bodenfonds unterstützen. Damit  
2161 können Kommunen langfristig Flächen für die eigene Entwicklung von  
2162 Wohnraum sowie öffentlicher Infrastruktur erwerben.
- 2163 • Den Kommunen soll ermöglicht werden, Einnahmen aus Mieteinkünften  
2164 zweckgebunden für die Sanierung ihrer Immobilien oder den Ankauf von  
2165 Schrottimmobilien, von Leerstehenden und von Leerstand bedrohten  
2166 Wohngebäuden und Brachflächen zu verwenden. Kommunaler Wohnraum muss auch  
2167 in Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept in öffentlicher Hand bleiben.
- 2168 • Wir unterstützen die Kommunen, um familienfreundliche Standortplanung im  
2169 Sinne einer räumlichen Vernetzung von Lern- und Freizeitorten, von Wohn-,  
2170 Arbeits- und Versorgungsbereichen, um möglichst kurze Wege zu realisieren  
2171 und damit den Verkehrsaufwand für Familien zu reduzieren. Dazu gehört auch  
2172 die Förderung von innerstädtischem Wohnraum für Familien, um urbane  
2173 Qualitäten wie kurze Wege, vielfältige Erwerbsmöglichkeiten und  
2174 Aktivitäten auch Familien zugänglich zu machen
- 2175 • Für uns hat die Entwicklung der bestehenden Gebäude Vorrang. Neubauten  
2176 sind erst mit Ausschöpfung der Leerstandspotentiale ein Mittel der Wahl.  
2177 Das schont Ressourcen, hält bestehende Siedlungsstrukturen intakt und  
2178 erhält einen vielfältigen Gebäudebestand.
- 2179 • Jedes Haus braucht eine Aufgabe. Daher wollen wir besonders im ländlichen  
2180 Raum Anreize für den Erwerb bestehender Gebäude schaffen. Eine Stärkung  
2181 der Siedlungskerne soll vor der Ausweisung neuer Baugebiete erfolgen.  
2182 Weiterhin braucht es ein Praxiskonzept für die Reaktivierung von Brachen  
2183 und die Beseitigung von „Schrottimmobilien“.
- 2184 • Wir wollen durch energieeffizientes Sanieren und moderne Technologien wie  
2185

- 2186 z. B. Wärmepumpen, Solarthermie oder Gebäudespeicher, den  
2187 Heizenergieverbrauch deutlich senken und erneuerbar decken. Bis 2040  
streben wir einen klimaneutralen Gebäudebestand an.
- 2188 • Mit der kommunalen Wärmeplanung wollen wir eine öffentlich getragene, für  
2189 alle Einkommen leistbare Wärmeversorgung langfristig sicherstellen und  
2190 ausbauen. Neubaugebiete sollen durch eine gemeinsame Wärmeversorgung  
2191 langfristig eine günstige und umweltfreundliche Versorgung erhalten. Unser  
2192 oberstes Ziel bleibt eine günstige und umweltverträgliche Wärmeversorgung  
2193 von Ein- und Mehrfamilienhäusern, für Mietende und Eigentümer, sicher zu  
2194 stellen.
- 2195 • Viele Wohngebäude müssen in den nächsten Jahren saniert werden, um  
2196 dauerhaft die Betriebskosten und die Abhängigkeit von den fossilen  
2197 Energien zu verringern. Wir setzen uns dafür ein, dass in Thüringen ein  
2198 Heizungstauschbonus als Anreiz und Unterstützung für die Erneuerung der  
2199 Heizung kommt.
- 2200 • Neben der finanziellen Förderung brauchen insbesondere kleinere Kommunen  
2201 ohne eigene:n Klimaschutzmanager:in mehr fachliche Unterstützung.  
2202 Quartierslösungen für Wärmeversorgung und energetische Sanierung sind oft  
2203 sinnvoll, benötigen aber erhebliche Unterstützung bei der Analyse der  
2204 Optionen und bei der Projektentwicklung. Die ThEGA soll soweit gestärkt  
2205 werden, dass sie Kommunen bei der Problemidentifikation, Antragstellung,  
2206 Gründung von Energiegenossenschaften, Personalaufbau, Vernetzung und  
2207 Projektbearbeitung qualifiziert beraten kann.
- 2208 • Die Ansprüche an Wohnraum, ob zur Miete oder als Eigentum, wandeln sich im  
2209 Laufe des Lebens. Wir wollen Menschen mit überschüssigen Wohnraum mit  
2210 Menschen mit dem wachsenden Bedarf zusammenbringen. Dafür braucht es eine  
2211 aktive Beratung, Unterstützung und den Anreiz für den Wohnungs- und  
2212 Haustausch überall da, wo dieser benötigt wird. Der Tausch wird auf den  
2213 besonderen Wohnungsmarkt in Thüringen deutlich breiter angenommen werden,  
2214 als in deutlich dichter besiedelten Räumen. Zudem werden wir zusätzlich  
2215 zur Beratung, mit der Auszahlung eines Umzugsbonus die Hürden für den  
2216 Wechsel senken.
- 2217 • Wir wollen die Wohngemeinnützigkeit für kommunale Unternehmen sowie  
2218 Genossenschaften wieder auf den Weg bringen. Breite Schichten der  
2219 Bevölkerung sollen dadurch wieder Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten.  
2220 Die Gemeinnützigkeit kann beispielsweise anerkannt werden, wenn kommunale  
2221 Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften sich verpflichten, Gewinne zu  
2222 begrenzen.
- 2223 • Wir wollen aktiv am Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit

- 2224 mitwirken, um diese in Thüringen gemeinsam mit Bund und Kommunen zu  
2225 reduzieren und möglichst bis 2030 zu überwinden.
- 2226 • Wir haben den Holzbau durch Änderung der Bauordnung vereinfacht. Wir  
2227 setzten uns weiterhin dafür ein, den Holzbau voranzubringen und bei  
2228 Neubau- und Sanierungen ein etablierter Baustoff wird.
- 2229 • In Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten werden wir die Anwendung der  
2230 Kappungsgrenze zur Deckelung der Preissteigerungen bei  
2231 Bestandsmietverträgen noch gezielter anwenden. Zudem setzen wir uns dafür  
2232 ein, die Mietpreisbremse auszuweiten und zu entfristen.
- 2233 • Die öffentliche Förderung zum Ausbau des barrierefreien Wohnens ist  
2234 dauerhaft zu etablieren, angemessen finanziell auszustatten und mit einer  
2235 Mietpreisbindung zu koppeln. Diese Förderung muss auch Neubauvorhaben  
2236 offenstehen.
- 2237 • Beim Neubau werden wir unseren Blick auf die Weiterentwicklung des  
2238 Seriellen Bauens und auf modulare Systeme richten. Diese bieten eine  
2239 Chance, um durchgehend Qualität sicherzustellen und die Preisexplosion bei  
2240 der Errichtung von Neubauten abzufangen. Ein besonderer Fokus liegt hier  
2241 auf flächensparenden Konzepten wie der Verknüpfung von  
2242 Mehrgeschosswohnungsbau mit kompakten Reihenhäusern.
- 2243 • Zusätzlich zur grundsätzlichen Anspruchsberechtigung von Bundesmitteln für  
2244 den sozialen Wohnungsbau wollen wir zusätzliche Mittel des Freistaats  
2245 hierfür bereitstellen und die geförderten Wohnungen noch mehr Haushalten  
2246 mit geringen und mittleren Einkommen zur Verfügung stellen. Die Förderung  
2247 für sozialen Wohnungsbau muss in Thüringen insbesondere die Gebiete  
2248 adressieren, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt besteht.
- 2249 Weiterhin werden wir:
- 2250 • das Angebot kostenloser Energieberatungen stärken und Beratungsangebote  
2251 zum energieeffizienten Sanieren ausbauen.
- 2252 • das Bauen mit alternativen Baustoffen wie z. B. Holz, Lehm, Stroh  
2253 insbesondere für öffentliche Bauvorhaben deutlich ausweiten.
- 2254 • Forschung zu Ersatzbaustoffen und Baustoffrecycling stärker fördern. Unser  
2255 Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft auch im Baubereich weiter auszubauen.  
2256 Insbesondere die Recyclingquote von Gipsprodukte muss deutlich erhöht  
2257 werden.

## 2258 **4.3 Mobilität und Infrastruktur**

2259 Mobilität darf keine soziale Frage sein. Die Erreichbarkeit von Dienstleistungen  
2260 des täglichen Bedarfs, Ärzt:innen und des Arbeitsplatzes müssen jederzeit  
2261 gewährleistet sein. Viele Thüringer:innen pendeln täglich zu ihrer Arbeit und  
2262 sind auf verschiedenste Verkehrsträger und Mobilitätsarten angewiesen. Wir  
2263 wollen einen integralen Taktfahrplan, der ein hochwertiges und attraktives  
2264 Angebot schafft und eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt. Die  
2265 ländliche Struktur Thüringens und der demographische Wandel erfordern flexible  
2266 Lösungen. Wichtig ist, dass wir uns nicht selbst beschränken, in dem wir stets  
2267 vom aktuellen Bedarf ausgehen – so kann es keinen Wandel im Nutzungsverhalten  
2268 des ÖPNV geben. Vielmehr müssen wir Angebote schaffen, die Bedarfe erst  
2269 erzeugen. Ob es sich um Rufbussysteme, Anrufsammeltaxis, Mitfahrkonzepte  
2270 handelt, ist vor Ort zu entscheiden. Unser Ziel ist es, dass Menschen abseits  
2271 des Schulbusverkehrs jeden Tag und in jedem Ort angebunden sind. Wir  
2272 unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende durch gezielte Förderung des  
2273 ÖPNV und des Radwegebaus. Unsere Mobilitätspolitik schafft qualitative Angebote  
2274 für die Thüringer:innen.

2275 Das werden wir tun:

- 2276 • Wir setzen uns für eine langfristige sichere Finanzierung und Fortsetzung  
2277 des Deutschlandtickets ein. Ein Ticket für alle – das schafft Klarheit im  
2278 Tarifgefüge und senkt die Hürden für die Nutzung von Bus, Straßenbahn und  
2279 Zug. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der bisherige Preis des  
2280 Tickets erhalten bleibt.
- 2281 • Wir wollen zudem für junge Menschen ein 28-Euro-Ticket (Jugendticket für  
2282 Menschen bis zum 28. Lebensjahr) als Ergänzung des Deutschlandtickets  
2283 einführen. Dies entlastet auch weiterhin Menschen bei der täglichen Fahrt  
2284 zur Schule, Ausbildung oder auf Arbeit. Unser Hauptziel wird es sein, dass  
2285 wir Kindern und jungen Menschen langfristig eine kostenfreie Nutzung des  
2286 ÖPNV ermöglichen möchten.
- 2287 • Wir setzen uns auch zukünftig für einen flächendeckenden Thüringer  
2288 Nahverkehrsverbund ein, der gemeinsame Tickets ermöglicht, Kosten senkt  
2289 und Hindernisse zur Nutzung minimiert.
- 2290 • Damit der Umstieg auf gemeinsam genutzte Verkehrsmittel gelingt, müssen  
2291 Busse, Straßenbahnen, Car-Sharing Angebote, Rad, Auto und Fußgängerverkehr  
2292 in einen gemeinsamen Takt schlagen. So verkürzen wir Umstiegszeiten,  
2293 verkürzen Reisezeiten und optimieren eine effiziente gemeinsame Nutzung.  
2294 Daher unterstützen wir den raschen weiteren Ausbau des integralen  
2295 Taktfahrplans in allen Landesteilen. In diesem Rahmen werden wir an  
2296 geeigneten Stellen Mobilitätsstationen und Verkehrshubs entwickeln, die

- 2297 verschiedene Arten von Mobilität an einem Ort miteinander kombinieren und  
2298 als Umstiegspunkte dienen.
- 2299 • Moderne Mobilität braucht einen attraktiven Mix aus öffentlichen  
2300 verfügbaren Verkehrsangeboten, die den teuren Individualverkehr an vielen  
2301 Stellen überflüssig machen. Damit dies kein Lippenbekenntnis ist brauchen  
2302 wir die 3-Vs: Verdichtung, Vertaktung und Verfügbarkeit. Neben den Erhalt  
2303 von festen Verkehrsangeboten nach Fahrplan braucht es mehr an Flexibilität  
2304 an den am Bedarf ausgerichteten Angeboten auf Abruf, also dem On-Demand-  
2305 Verkehr bzw. -Angebot. Hierzu zählt u. a. die Nutzung von gemeinsam  
2306 genutzten PKWs, flexiblen Busverbindungen, Ruftaxis und Rufbusangebote.
- 2307 • Wir werden auch zukünftig die tausenden Pendelnde im Land durch den  
2308 vermehrten Einsatz des Jobticket, Pendlerparkplätzen, sowie P+R und  
2309 kombinierten Verkehrsangeboten unterstützen.
- 2310 • Wir wollen da die Tarifintegration ermöglichen, wo durch eine Nutzung des  
2311 Fernverkehrs die Taktdichte für Pendelnde wie beispielsweise auf der  
2312 Saalebahn erhöht werden kann.
- 2313 • Wir werden gemeinsam mit der Deutschen Bahn und den privaten  
2314 Verkehrsgesellschaften Strategien zur Schienen-Anbindung aller Thüringen  
2315 Regionen entwickeln. Unser Ziel ist ein S-Bahn-Takt für Thüringen.
- 2316 • Das Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs ist oft schienengebunden.  
2317 Daher setzen wir uns für die zügige Reaktivierung von stillgelegten  
2318 Bahnstrecken ein. Dort, wo nötig, wie zum Beispiel auf der Strecke  
2319 zwischen Leinefelde und Gotha, setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau  
2320 ein. Zugleich unterstützen wir weiterhin den Ausbau von landesbedeutsamen  
2321 Buslinien um das Streckennetz zu verdichten, da wo es keine Schiene gibt.
- 2322 • Thüringen darf nicht weiter Schlusslicht bei der Elektrifizierung von  
2323 Bahnstrecken sein. Wir setzen uns für die zügige Elektrifizierung der  
2324 Haupt- und Nebenstrecken ein, wie wir bei der Mitte-Deutschland-Verbindung  
2325 schon gezeigt haben.
- 2326 • Wir unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende und hier insbesondere  
2327 bei der Förderung Neuanschaffung von Straßenbahnen und Bussen sowie der  
2328 Umrüstung und dem Erhalt der Infrastruktur wie u. a. Ladestrukturen,  
2329 Betriebshöfen, Schienen, Oberleistungen.
- 2330 • Wir setzen uns für eine integrierte Straßenbauplanung ein, die  
2331 Tiefbauarbeiten und die Verbesserung der Rad- und Fußgängerinfrastruktur  
2332 gemeinsam denkt und verbessert.

- 2333 • Wir investieren massiv in die Thüringer Fahrradinfrastruktur, um neue  
2334 Radwege und Radschnellstraßen zu bauen, aber auch innerörtliche  
2335 Fahrradspuren und sichere Abstellmöglichkeiten einzurichten. Dafür stellen  
2336 wir den Kommunen das Instrument einer Radwegeinvestitionspauschale zur  
2337 Verfügung.
- 2338 • Wir unterstützen die Aktualisierung und Umsetzung der kommunalen  
2339 Radverkehrskonzepte und werden einen landesweiten Masterplan Radwegenetz  
2340 aufstellen. Weiterhin engagieren wir uns in der Arbeitsgemeinschaft  
2341 fahrradfreundlicher Kommunen.
- 2342 • Fußgänger:innen werden in Mobilitätsfragen häufig nicht mitgedacht, obwohl  
2343 ein sehr großer Teil unserer Wege zu Fuß absolviert wird. Wir setzen uns  
2344 daher für mehr verkehrsberuhigte Zonen, mehr Möglichkeiten der  
2345 Straßenquerung, im Bedarfsfall längere Ampelphasen für Fußgänger:innen und  
2346 grundsätzlich Tempo 30 innerorts ein. Künftig werden integrierte  
2347 Nahverkehrskonzepte nur noch gefördert, wenn der Fußverkehr und die  
2348 Notwendigkeit der Barrierefreiheit ausreichend Berücksichtigung finden.
- 2349 • Die Öffentliche Hand soll als Vorreiterin der Elektromobilität agieren.  
2350 Soweit möglich sollen künftig nur noch Dienstwagen auf Landes- und  
2351 Kommunalebene mit alternativen Antrieben angeschafft werden.
- 2352 • Flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur landesweit voranbringen.  
2353 Dafür braucht es auch den Ausbau der Netzinfrastuktur bzw. des  
2354 Stromverteilnetzes vor Ort.
- 2355 • Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes als Grundlage für die Nutzung autonomer  
2356 Mobilitätskonzepte zur intelligenten Vernetzung und Vermeidung von  
2357 Verkehrsplanungsabläufe effizienter gestalten, organisatorische bzw.  
2358 personelle Engpässe beseitigen und Fördermittelnutzbarkeit erhöhen.

#### 2359 **4.4 Bürgernahe und digitale Verwaltung**

2360 Ob Onlinehandel oder KI-Entwicklungen – die digitale Transformation erfasst alle  
2361 gesellschaftlichen Bereiche. Seit 2014 treiben Landesverwaltung und  
2362 Kommunalverwaltungen die Digitalisierung voran, um die Serviceorientierung und  
2363 Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen und auch den Wirtschaftsstandort  
2364 Thüringen zu stärken. Die Landesverwaltung hat in den vergangenen Jahren  
2365 konsequent ihre digitalen Strukturen und Anwendungen erweitert und  
2366 professionalisiert. Neben dem Einsatz energieschonender Technik, sogenannter  
2367 Green IT wurde auch die Garantie der Datensicherheit als wichtige Säule für  
2368 Vertrauen in Online-Services gestärkt. Dort wo Menschen Unterstützung für die  
2369 Nutzung digitaler Angebote benötigen, sollen diese angeboten werden.

2370 Wir brauchen eine digitale und nutzerfreundliche Verwaltung. Dies ist das  
2371 wirksamste Instrument um Nutzungsbarrieren für alle Menschen und Unternehmen  
2372 abzubauen.

2373 Das werden wir tun:

2374 Wir verbessern die Rahmenbedingungen

- 2375 • Die zentrale Koordinierung gemeinsamer Aufgaben und Dienste über das  
2376 Thüringer Finanzministerium und das Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)  
2377 ist effizient und soll weiter ausgebaut werden.
  
- 2378 • Die Rolle des Chief Information Officer (CIO) stärken wir zusätzlich durch  
2379 dessen komplette digitale Rahmenverantwortung der Landesregierung für die  
2380 digitale Transformation und dieser zusätzlich die Funktion des Chief  
2381 Digital Officer (CDO) ausfüllt.
  
- 2382 • Wir bündeln die operativen Aufgaben im Bereich des E-Governments und der  
2383 Digitalisierung und entwickeln diese weiter zu einem Zentrum für digitale  
2384 Transformation in der Landesverwaltung. Dieses kann die Ressorts bei E-  
2385 Governmentvorhaben und der digitalen Transformation unterstützen.
  
- 2386 • Quelloffene Software und offene Standards sollen künftig konsequent  
2387 Vorrang genießen, soweit sie wirtschaftlicher und vergleichbar funktional  
2388 ist.
  
- 2389 • Wir setzen den eingeschlagenen Weg hin zu einem Open-Source-Arbeitsplatz  
2390 in der Landesverwaltung fort, um die Abhängigkeit von großen  
2391 Softwarefirmen zu verringern. Wir wollen eine aktive Rolle bei der  
2392 Errichtung des neuen geplanten Zentrums für digitale Souveränität (Zendis)  
2393 einnehmen.
  
- 2394 • Wir binden die Kommunen noch intensiver in das CERT des Landes ein und  
2395 werden ein IT-Sicherheits-Gesetz auf den Weg bringen.
  
- 2396 • Wir werden ethische Standards für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in  
2397 der öffentlichen Verwaltung entwickeln und zur Erprobung konkreter  
2398 Anwendungsfälle ein Kompetenzzentrum in der Thüringer Landesverwaltung  
2399 einrichten. Statistische KI-Entscheidungen müssen als solche  
2400 gekennzeichnet werden, sowie transparent und nachvollziehbar sein. Wir  
2401 setzen dafür ein, dass ein Rechtsanspruch geschaffen wird, von KI  
2402 gefällten Entscheidungen durch einen Menschen überprüfen zu lassen, nach  
2403 dem Vorbild Schleswig-Holsteins.



- 2404 • Offene Daten sind ein wichtiger Rohstoff unserer digitalen Welt.  
2405 Behördliche Daten über die Umwelt, Geodaten, wollen wir maschinenlesbar  
2406 für Wirtschaft und Öffentlichkeit nutzbar machen.

## 2407 Wir unterstützen die Kommunen

- 2408 • Wir setzen den Weg fort, Kommunen zentrale Dienste unentgeltlich zur  
2409 Verfügung zu stellen und fördern die Kommunen weiterhin bei der  
2410 Digitalisierung ihrer Verwaltungen. Wir stärken hierbei die Rolle der KIV  
2411 als dem zentralen IT-Dienstleister für die Kommunen.
- 2412 • Wir prüfen die Konzentration übertragener kommunaler Aufgaben mit dem  
2413 Ziel, die Digitalisierung ortsungebundener Leistungen schneller und  
2414 effizienter umzusetzen.
- 2415 • Den Kommunen wollen wir flächendeckende, einheitliche Onlinedienste zur  
2416 Verfügung stellen. Gemeinsam mit den Kommunen streben wir eine  
2417 einheitliche Cloud-Lösung an.
- 2418 • An der Finanzierung zentraler Anwendungen durch das Land auch für die  
2419 Kommunen werden wir festhalten. Dies gilt im Einzelfall auch für  
2420 Fachverfahren, wenn dadurch die notwendige Konsolidierung vorangetrieben,  
2421 Standards durchgesetzt und Komplexität vermindert wird.
- 2422 • Wir stellen zentrale Basisdienste für eine Onlineverwaltung den Kommunen  
2423 durch das Land zur Verfügung. Dazu zählen insbesondere Plattformen für die  
2424 Online-Verwaltungsleistungen, über die Bürgerinnen und Bürger elektronisch  
2425 Anträge einreichen, unterschreiben und bezahlen können.
- 2426 • Wir werden ein Innovationslabor "Tech4Thüringen" an die Digitalagentur  
2427 Thüringen andocken, in dem digitale Vorreiter:innen des öffentlichen  
2428 Sektors mit Digitaltalenten aus der Privatwirtschaft in agilen Teams neue  
2429 Technologien für die digitale Verwaltung entwickeln.

## 2430 Wir treiben die digitale Transformation voran

- 2431 • Mit einem verbindlichen „Digitalcheck“ für Gesetze und Verordnungen  
2432 reduzieren wir Formvorschriften und vereinfachen Prozesse.
- 2433 • Wir schaffen ein modernes und digitaltaugliches Verwaltungsverfahrenrecht  
2434 in Thüringen.
- 2435 • Online-Leistungen sollen barrierefrei sein.

- 2436 • Wir streben eine gesetzliche Regelung an, die es den Gemeinden und  
2437 Landkreisen erleichtert, Aufgaben im Bereich der  
2438 Verwaltungsdigitalisierung und der IT-Sicherheit kommunal gebündelt und  
2439 gemeinsam wahrzunehmen.

## 2440 Wir modernisieren die Register

- 2441 • Bis 2030 streben wir eine möglichst vollständige Modernisierung der  
2442 wichtigsten Verwaltungsregister in Thüringen an. Wir schaffen die  
2443 rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür, dass die darin  
2444 gespeicherten Daten von allen berechtigten Verwaltungsträgern abgerufen  
2445 werden können, wenn durch Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen  
2446 Verwaltungsleistungen beantragt werden.
- 2447 • Wir wollen, dass Thüringerinnen und Thüringer deutschlandweit und im EU-  
2448 Ausland komfortabel Verwaltungsleistungen beantragen können. Dazu werden  
2449 wir die Register in Thüringen mit den nationalen und den europäischen  
2450 Registern verbinden.
- 2451 • Um insbesondere die kommunalen registerführenden Stellen zu entlasten,  
2452 prüfen wir die Einrichtung weiterer Spiegel- und Zentralregister.
- 2453 • Durch die Einbindung eines Datenschutzcockpits gewährleisten wir, dass für  
2454 die Bürgerinnen und Bürger jederzeit nachvollziehbar und transparent ist,  
2455 in welchen Fällen dazu berechnigte öffentliche Stellen ihre Daten und  
2456 Nachweise in Verwaltungsverfahren verwendet haben.

## 2457 Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Personalbindung und -gewinnung

- 2458 • Flexibles Mobiles Arbeiten ist eine Voraussetzung zur Bindung und  
2459 Gewinnung von Fachkräften. Wir wollen die Möglichkeiten gemeinsam mit den  
2460 Personalräten weiter ausbauen.
- 2461 • Darüber hinaus werden wir in bestehenden Landesliegenschaften Co-Working-  
2462 Spaces einrichten.
- 2463 • Mit der IT-Laufbahn und den Studiengängen Verwaltungsinformatik an der  
2464 dualen Hochschule Gera Eisenach (DHGE) und der Fachhochschule Schmalkalden  
2465 gehen wir einen richtigen Weg weiter.
- 2466 • Die laufbahnrechtlichen Möglichkeiten wollen wir umfassend nutzen und  
2467 erweitern, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

- 2468
- 2469
- Die IT-Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter werden wir stärken. Dabei binden wir Angebote wie den EGovCampus über unsere Hochschulen ein.
- 2470
- 2471
- Wir stärken IT-kompetenzen von Führungskräften durch verbindliche Fortbildungen.

## 2472 **5. Beste Bildung und erstklassige Wissenschaft**

2473 Unser sozialdemokratisches Bildungsversprechen ist Chancengleichheit. Jeder und  
2474 Jede muss das Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen erhalten. Wir wollen,  
2475 dass der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder  
2476 Herkunft beeinflusst wird. Wir wollen, dass unser Bildungssystem das  
2477 Handwerkzeug für die eigene Mündigkeit auf dem Weg gibt. Unser  
2478 Chancenversprechen gilt dabei ein Leben lang. Bildung vermittelt Orientierung  
2479 und ermöglicht Emanzipation, Teilhabe und Mitbestimmung. Wir schaffen  
2480 Aufstiegschancen in allen Bereichen der allgemeinen, beruflichen und  
2481 akademischen Bildung. Mit einem offenen System der Aus- und Weiterbildung  
2482 bekommen alle die Chance, beruflich Schritt zu halten oder aufzusteigen.

### 2483 **5.1 Schule**

2484 Wir wollen eine Schule für alle. Mit der Thüringer Gemeinschaftsschule haben wir  
2485 einen Paradigmenwechsel zu einem sozial gerechten Schulsystem in Thüringen  
2486 gelegt. Die Herausforderungen des Lehrer:innenmangels und des Stundenausfalls  
2487 werden wir mit neuen Lösungen angehen und Thüringen wieder zu einem  
2488 erfolgreichen Bildungsland machen.

2489 Den Bildungsauftrag zu erfüllen, so dass Unterricht stattfindet und  
2490 Schüler:innen die Schule mit einem Abschluss verlassen, ist oberste Priorität.  
2491 Dafür ergreifen wir Maßnahmen in verschiedenen Bereichen: Wir stellen uns  
2492 weiterhin der zentralen bildungspolitischen Herausforderung des Schulwesens, dem  
2493 Lehrer:innenmangel zu begegnen und so weiterhin flächendeckend den Unterricht  
2494 für alle Schüler:innen zu gewährleisten.

2495 Das werden wir tun:

- 2496
- 2497
- 2498
- 2499
- 2500
- 2501
- 2502
- 2503
- Wir wollen den gemeinsamen Schulbesuch möglichst ohne Schulwechsel von der 1. Klasse an ermöglichen und das längere Gemeinsame Lernen stärken. Die Thüringer Gemeinschaftsschule mit den Klassenstufen 5 bis 10 ist nur eine umbenannte Regelschule. Mit der Thüringer Gemeinschaftsschule haben wir seit mehr als einem Jahrzehnt ein Erfolgsmodell, das wir durch Förderung des Zusammenschlusses von Grund- und Regelschulen, Förderschulen sowie Gymnasien auch zukünftig weiter stärken wollen. Der Zusammenschluss und die Erweiterung von Schulen zu einer Thüringer Gemeinschaftsschule soll

- 2504 der Grundsatz werden. Dazu schaffen wir verbindliche rechtliche Vorgaben  
2505 mit Übergangszeiten von maximal 5 Jahren. Bestehende Schulkooperationen  
2506 unterstützen wir als ersten Schritt hin zur Gründung einer  
2507 Gemeinschaftsschule. Die Schulaufsicht begleitet eng die Aufstellung und  
2508 Weiterentwicklung des Gemeinschaftsschulkonzepts.
- 2509 • Die Schulen werden mehr Entscheidungen selbst treffen können. Das  
2510 Schulbudget werden wir den Schulen zur eigenverantwortlichen  
2511 Bewirtschaftung pauschal zur Verfügung stellen.
  - 2512 • Die Thüringer Schulämter werden wir nachhaltig stärken – durch  
2513 zusätzliches und leistungsgerecht bezahltes Fachpersonal, dessen  
2514 Personalstellen wir aus dem Bildungsministerium umverlagern, und durch  
2515 eine deutliche Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse. Die Schulämter  
2516 werden so zum wichtigsten, regional verankerten und daher um die Probleme  
2517 vor Ort wissenden Ansprechpartner der Schulen in allen Fragen der  
2518 Schulqualität und Schulentwicklung, der Personalgewinnung, des Einsatzes  
2519 von Seiteneinsteiger:innen und der Digitalisierung schulischer Bildung.
  - 2520 • Der Landesschulbeirat wird in seinen Kompetenzen deutlich gestärkt. Er  
2521 erhält insbesondere ein eigenes Initiativrecht. So kann er das Ministerium  
2522 auffordern, für ein erkanntes Problem eine Lösung in einer bestimmten  
2523 Frist zu erarbeiten. Der Lösungsvorschlag ist dann dem Landesschulbeirat  
2524 vorzulegen. Die Arbeit des Gremiums erfolgt transparent und wird  
2525 vollständig veröffentlicht.
  - 2526 • Zudem wird der Landesschulbeirat regelmäßig im für Bildung zuständigen  
2527 Ausschuss des Thüringer Landtags um Stellungnahme zum aktuellen  
2528 Arbeitsprozess gebeten. So wollen wir sicherstellen, dass die  
2529 Zusammenarbeit von Beirat und Ministerium fruchtbar und erfolgreich im  
2530 Sinne der Praxisrelevanz, Qualität und umgehender Lösungen für bestehende  
2531 oder sich abzeichnende Probleme erfolgt.
  - 2532 • Unsere Schulen brauchen nicht nur bestmögliche Unterstützung durch die  
2533 Schulämter, sondern auch weitgehende Entlastung von Bürokratie und  
2534 Verwaltungsarbeit. Die Schulleitungen, aber auch jede:r einzelne Lehrer:in  
2535 sollen sich künftig auf die pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren  
2536 können. Daher werden wir an allen Schulen Verwaltungsassistent:innen  
2537 einstellen, die sich um Antrags- und Meldeverfahren, Schulstatistik und  
2538 Datenaufbereitung, die Verwaltung von Schulbudgets und Schulkonten, die  
2539 Organisation von Veranstaltungen und Klassenfahrten und noch einiges  
2540 andere kümmern werden. Gleichzeitig sollen viele bürokratische und an  
2541 allen Schulen wiederkehrende Aufgaben in zentrale Servicestellen bei den  
2542 Schulämtern verlagert werden. Weiterhin werden wir mittelfristig die

- 2543 Möglichkeit des Einsatzes weiteren Verwaltungspersonals an den Schulen  
2544 prüfen, um Lehrkräfte von unterrichtsfremden Aufgaben weiter zu entlasten.
- 2545 • Lehrer:innenmangel und Stundenausfall sind ein bundesweites Problem, vor  
2546 dem auch Thüringen nicht verschont bleibt. Wir müssen daher in den  
2547 kommenden Jahren alle Möglichkeiten nutzen, um die Schulen mit dem  
2548 benötigten Lehrer:innenpersonal auszustatten und die Unterrichtsversorgung  
2549 weiterhin in der Fläche aufrechtzuerhalten. Dafür ist eine grundlegende  
2550 Reform der Lehrer:innenausbildung unumgänglich. Die derzeit  
2551 schulartbezogene Ausbildungsform lässt trotz verschiedener in den  
2552 vergangenen Jahren unternommener Verbesserungen des Laufbahn- und  
2553 Besoldungsrechts keinen wirklich flexiblen und dauerhaften Einsatz von  
2554 Lehrkräften über die Grenzen der Schularten hinweg zu. Unser Ziel ist es  
2555 daher, ein Lehramt für die Sekundarstufe I und II einzuführen und damit  
2556 die breite Einsatzfähigkeit des so ausgebildeten Personals sowohl an den  
2557 Gymnasien als auch an den Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und  
2558 Gesamtschulen zu ermöglichen.
- 2559 • Wir werden eine Übernahmegarantie für Referendar:innen (bei Bestehen der  
2560 Prüfungen) einführen. Die Verwaltungsgebühr zur „Feststellung der  
2561 Gleichwertigkeit von Abschlüssen“ wird künftig entfallen.
- 2562 • Wir sind überzeugt davon, dass Thüringen dem Vorbild anderer Länder (z. B.  
2563 Österreich, Schweiz, Dänemark) folgen und ein Jahresarbeitszeitmodell für  
2564 alle Lehrkräfte einführen sollte. Dieses Modell legt nicht nur die  
2565 wöchentlichen Unterrichtsverpflichtungen fest, sondern auch, welche  
2566 Arbeitszeit eine Lehrkraft insgesamt pro Woche zu erbringen hat und welche  
2567 Aufgaben überhaupt zum Lehrer:innenberuf gehören und welche nicht. Das  
2568 wird dann die Ausgangsbasis dafür, die Thüringer Lehrer:innen konsequent  
2569 von Bürokratie und Verwaltungsarbeit zu entlasten und ihnen mehr Freiraum  
2570 für ihre pädagogischen Kernaufgaben zu verschaffen.
- 2571 • Thüringen muss endlich mehr Lehrer:innen für Mangelfächer gewinnen. Dies  
2572 kann erreicht werden, indem wir in Mangelfächern Studierende bereits mit  
2573 Aufnahme des Studiums in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf analog zu den  
2574 Referendar:innen berufen. So unterstützen wir die Studierenden bei ihrem  
2575 Lebensunterhalt und gleichzeitig können wir gemeinsam mit den Hochschulen  
2576 bereits im Studium vermehrt schulpraktische Ausbildungsabschnitte  
2577 integrieren.
- 2578 • Priorität hat für uns, ausreichend grundständig qualifizierte Lehrer:innen  
2579 für den Schuldienst auszubilden und einzustellen. Wir wissen aber auch,  
2580 dass in den nächsten Jahren nicht ausreichend Absolvent:innen zur  
2581 Verfügung stehen. Deshalb benötigen wir weiter Seiteneinsteiger:innen für  
2582 den Schuldienst. Vor dem Einsatz im Unterricht müssen die

- 2583 Seiteneinsteiger:innen ausreichend qualifiziert werden. Während des  
2584 Einsatzes wollen wir ihnen ein Unterstützungssystem zur Seite stellen.  
2585 Nach einer Bewährungsphase wollen wir ihnen nach einer erfolgreichen  
2586 Lehrprüfung auch in die Möglichkeit der Verbeamtung eröffnen.
- 2587 • Die Schul- und Unterrichtsorganisation ist keine Banalität – sie  
2588 beeinflusst das Lernen und Leben von Kindern und jungen Menschen. Deshalb  
2589 muss die Schule auch auf sie ausgerichtet werden: Der Unterricht startet  
2590 oftmals viel zu früh am Tag. Nachweislich ist die Lernfähigkeit junger  
2591 Menschen stark verringert, wenn gegen ihren Biorhythmus der Unterricht  
2592 bereits um 7:30 Uhr beginnt und sie möglicherweise bereits eine Stunde  
2593 Schulweg hinter sich haben. Schule darf deshalb nicht vor 09:00 Uhr  
2594 beginnen. Ebenso ist es wissenschaftlich erwiesen, dass durchgehende  
2595 Unterrichtseinheiten von 90 Minuten zu lang für die Konzentrationsspanne  
2596 sind. In unserem Konzept der Ganztagschule verkürzen wir daher diese  
2597 Zeitintervalle auf 45 bis maximal 60 Minuten.
- 2598 • Wir stellen die vermeintlichen Defizite von Schüler:innen nicht in den  
2599 Mittelpunkt, sondern deren individuellen Stärken, Interessen und  
2600 Bedürfnisse. Damit stellen wir sicher, dass sie die Erfahrung von  
2601 Selbstwirksamkeit machen. Die Schule trägt die Verantwortung für den  
2602 Lernerfolg jeder Schülerin, jedes Schülers und organisiert verbindlich die  
2603 passenden Lernangebote. Dies soll in die Thüringer Schulordnung oder in  
2604 das Thüringer Schulgesetz aufgenommen werden. Die bisherige einseitige  
2605 Ausrichtung auf Eigenverantwortlichkeit hat sich nicht bewährt.
- 2606 • Wir werden im schulischen Kontext individuelle Beurteilungen und  
2607 Entwicklungsgespräche zur Bewertung der Schüler:innen fördern. Diese  
2608 sollen künftig die Benotung der Schulleistungen bis zur 4. Klasse  
2609 ersetzen. Damit wird verhindert, dass bereits die jüngsten Schüler:innen  
2610 in ein künstliches, numerisches System gezwängt werden, das unnötigen  
2611 Druck aufbaut, anstatt bisherige Fähigkeiten und Erlerntes aufzuzeigen.
- 2612 • Wir etablieren das Konzept Ganztagschule thüringenweit. Dabei reicht die  
2613 Hortbetreuung nach Ende des regulären Unterrichts explizit nicht aus.  
2614 Unterrichts-, Freizeit- und Unterstützungsangebote sollen, sich über den  
2615 Tag verteilt, abwechseln. So erhalten Schüler:innen ausreichend zeitliche  
2616 Regenerationsräume. Die Schule kann regional Verankerung finden,  
2617 beispielsweise durch Kontakte zu örtlichen Vereinen und Angeboten.
- 2618 • Die Thüringer Schüler:innenschaft wird zusehends heterogener, was alle  
2619 Lehrer:innen im Hinblick auf die Realisierung schulischer Inklusion und  
2620 die Ermöglichung individueller Förderung vor wachsende Herausforderungen  
2621 stellt. Wichtige Lösungsansätze sind für uns an dieser Stelle der weitere  
2622 Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens sowie der Ausbau von

- 2623 Ganztagschulen. Wenn sich eine Schulkonferenz entscheidet, sich ein  
2624 Ganztagschulkonzept zu geben, werden vom Land Thüringen die benötigten  
2625 personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen bereitgestellt bzw.  
2626 werden die Kommunen dabei unterstützt. Des Weiteren werden die  
2627 Baurichtlinien für Schulsanierungen und Schulneubau so angepasst, dass  
2628 Ganztagschule ermöglicht wird. Zudem wollen wir mit Hilfe eines  
2629 transparenten und verlässlichen Personalbemessungssystems und anhand von  
2630 Sozialindikatoren an allen Schulen multiprofessionelle pädagogische Teams  
2631 etablieren, in denen neben den angestammten Lehrkräften bedarfsgerecht und  
2632 an der jeweiligen Situation vor Ort orientiert Förderpädagog:innen, DaZ-  
2633 Lehrer:innen, Pädagogische Assistenzkräfte und Schulsozialarbeiter:innen  
2634 kooperativ und arbeitsteilig zusammenwirken.
- 2635 • Grundlage der gemeinsamen Arbeit ist ein individuelles Schulkonzept, das  
2636 sich insbesondere den Fragen einer guten Berufsorientierung, einer Senkung  
2637 von Schulabbrecher:innenquoten und der Vernetzung in den Sozialraum  
2638 widmet. Für Schulen mit besonders hohen sozialen Herausforderungen braucht  
2639 es die beste Ausstattung.
- 2640 • Wir werden gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass unsere Schulen  
2641 schnellstmöglich mit Gigabit-Anschlüssen ausgestattet werden, diese auch  
2642 nutzen können und letztlich die digitale Ausstattung erhalten.
- 2643 • Die Schule von morgen ist digital. Digitale Bildung muss daher ihren  
2644 Niederschlag in allen Phasen der Lehrer:innenbildung und in den Lehrplänen  
2645 der Schulen finden. Nur entsprechend ausgebildete Pädagog:innen werden in  
2646 der Lage sein, das digitale Equipment nicht nur als technische Ergänzung  
2647 gewohnter Unterrichtsmaterialien zu sehen, sondern es auch sinnvoll  
2648 einzusetzen. Um die Digitalität in den Schulen weiter voranzubringen,  
2649 braucht es ebenso eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale  
2650 Geräte. Zudem wollen wir das Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte,  
2651 insbesondere zum Thema digitale Bildung, erweitern.
- 2652 • Darüber hinaus wollen wir in den Lehrplänen vermehrt den Umgang mit  
2653 (sozialen) Medien und der digitalen Welt thematisieren. Ein kritischer  
2654 Blick auf die Entwicklungen und die Stärkung der digitalen Resilienz  
2655 junger Menschen muss erklärtes Unterrichtsziel werden.
- 2656 • Die Thüringer Schulcloud muss weiter ausgebaut und zu einer wichtigen  
2657 Ergänzung des Unterrichts von morgen werden. Die Cloud muss für alle  
2658 nutzbar und deshalb barrierefrei umgesetzt werden.
- 2659 • Um ein verlässliches, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot in  
2660 Unterricht und Hort gerade auch an kleinen Schulen zu ermöglichen, haben  
2661 wir mit der letzten großen Schulgesetznovelle verschiedene

2662 Kooperationsmodelle eröffnet. Wir wollen diese Kooperationen gezielt  
2663 fördern, um den Schulstandorten eine gute Perspektive zu eröffnen.

2664 • Bessere Schulen für alle zu entwickeln, heißt für uns auch, Familien  
2665 spürbar von Kosten zu entlasten, die mit einem Schulbesuch einhergehen.  
2666 Wir werden für alle Schulkinder ein kostenloses gesundes Mittagessen  
2667 finanzieren.

2668 • Wir lehnen jegliche Kürzungen des Sozialkundeunterrichts an den Thüringer  
2669 Schulen ab. Sozialkunde ist das zentrale Fach demokratischer Bildung im  
2670 Schulbereich, deswegen werden wir ihn ausbauen. Gerade in Zeiten des  
2671 Erstarkens von Rechten und der Extremen Rechten ist es umso wichtiger,  
2672 einen Schwerpunkt bei der schulischen Demokratiebildung zu setzen.  
2673 Demokratische und politische Bildung darf aber nicht auf ein Fach begrenzt  
2674 werden. Die Lehrpläne aller Schulfächer sind demokratiefördernd  
2675 auszurichten.

2676 • Schüler:innen werden momentan nur sehr selten in gesamtschulische  
2677 Angelegenheiten einbezogen. Das ist mit unserer Vorstellung von Schule als  
2678 Diskussions- und Partizipationsort nicht vereinbar. Wir setzen uns für  
2679 stärkere Mitwirkungsrechte der Schüler:innen ein. Deshalb strukturieren  
2680 wir die Schulkonferenz neu: Schüler:innen werden künftig die Hälfte  
2681 ausmachen. Dazu soll die Schulkonferenz nach Berliner Modell aufgewertet  
2682 werden, nach dem hier wichtige Entscheidungen über gesamtschulische  
2683 Angelegenheiten abgestimmt werden. Zudem werden wir die Stimmberechtigung  
2684 der Schüler:innenvertreter:innen in Klassenkonferenzen und Fachkonferenzen  
2685 ermöglichen.  
2686 Dies betrifft ebenso die Demokratisierung des Lernens. Der Freistaat  
2687 Thüringen wird Schulen finanziell und beratend unterstützen, die sich in  
2688 dieser Frage auf den Weg machen, zum Beispiel durch Projekte wie AULA, das  
2689 bereits in Thüringen an der Jenaer Planschule in Jena erprobt wurde.

## 2690 **5.2 Ausbildung stärken**

2691 In Thüringen finden ca. 9 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber keinen  
2692 Ausbildungsplatz, obwohl in Thüringen ca. 17 Prozent der Stellen unbesetzt  
2693 bleiben. Über den steigenden Fachkräftebedarf wurde in den vergangenen Jahren  
2694 immer wieder diskutiert. Klar ist, dass wir bis 2030 in Thüringen circa 350.000  
2695 Fach- und Arbeitskräfte brauchen. Im Bereich der Sozialwirtschaft sind es ca.  
2696 80.000. Allein in der Altenpflege werden 8.000 neue Fachkräfte und im  
2697 Erzieher:innenbereich 6.000 bis 10.000 neue Fachkräfte bis 2030 gebraucht. Ein  
2698 Großteil des Fachkräftebedarfs richtet sich auf Ausbildungsberufe. Wir haben  
2699 also jeden Grund, bei jungen Leuten und an den Schulen für die duale Ausbildung  
2700 zu werben. Damit sich junge Menschen für den Weg einer dualen Ausbildung



2701 entscheiden, müssen wir die Ausbildung in Thüringer attraktiver machen.

2702 Das werden wir tun:

- 2703 • Zwar werden in vielen Ausbildungsbranchen Auszubildende händeringend  
2704 gesucht, dennoch fallen junge Leute durch das Raster und finden keinen  
2705 Ausbildungsplatz. Für diese Menschen wollen wir uns einsetzen und eine  
2706 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in Thüringen einführen. Zudem  
2707 bilden immer weniger Unternehmen aus. Wir wollen gesetzlich allen  
2708 Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren. Weiterhin sollen die  
2709 Ausbildungsbedingungen durch einheitliche gesetzlich festgelegte  
2710 Mindeststandards umfassend verbessert werden.
  
- 2711 • Ein Ausbildungsfonds hilft Jugendlichen in der Ausbildung zu unterstützen  
2712 und zu fördern und hilft gleichzeitig kleine Unternehmen, die den Großteil  
2713 der Ausbildungen übernehmen, zu entlasten. Durch den finanziellen Anreiz,  
2714 den der Fonds gibt, wird das "Rosinenpicken" der Unternehmen minimiert und  
2715 auch Bewerber:innen, die eventuell beim ersten Mal durch das Raster fallen  
2716 oder auch jene, die in Übergangs- und Orientierungsprogrammen stecken,  
2717 vermehrt eine Chance gegeben. Somit könnten wiederum mehr junge Menschen  
2718 in Ausbildung kommen. Zudem profitieren alle Betriebe von vielfältigen  
2719 Angeboten, wie Deutschkurse für Azubis, Beratungsangebote, Weiterbildung  
2720 für Auszubildende, Coachings zum Recruiting etc., die insbesondere kleine  
2721 und mittlere Unternehmen bei der Suche nach Auszubildenden und im Verlauf  
2722 der Ausbildung unterstützen sollen. Wir werden prüfen, ob ein solcher  
2723 Fonds auch für Thüringen sinnvoll ist.
  
- 2724 • Wir werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für gute Ausbildung in  
2725 Thüringen schaffen. Dazu gehört die geförderte Errichtung von attraktiven  
2726 und bezahlbaren Wohnungen für Auszubildende: beispielsweise durch die  
2727 Schaffung von Wohnheimplätzen und Azubi-Appartements im ganzen Freistaat.  
2728 Gleichzeitig unterstützen wir mit Fördermitteln die Ertüchtigung von  
2729 Ausbildungsstätten.
  
- 2730 • Die SPD Thüringen setzt sich für eine Stärkung der dezentralen Ausbildung  
2731 ein. Wir nehmen es nicht hin, dass Auszubildende nur zentralisiert an  
2732 einem Standort in Thüringen geschult werden oder teilweise in andere  
2733 Bundesländer fahren müssen. Weiteren Zentralisierungsbestrebungen  
2734 erteilen wir eine Absage, explizit auch bei kleiner werdenden  
2735 Ausbildungsklassen.
  
- 2736 • Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist noch viel zu oft die  
2737 Hürde, an der viele Jugendliche der Übergang in eine selbstbestimmte  
2738 Zukunft erschwert wird und Betriebe ihre zukünftigen Fachkräfte verlieren.  
2739 Wir werden die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsinstrumente für

2740 Betriebe sowie Bewerberinnen und Bewerber bedarfsgerecht ausbauen und  
2741 verstärken. Dazu gehört für uns auch, das Konzept der Produktionsschulen  
2742 in Thüringen pilothaft zu erproben und bei Erfolg flächendeckend  
2743 einzuführen.

2744 • Die duale Berufsausbildung ist ein Eckpfeiler unserer Wirtschaft und des  
2745 Thüringer Arbeitsmarktes. Wir werden daher zusammen mit den Kammern eine  
2746 Kampagne für die duale Ausbildung auflegen. Darüber hinaus werden wir in  
2747 Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern prüfen, ob wir Handwerker-  
2748 gymnasien bedarfsgerecht in allen Kammerbezirken aufbauen können.

2749 • Bei der Weiterentwicklung des Thüringer Berufsschulnetzes ist uns der  
2750 Erhalt von Schulstandorten wichtig. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist  
2751 dabei die Erreichbarkeit der zuständigen beruflichen Schule für die  
2752 Auszubildenden. Hierfür brauchen wir geeignete schul- und  
2753 unterrichtsorganisatorische Konzepte für einen angemessenen (zeitlichen)  
2754 Aufwand zum Erreichen der beruflichen Schule.

## 2755 **5.3 Hochschulen und Studium**

2756 Wissenschaft ist einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft: in  
2757 Forschung, Lehre und Transfer in die Gesellschaft. Deswegen kommt den  
2758 Hochschulen eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung Thüringens zu. Als  
2759 Thüringer SPD setzen wir uns für eine leistungsfähige Hochschullandschaft ein.  
2760 Ihre Attraktivität erhält sie durch die besonderen Profile der staatlichen  
2761 Hochschulen. Die Thüringer Hochschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass  
2762 sie erfolgreich im Wettbewerb mit anderen deutschen Universitäten und  
2763 Fachhochschulen mitspielen können. Damit die Hochschulen ihre Potenziale voll  
2764 entfalten können, bedarf es einer auskömmlichen Grundfinanzierung, die sich an  
2765 den wissenschaftsbezogenen Kostensteigerungen orientiert und mit einem  
2766 Strategieaufschlag zusätzliche Entwicklungsoptionen bietet. Die staatlichen  
2767 Hochschulen müssen frei von wirtschaftlichen Interessen und staatlicher  
2768 Bevormundung agieren können. Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie und der  
2769 offene Diskurs sind die Voraussetzungen dafür, dass sie ihre zahlreichen  
2770 Aufgaben in der und für die Gesellschaft erfüllen können.

2771 Das werden wir tun:

2772 • Für uns darf das Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – von  
2773 der Entscheidung, ob überhaupt studiert wird, bis zur Frage, wie schnell  
2774 und wie erfolgreich das Studium verläuft. Deshalb wollen wir auf  
2775 Bundesebene daraufhinwirken, dass wir das BAföG als Fundament der  
2776 Studienfinanzierung stärken. So wollen wir Aufstiegschancen durch Bildung  
2777 ermöglichen. Dabei stehen wir für eine kontinuierliche Anpassung und  
2778 Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Hebung von Altersgrenzen,

- 2779 die Schließung des „Mittelstandslochs“ durch die Möglichkeit der Gewährung  
2780 eines Vollkreditdarlehens und die Beseitigung bestehender Förderlücken.
- 2781 • Langzeitstudiengebühren an den Thüringer Hochschulen werden wir  
2782 abschaffen. Ein Studium in der Regelstudienzeit ist oft nur für diejenigen  
2783 mit wohlhabenden Elternhaus leistbar, die nicht auf Zuverdienste  
2784 angewiesen sind und lässt zudem wenig bis keinen Platz für  
2785 gesellschaftliches, sportliches, kulturelles oder soziales Engagement.  
2786 Dies sind aber neben dem Studium wichtige Fähigkeiten und  
2787 Erfahrungshorizonte, die im Lebensabschnitt des Studiums Raum haben  
2788 müssen. Daher wird die Überschreitung der Regelstudienzeit nicht mehr als  
2789 Grund für eine Exmatrikulation oder die Ablehnung eines Platzes im  
2790 Studierendenwohnheim fungieren dürfen.
- 2791 • Das Studierendenwerk werden wir dabei unterstützen, die Bearbeitung von  
2792 BAföG-Anträgen zu beschleunigen und den Antragsstau abzubauen. Ziel muss  
2793 es sein, dass ein gestellter BAföG-Antrag innerhalb von drei Monaten  
2794 abschließend bearbeitet wird. Außerdem muss bei Einreichung von  
2795 Folgeanträgen bis zwei Monate vor Ende des aktuellen Bewilligungszeitraums  
2796 stets eine lückenlose Förderung gewährleistet sein.
- 2797 • Unser Ziel ist es, allen sozialen Gruppen den Zugang zur Hochschulbildung  
2798 zu garantieren. Deshalb wollen wir mehr Menschen aus bislang an den  
2799 Hochschulen unterrepräsentierten Gruppen ein Studium ermöglichen,  
2800 insbesondere Menschen, deren Eltern nicht studiert haben. Initiativen wie  
2801 „Arbeiterkind“ werden wir weiter unterstützen.
- 2802 • An unseren Hochschulen sollen Menschen aus ganz unterschiedlichen  
2803 gesellschaftlichen Bereichen und Kulturen, mit verschiedenen  
2804 Lebenserfahrungen und -entwürfen gemeinsam lernen und lehren, forschen und  
2805 zusammenarbeiten. Denn aus dieser Vielfalt entstehen spannende Diskurse  
2806 und neue Ideen. Wir setzen uns für niedrigschwellige Begegnungs- und  
2807 Austauschangebote, mehr internationale Gastwissenschaftlerinnen und  
2808 Gastwissenschaftler und die gemeinsame Entwicklung digitaler Lehre mit  
2809 internationalen Partnern ein.
- 2810 • Für die Studierenden setzen wir uns auch auf Bundesebene für einen neuen  
2811 Sozialpakt Hochschule ein. Dieser muss über eine angemessene  
2812 Studienfinanzierung hinausgehen und auch langfristig finanzierbaren  
2813 studentischen Wohnraum und günstige Preise in der Essensversorgung der  
2814 Menschen absichern. Hierzu wollen wir in Thüringen die Finanzierung des  
2815 Studierendenwerks – analog zu den Hochschulen – langfristig sichern und  
2816 jährlich erhöhen.
- 2817 • Wir werden die Blaupause der Hochschulsozialarbeit an der Hochschule

- 2818 Nordhausen auf alle Thüringer Hochschulen ausweiten.
- 2819 • Für uns ist ausgezeichnete Lehre zentraler Baustein einer zukunfts- und  
2820 studierendenorientierten Hochschule. Wir setzen uns daher für eine  
2821 Aufwertung der Lehre an den Thüringer Hochschulen, umfassende technische  
2822 und didaktische Unterstützung für Lehrveranstaltungen und für eine  
2823 Qualitätssicherung unter maßgeblicher Beteiligung der Studierenden ein.
- 2824 • Unsere Hochschulen als Ideenentwickler und Impulsgeber: Für uns  
2825 Sozialdemokraten kommt den Hochschulen eine wichtige Rolle in der  
2826 Gesellschaft zu: sie generieren neues Wissen, entwickeln originelle Ideen  
2827 und geben Impulse weit über den akademischen Kontext hinaus. In dieser  
2828 Rolle werden wir die Hochschulen stärken, ihre Vernetzung mit  
2829 (insbesondere der kommunalen) Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
2830 unterstützen.
- 2831 • Unsere Hochschulen als „Problemlöser“: Es sind die Hochschulen, an denen  
2832 künftige Fach- und Führungskräfte die Kompetenzen erwerben, die sie für  
2833 die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen benötigen. Wir stärken die  
2834 Hochschulen darin, das Studienangebot so zu gestalten, dass die  
2835 Studierenden für Zukunftsaufgaben qualifiziert werden und in ihrem  
2836 späteren beruflichen Umfeld wie auch als aktive Mitglieder der  
2837 Gesellschaft einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten  
2838 können.
- 2839 • Unsere Hochschulen international: Die Thüringer Hochschulen sind  
2840 international ausgerichtet und eingebunden. Als weltoffene  
2841 Bildungseinrichtungen sorgen sie für die Gewinnung, Integration und  
2842 Bindung internationaler Studierender, Lehrender und Forschender. Dazu  
2843 gehört, dass die Hochschulen internationale Studierende frühzeitig über  
2844 Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region informieren und – gemeinsam mit  
2845 den Kommunen und der Wirtschaft – beim Übergang in den regionalen  
2846 Arbeitsmarkt begleiten. Entsprechende Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen  
2847 an den Hochschulen unterstützen wir. Zugleich sehen wir die Hochschulen  
2848 bei ihren internationalen Aktivitäten, gerade auch bei der Zusammenarbeit  
2849 mit Partnern in autokratischen Staaten, grundlegenden demokratischen  
2850 Werten und der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet. Wir bestärken sie  
2851 darin, Impulse für globalen gesellschaftlichen Fortschritt zu geben.
- 2852 • Um Studierende von den Vorteilen eines Studiums in Thüringen zu  
2853 überzeugen, werden wir die Standortvorteile sowie die besten  
2854 Betreuungsverhältnisse oder die überdurchschnittliche Zahl von  
2855 Wohnheimplätzen pro Studierenden nachhaltig sichern und bewerben.
- 2856 • Duales Hochschulstudium: Wir setzen auch weiter auf die erfolgreiche

2857 Zusammenarbeit der Dualen Hochschule mit den Unternehmen in der Region, um  
2858 Fachkräfte in und für Thüringen auszubilden. Wir werden das duale  
2859 Hochschulstudium durch Kooperationen der Dualen Hochschule mit den  
2860 Fachhochschulen auch im Masterbereich ausbauen.

2861 • Gute Schule verlangt bestens qualifizierte Lehrkräfte. Daher werden wir  
2862 die Hochschulen bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung auch künftig  
2863 unterstützen. Schwerpunkte sehen wir in spezifischen Lehrangeboten vor  
2864 allem in den naturwissenschaftlichen Fächern und der Mathematik. Auch bei  
2865 der Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit heterogenen Schülergruppen  
2866 und bei der Medienbildung bedarf es neuer Ansätze.

2867 • Wir werden durch neue Instrumente des Zusammenwirkens von Hochschulen,  
2868 Gründungsinteressierten und einer professionellen Beratungsstruktur die  
2869 Voraussetzungen schaffen, dass Ausgründungen aus Hochschulen schneller  
2870 erfolgen können.

2871 • Hochschulfinanzierung: Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung  
2872 der Hochschulen auf hohem Niveau bis mindestens 2030 fortschreiben und  
2873 sichern, indem wir den Empfehlungen des Wissenschaftsrates weiter folgen  
2874 und den Hochschulen jährlich die wissenschaftsspezifischen  
2875 Kostensteigerungen plus 1 Prozent als Aufwuchs garantieren. Das in  
2876 Thüringen bewährte Modell der langfristigen Finanzierungssicherheit durch  
2877 Rahmenvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen setzen wir  
2878 fort.

2879 • Um auch die wissenschaftliche Recherchearbeit auf den aktuellen Stand zu  
2880 bringen, werden wir für den Lizenzerwerb digitaler Literatur mehr Mittel  
2881 zur Verfügung stellen. Dies gilt ebenso für die Anschaffung zeitgemäßere  
2882 Mediengeräte sowie Programme als auch für die entsprechende Schulung des  
2883 Personals.

2884 • Die FSU Jena hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich einen  
2885 Exzellenzcluster eingeworben. Dies ist ein Beleg für die hervorragende und  
2886 hoch kompetitive Forschungsqualität, die den Thüringer  
2887 Wissenschaftsstandort international sichtbar macht sowie weitere  
2888 Spitzenforschung und -wissenschaftler nach sich ziehen wird. Auf dieser  
2889 Grundlage unterstützen wir exzellente Thüringer Hochschulen dabei, weitere  
2890 Exzellenzcluster und gezielt großformatige Drittmittelprojekte bei der  
2891 DFG, beim BMBF und bei der EU einzuwerben, um den Forschungsstandort  
2892 Thüringen aufzuwerten.

2893 • Als wichtige Arbeitgeber in diesem Land werden wir die Thüringer  
2894 Hochschulen dabei unterstützen, auch in der Zukunft attraktiv für die  
2895 Fachkräfte von morgen zu sein: für den wissenschaftlichen Nachwuchs,

- 2896 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und nichtwissenschaftliches  
2897 Personal. Deshalb wollen wir das Prinzip „Gute Arbeit“ in den Hochschulen  
2898 weiter umsetzen. Dazu gehört, dass Daueraufgaben grundsätzlich von  
2899 Dauerbeschäftigten erledigt werden.
- 2900 • Wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen: Wir wollen in Bund und Land  
2901 durch geeignete Maßnahmen die Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren  
2902 erhöhen. Dazu gehört, dass die Zahl der Professuren moderat erhöht, mehr  
2903 Professuren als Tenure-Track-Professuren ausgeschrieben und  
2904 Qualifikationsstellen mit Stellenanteilen von mindestens 2/3 und einer  
2905 angemessenen Vertragslaufzeit besetzt werden. Die Thüringer  
2906 Graduiertenförderung werden wir entsprechend dahingehend weiterentwickeln,  
2907 dass Stipendiat:innen volle Stellen als wissenschaftliche  
2908 Mitarbeiter:innen nach TV-L erhalten. Gemeinsam mit den Betroffenen und  
2909 den Hochschulen werden wir prüfen, ob wir im Rahmen der zur Verfügung  
2910 stehenden Stellen neue Karriereziele neben der Professur einführen können.  
2911 Ziel soll es sein, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine  
2912 alternative Perspektive für eine Dauerbeschäftigung mit Schwerpunkt in der  
2913 selbstständigen Lehre zu geben – ohne sie hierauf zu beschränken. Darüber  
2914 hinaus bedarf es an den Hochschulen einer noch besseren Betreuung,  
2915 Beratung und Unterstützung der Nachwuchskräfte.
- 2916 • Gleichstellung verwirklichen: Wir werden weiter darauf hinwirken, den  
2917 Frauenanteil in der Professorenschaft und in den Hochschulleitungen an den  
2918 Thüringer Hochschulen zu erhöhen. Dafür bedarf es verbindlicher  
2919 Zielkorridore.
- 2920 • Wir unterstützen das Universitätsklinikum Jena als einzigen  
2921 Supramaximalversorger Thüringens und Ort der Spitzenmedizin, Forschungs-  
2922 und Ausbildungsstätte des medizinischen Nachwuchses in Thüringen. Auch für  
2923 das UKJ wollen wir in Zukunft weiter jährlich die  
2924 wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 Prozent  
2925 Strategiebudget als Aufwuchs garantieren. Die weitere bauliche Entwicklung  
2926 in Jena unterstützen wir mit einem dritten Bauabschnitt. Dadurch  
2927 verbessern wir die Krankenversorgung, insbesondere in der Notfallmedizin  
2928 und sorgen für bessere Bedingungen für Studierende, Lehrende und  
2929 Forschende.
- 2930 • Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die besonderen  
2931 Systemaufgaben der Universitätsklinik (Koordinierung, Vernetzung mit den  
2932 Krankenhäusern im ländlichen Raum, Krisen- und Pandemievorsorge,  
2933 Behandlungen von seltenen Krankheiten) im Rahmen der  
2934 Krankenhausfinanzierung besser abgebildet werden. Für das Pflegepersonal  
2935 wollen wir, dass die Arbeitszeit zwischen Ost- und West auch in den  
2936 Universitätsklinik endlich angeglichen wird.

- 2937 • Wir unterstützen den Aufbau des Zentrums für Psychische Gesundheit als  
2938 achttes Deutsches Zentrum für Gesundheitsforschung (DZG).
- 2939 • Die Digitalisierungsstrategie für den Thüringer Hochschulbereich soll 2025  
2940 fortgeschrieben werden, um die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen  
2941 Transformation gewinnbringend in Forschung, Lehre und Verwaltung zur  
2942 Geltung zu bringen. Die Digitalisierung vereinfacht hochschulübergreifende  
2943 und landesweite Kooperationen – diese werden wir fördern.
- 2944 • Wir wollen – auch über geeignete bundespolitische Initiativen – die  
2945 Einreise-, Aufenthalts- und Melderegularien für internationale Studierende  
2946 und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vereinfachen. Als Teil einer  
2947 umfassenden Willkommenskultur setzen wir uns dafür ein, dass in den  
2948 Behörden englischsprachige Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Darüber  
2949 hinaus wollen wir, dass Absolventen und Promovierte durch eine Reform des  
2950 Aufenthaltsrecht mehr Zeit bekommen, nach dem jeweiligen Abschluss eine  
2951 Berufstätigkeit oder den nächsten akademischen Qualifizierungsschritt in  
2952 Angriff zu nehmen.
- 2953 • Die anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen möchten wir stärken,  
2954 ohne diese zu kleinen Universitäten zu entwickeln. Forschungsstarke  
2955 Bereiche oder hochschulübergreifende Verbünde sollen daher das  
2956 Promotionsrecht erhalten, wenn sie hohe Qualitätsstandards gewährleisten.  
2957 Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, kooperative Promotionen  
2958 auszubauen und dafür günstige Bedingungen zu gewährleisten.
- 2959 • Neben notwendigen Neubauvorhaben wird die Erhaltung der bestehenden  
2960 Gebäude der Hochschulen und ihre energetische Sanierung zu einer großen  
2961 Herausforderung in den nächsten Jahren. Deshalb wollen wir ein  
2962 systematisches Sanierungsprogramm bis 2030 erarbeiten und schrittweise  
2963 umsetzen. Für die Hochschulen, das Studentenwerk, das Universitätsklinikum  
2964 und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird das Land die  
2965 notwendigen Flächen sichern und kostenlos bzw. über ein Erbbaurecht mit  
2966 symbolischer Vergütung zur Verfügung stellen.
- 2967 • Wir werden die Wissenschaftskommunikation in den kommenden Jahren stärken.  
2968 Hierzu wollen wir eine Richtlinie “Science for Society” aufsetzen, mit der  
2969 Thüringer Wissenschaftsakteur:innen Projekte zur Kommunikation und  
2970 Vermittlung ihrer Forschung und ihrer Erkenntnisse an die breite und die  
2971 interessierte Öffentlichkeit umsetzen können.

## 2972 **5.4 Außeruniversitäre Forschung**

2973 Thüringen verfügt über leistungsfähige und profilierte Hochschulen. Diese werden  
2974

2975 über eine vielfältige und lebendige Landschaft an außeruniversitären  
2976 Forschungseinrichtungen komplementiert, die sich durch einen hohen Vernetzungs-  
2977 und Kooperationsgrad miteinander auszeichnen und die Innovationslandschaft in  
Thüringen ausmachen.

2978 Neben den von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Forschungsinstituten der  
2979 Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft,  
2980 der Helmholtz-Gemeinschaft, gehören auch vier durch das Land finanzierte  
2981 Forschungsinstitute sowie acht wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen mit  
2982 spezialisierten Schwerpunktsetzungen. Hier wird von der Grundlagenforschung bis  
2983 zur anwendungsorientierten Forschung Zukunft gemacht.

2984 Das werden wir tun:

- 2985 • Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung der Bund-Länder  
2986 finanzierten Forschungseinrichtungen gemeinsam mit dem Bund bis zum Jahr  
2987 2030 sicherstellen. Vergleichbar dem „Pakt für Forschung und Innovation“  
2988 für die von Bund und Land finanzierten Einrichtungen, mit verlässlichen  
2989 jährlichen Steigerungsraten und fester Laufzeit, werden wir für die  
2990 Landesforschungseinrichtungen einen vergleichbaren Pakt auf Landesebene  
2991 schaffen.
- 2992 • Im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft und Forschung belegt  
2993 Thüringen in Bezug auf seine Bundesfinanzierungsquote (61 Prozent;  
2994 Basisjahr: 2019; aktuellster Wert aus GWK) den vorletzten Rang aller  
2995 Bundesländer. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Nettoflüsse der  
2996 Wissenschaftsfinanzierung nach Thüringen zu verbessern. Das kann gelingen  
2997 durch die Teilnahme an entsprechenden Formaten der Bund-Länder-Förderung  
2998 (z. B. im Rahmen der Exzellenzstrategie, Neugründungsinitiativen und  
2999 Erweiterungen bestehender Einrichtungen) und über die aktive Bewerbung  
3000 Thüringens bei Ansiedlungen bzw. dem Aufbau von Forschungseinrichtungen.
- 3001 • Wir wollen die vier Landeseinrichtungen entsprechend ihres jeweiligen  
3002 extern begutachteten Entwicklungsstands gezielt weiter profilieren, um  
3003 ihre Aussichten auf die Aufnahme in eine bundesweit tätige  
3004 Forschungsträgerorganisation erhöhen. Hierfür wollen wir wenn nötig auch  
3005 zusätzliche Investitionsmittel bereitstellen.
- 3006 • Dort, wo von Bund und Ländern finanzierte Forschungseinrichtungen wachsen  
3007 und an Bedeutung gewinnen, wird das Land die notwendigen Ko-  
3008 Finanzierungsmittel für Ausstattung und Bauvorhaben zur Verfügung stellen.
- 3009 • Damit aus den Investitionen in Forschung und Innovationen ein  
3010 langfristiges Wirtschaftswachstum wird, bedarf es des Wissenstransfers in  
3011



3012 Unternehmen oder Ausgründungen. Hierfür wollen wir Vernetzung der  
3013 Forschungseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft und den Hochschulen  
sowie das Gründungsgeschehen verbessern.

3014 • Wir werden den innovationspolitischen Schwerpunkten der RIS Thüringen  
3015 folgen und bereits etablierte Thüringer Stärken wie Quantentechnologien,  
3016 hier speziell in der Quantenphotonik, alternative regenerative  
3017 Speichertechnologien in der Polymerforschung, den Wasserstofftechnologien,  
3018 der nächsten Generation in der Batterieforschung, Initiativen im  
3019 Nachhaltigen Bauen und Ressourcenmanagement besonders unterstützen.

3020 • Wir werden die bestehenden Förderinstrumente des Landes zur Unterstützung  
3021 von innovativen Gründungen neu sortieren und besser aufeinander abstimmen.

3022 • Wir werden Instrumente für einen unbürokratischen und niedrigschwelligen  
3023 Zugang für Startups und KMUs zu den Forschungsinfrastrukturen im Dialog mit  
3024 den Einrichtungen im Freistaat erarbeiten.

## 3025 **5.5 Lebenslanges Lernen**

3026 Lernen hört nicht nach der Schule auf. Neben frühkindlicher Bildung, dem  
3027 Schulwesen und den Hochschulen muss auch die Erwachsenenbildung als vierte Säule  
3028 unseres Bildungssystems gestärkt werden. Lebenslanges Lernen ist für uns das  
3029 verbindende Element, das von der Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive  
3030 Teilhabe ermöglicht.

3031 Das werden wir tun:

3032 • Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.  
3033 Deshalb setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass  
3034 Bildungsveranstaltungen für Grundbildung flächendeckend und in  
3035 barrierefreier Form im Freistaat angeboten werden. Hierzu werden wir die  
3036 Initiativen für Alphabetisierung in Thüringen fortsetzen und wollen sie  
3037 weiter verstärken.

3038 • Das Nachholen von Schulabschlüssen bleibt gebührenfrei. Verpasste Chancen  
3039 dürfen kein lebenslanges Hindernis darstellen.

3040 • Die Erwachsenenbildung muss sich für neue Lernformen und -bereiche öffnen.  
3041 Aus diesem Grund werden wir die kommunalen und freien Träger der  
3042 Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und anderen Einrichtungen auch  
3043 künftig angemessen unterstützen.

3044 • Teilhabe an Bildung ist Ausdruck von Lebensqualität und Lebensfreude auch

3045 im fortgeschrittenen Lebensalter. Wir werden die Entwicklung und den  
3046 Ausbau von spezifischen Bildungsangeboten für ältere Menschen  
3047 voranbringen.

## 3048 **6. Soziale Umwelt- und Klimapolitik**

3049 Die Klimakrise ist eine Generationenaufgabe und schreitet mit immer spürbaren  
3050 Folgen voran. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch  
3051 für die Zukunft. Nur durch wirksamen und ambitionierten Klimaschutz können wir  
3052 die natürlichen Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand bewahren. Die dafür  
3053 nötigen Veränderungen sehen wir als Chance. Wir werden den Wandel politisch  
3054 gestalten und dafür sorgen, dass es dabei sozial und solidarisch zugeht.  
3055 Klimaschutz darf nicht zur neuen sozialen Frage werden!

3056 Die SPD Thüringen bekennt sich zu den Klimazielen von Paris, zum Atomausstieg,  
3057 zum Kohlekompromiss und zu den Zielen des Bundes- und des Landesklimagesetzes.  
3058 Thüringen muss seinen gerechten Beitrag zur Begrenzung der Globalen Erwärmung  
3059 auf maximal 2°C, besser sogar auf 1,5°C, über dem vorindustriellen Niveau  
3060 leisten.

3061 Die Grundlage für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine  
3062 regenerative Energieversorgung.

3063 Die Energiewende ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für deren  
3064 Gelingen es eine gut koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und  
3065 Kommunen und die Einbeziehung der Bürger:innen vor Ort braucht.

3066 Unsere Energiepolitik folgt der Logik, dass möglichst viel Energie dort erzeugt  
3067 wird, wo sie auch benötigt und verbraucht wird: regional, dezentral und  
3068 erneuerbar. Das bringt neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen,  
3069 z. B. durch die Nutzung virtueller Kraftwerke, insbesondere für den ländlichen  
3070 Raum.

3071 Wir wollen eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges  
3072 Wachstum schafft, Arbeitsplätze sichert, Energie sparsam und effizient einsetzt  
3073 und sich unabhängig macht von Rohstoffen wie Kohle, Uran, Öl und Gas. Dabei  
3074 setzen wir auf deutsche Ingenieurskunst und technologische Innovationen, damit  
3075 Thüringen auch im Jahr 2050 noch ein wettbewerbsfähiger Standort in der Welt  
3076 ist.

### 3077 **6.1 Energie für Thüringen: günstig, sicher, nachhaltig**

3078 Wir stehen für die sozial gerechte Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien  
3079 in Thüringen, die Stärkung regionaler Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit im

3080 Einklang mit unseren sozialen Werten und die entschlossene Reduzierung der  
3081 negativen Auswirkungen der Energieversorgung auf die Umwelt, unter  
3082 Berücksichtigung sozialer Belange.

3083 Wir setzen uns mit Leidenschaft dafür ein, einen sachlichen Dialog zu  
3084 ermöglichen, der sich gegen eine Diskussionskultur wendet, die faktenlos und  
3085 populistisch ist.

3086 Für uns ist dabei klar, dass die notwendigen Entscheidungen für alle Menschen  
3087 sozial verträglich sein müssen. Dabei sind Menschen mit niedrigen und mittleren  
3088 Einkommen besonders aktiv durch die Einführung eines sozialen Klimageldes auf  
3089 Bundesebene und durch die Stärkung der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur und  
3090 Förderungen dauerhaft zu entlasten.

3091 Das werden wir tun:

- 3092 • Wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Transformation wird die  
3093 Verfügbarkeit erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne, Biomasse,  
3094 Umweltwärme, Wasserkraft und Geothermie sein. Wir werden uns für einen  
3095 schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen, insbesondere auch  
3096 in der Nähe der energieintensiven Industriebetriebe.
- 3097 • Wir werden das Thüringer Klimagesetz novellieren und für den Freistaat das  
3098 Ziel der Treibhausgasneutralität mit konkreten Minderungsschritten  
3099 konkretisieren. Entsprechend passen wir die Minderungsziele an und  
3100 etablieren langfristig ein jährliches THG-Budget.
- 3101 • Um unvermeidbare Emissionen auszugleichen und der Atmosphäre langfristig  
3102 Treibhausgase zu entziehen, werden wir zudem die Potenziale natürlicher  
3103 Kohlenstoffsensken in Form klimarobuster Wälder, wiedervernässter Moore und  
3104 humusreicher Böden künftig ausbauen und die Möglichkeiten zur technischen  
3105 Kohlenstoffabscheidung (sogenannte CSS-Technologien) kritisch prüfen.
- 3106 • Wir werden die Einstellung von Klimaschutz- und Energiemanager:innen und  
3107 die Erstellung und Umsetzung entsprechender Konzepte in den Kommunen  
3108 weiterhin finanziell fördern.
- 3109 • Den Kommunen kommt eine zentrale Rolle bei der Energiewende hinzu. Wir  
3110 werden die damit verbundenen neuen Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich  
3111 berücksichtigen und die Kommunalaufsichten für diese Aufgaben  
3112 qualifizieren. Die Energieagentur des Landes Thüringen ThEGA werden wir  
3113 stärken, um die Beratung insbesondere von Kommunen bei den Themen  
3114 Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung zu erweitern. Die Grundlage  
3115 für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine effizientere

- 3116 regenerative Energieversorgung und eine nachhaltige Landwirtschaft.
- 3117 • Die Möglichkeiten auszubauen, um die Bürger:innenbeteiligung direkt vor  
3118 Ort weiter zu stärken. Die Energieversorgung der Zukunft baut auf flexible  
3119 Erzeugung, Verbrauchs- und Speicherstrukturen auf. Der Strommarkt soll  
3120 hierfür weiter dezentralisiert werden.
- 3121 • Klimawandel und Biodiversitätsverlust wollen wir stärker im  
3122 Schulunterricht verankern. Ein wichtiger Schritt für die zielgerichtete  
3123 Vermittlung ist im Rahmen einer Landesstrategie Bildung für nachhaltige  
3124 Entwicklung (BNE) darzustellen.
- 3125 • Wir bekennen uns zu den Thüringer Stadtwerken als tragende Säule der  
3126 Energiewende. Deshalb wollen wir die Kommunen und ihre Stadtwerke bei  
3127 ihrer Nah- und Fernwärmeversorgung besser unterstützen. Dabei werden wir  
3128 insbesondere die erfassten Nutzungspotenziale durch den Einsatz neuer  
3129 Fernwärmequellen aus erneuerbaren Energien (Geothermie, Solarthermie,  
3130 Groß-Wärmepumpen, Bioenergie, etc.) konkret heben. Durch verstärkte  
3131 Kooperation, zielgerichteter Förderung und der weiteren Steigerung der  
3132 Effizienz wird die Wärmeversorgung langfristig gesichert bleiben.
- 3133 • Wir werden unsere Versorgungspartner vor Ort dabei unterstützen,  
3134 Fachkräfte zu gewinnen und mit attraktiven Arbeitsbedingungen zu halten.  
3135 Gerade für die Planungs- und Installationsarbeiten der nächsten Jahre  
3136 brauchen wir attraktive Angebote für hochspezialisierte Fachkräfte. Das  
3137 betrifft sowohl die beteiligten Behörden als auch die Unternehmen.
- 3138 • Der Zusammenschluss von Bürger:innen zu Genossenschaften macht es auch für  
3139 diejenigen möglich, zu Energieproduzenten zu werden, welche nicht über  
3140 eigene Nutzflächen verfügen. Die Unterstützung beim Aufbau von  
3141 Energiegenossenschaften ist daher ein wichtiges Anliegen, um beim Ausbau  
3142 der Energieerzeugung und -speicherung direkte Beteiligungsmöglichkeiten zu  
3143 schaffen.
- 3144 • Tiefengeothermie kann einen bedeutenden Beitrag zur Wärmeversorgung der  
3145 Zukunft leisten. Wir werden daher eine Potenzialanalyse zur  
3146 Tiefengeothermie in Thüringen erstellen sowie Förderprogramme und  
3147 Absicherungsinstrumente entwickeln. Diese Aktivitäten verzahnen wir eng  
3148 mit der kommunalen Wärmeplanung.
- 3149 • Wir werden einen revolvierenden Fonds namens "Eigenkapital energetische  
3150 Gebäudesanierung" einrichten und mit 50 Millionen Euro ausstatten. Aus  
3151 diesem Fonds wollen wir Haushalten mit niedrigem Einkommen und geringem  
3152 Eigenkapital den Zugang zu günstigen Zuschüssen und Darlehen für die  
3153

- 3154 Gebäudesanierung ermöglichen. Diese sollen durch die eingesparten  
3155 Betriebskosten der Haushalte zurückgezahlt werden. Die gestreckte  
3156 Rückzahlung stellt sicher, dass auch in Zukunft entsprechende Mittel für  
3157 die Finanzierung weiterer Maßnahmen verfügbar sind. Um eine möglichst  
3158 kompakte und bürokratiearme Bereitstellung zu gewährleisten, werden wir  
3159 die bewährten Haushalts-Jahresbrutto-Einkommensgrenzen der Länder,  
beispielsweise gemäß § 10 ThürWoFG, als Bemessungsgrundlage verwenden.
- 3160 • Mit einem Thüringer Solarausbaugesetz schaffen wir eine technologieoffene  
3161 Grundlage für den vielschichtigen und breiten Einsatz der Solarenergie im  
3162 Freistaat. Wir werden die Nutzung der Solarenergie voranbringen und das  
3163 SolarInvest-Programm u. a. durch eine gezieltere Förderung von  
3164 Stromspeichern anpassen. Mit Hilfe eines Landesprogramms sollen mehr  
3165 Flächen für Photovoltaik, insbesondere auf Dächern und Fassaden und der  
3166 nicht konkurrierenden Zweitnutzung in der Landwirtschaft beispielsweise  
3167 durch Agri-PV erschlossen werden. Solarparks wollen wir, im Sinne einer  
3168 Bündelung von Infrastruktur, vorrangig entlang von Fernstraßen,  
3169 Bahnschienen und Stromtrassen errichten. Kommunen bestärken wir darin, mit  
3170 einer gezielten Konzentrationsplanung Flächen für den Ausbau der  
3171 Photovoltaik auszuweisen.
  - 3172 • Wir bekennen uns zum Ausbau der Windenergie in Thüringen als wichtigster  
3173 erneuerbarer Energiequelle. Sie ist essenziell, um den Energiebedarf  
3174 Thüringens vor Ort zu decken und die Energiewende nicht auf Kosten anderer  
3175 Bundesländer voranzutreiben. An den Bau neuer Anlagen setzen wir hohe  
3176 Standards für Umwelt- und Naturschutz und gestalten den Ausbau im Dialog  
3177 mit den Menschen vor Ort. Pauschale Verbote beispielsweise in Waldgebieten  
3178 lehnen wir ab. Im Sinne einer netzstabilen Versorgung auch von  
3179 energieintensiven Abnehmern wollen wir zugleich die regionalen  
3180 Wertschöpfungspotentiale in ganz Thüringen ausbauen.
  - 3181 • Wir werden den Ausbau der Ökostromproduktion, insbesondere der  
3182 Windenergie, im Dialog mit den Menschen vor Ort vorantreiben. Dazu werden  
3183 wir die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften zur Ausweisung von  
3184 Windvorranggebieten transparenter gestalten. Wir werden dafür sorgen, dass  
3185 die Windvorranggebiete dort ausgewiesen werden, wo lokale  
3186 Industrieunternehmen profitieren, der zusätzliche Netzausbaubedarf gering  
3187 ist und die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt klein sind.
  - 3188 • Wir wollen das 2,2 Prozent-Flächenziel in Thüringen durch eine aktive  
3189 Konzentrationsplanung der Windvorrangflächen in ganz Thüringen erreichen.
  - 3190 • Wir werden die Planungsverfahren für den Neubau und für das Repowering von  
3191 Windkraftanlagen vereinfachen und beschleunigen, um möglichst viele  
3192 bereits für die Windenergieerzeugung genutzte Standorte weiternutzen zu

- 3193 können.
- 3194 • Wir werden dafür sorgen, dass die Kommunen und die Bürger:innen vor Ort  
3195 direkt von der Windenergieerzeugung profitieren und bspw. an den Gewinnen  
3196 aus der Windstromerzeugung beteiligt werden.
- 3197 • Wir werden einen Thüringer Aktionsplan Energieeffizienz mit dem Ziel, den  
3198 Gesamtenergieverbrauch massiv zu reduzieren, bis 2027 vorlegen.
- 3199 • Die Biomasse ist als grundlastfähige Energiequelle ein wesentlicher  
3200 Bestandteil einer erneuerbaren Energieversorgung. Dabei steht für uns die  
3201 Nutzung von Abfällen und Reststoffen im Vordergrund. Wir unterstützen die  
3202 Optimierung und Umrüstung auf einen flexiblen Betrieb sowie die  
3203 Integration in die Gas- und Wärmenetze. Im Bereich der Abwasserentsorgung  
3204 werden wir die Klärgasgewinnung stärken.
- 3205 • Wir wollen Thüringen zum Stromspeicherland ausbauen. Dafür müssen wir  
3206 Know-how bündeln und Lücken in der Wertschöpfungskette schließen. Speicher  
3207 sind dabei für uns dabei nicht nur Batterien: Auch die an die  
3208 Verfügbarkeit von grünem Strom angepasste Produktion von Betriebsstoffen  
3209 und Rohprodukten „auf Lager“ kann einen spürbaren Beitrag zur  
3210 Dekarbonisierung leisten.
- 3211 • Um auch in Hochlastzeiten und während Dunkelflauten den Energiebedarf  
3212 Thüringens jederzeit eigenständig decken zu können, werden wir die  
3213 Entwicklung von Batterie- und Speichertechnologien vorantreiben.  
3214 Pumpspeicherwerke sind als netzdienlicher Speicher von Strom wichtige  
3215 Bestandteile einer sicheren Energieversorgung.
- 3216 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Thüringen  
3217 Erzeugungskapazitäten für grünen Wasserstoff entstehen. Die innovative  
3218 Thüringer Wasserstoffforschung u. a. am Erfurter Kreuz und in Sonneberg  
3219 werden wir auch weiterhin unterstützen. Außerdem wollen wir Erfurt zu  
3220 einem H2-Mobilitätshub ausbauen. Unser Ziel ist es, dass Thüringen seine  
3221 zentrale Lage in Europa nutzt und an der gesamten  
3222 Wasserstoffwertschöpfungskette teilhat. Daher werden wir die Thüringer  
3223 Allianz für Wasserstoff fortführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- 3224 • Der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur stellt für uns  
3225 eine der wichtigsten industriepolitischen Weichenstellungen für Thüringen  
3226 dar. Wir werden den Anschluss an das nationale Wasserstoffkernnetz  
3227 einfordern und regionale Verteilnetze unterstützen.
- 3228 • Wir unterstützen Vorhaben, die die Direktlieferung der erneuerbaren

3229           Energien von den standortnahen Erzeugungsanlagen zu den lokalen  
3230           industriellen Großabnehmern zum Ziel haben. Beispielsweise werden wir  
3231           dafür sorgen, dass in diesen Fällen Grundstücke und Dachflächen im  
3232           Landeseigentum ohne Ausschreibung zu einem marktgerechten Preis an lokale  
3233           Projekte verpachtet werden können. Auf diese Weise sorgen wir dafür, dass  
3234           lokale Unternehmen mit günstigem Strom aus erneuerbaren Energiequellen  
3235           versorgt werden und größere Teile der Wertschöpfung in Thüringen  
3236           verbleiben.

3237           • Die Beratungsangebote der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur werden  
3238           wir ebenso ausbauen wie Netzwerke zum Erfahrungsaustausch. KMUs sollen zu  
3239           den Themen Energieeffizienz und -produktivität beraten werden. Zuschuss-  
3240           und Darlehensprogramme wie GreenInvest sollen bei der Modernisierung von  
3241           Produktionsprozessen und -gebäuden unterstützen.

3242           • Damit bestehender Wohnraum auch in Zukunft für alle Einkommensgruppen  
3243           bezahlbar mit Wärme versorgt werden kann, brauchen wir weniger  
3244           Verpflichtung und mehr Ermöglichung. Deshalb wollen wir die Optimierung  
3245           der Wärmeversorgung gezielt fördern. Wir setzen uns daher für einen  
3246           Heizungstauschbonus für Haushalte mit niedrigem Einkommen ein.

3247           • Wir werden das Beratungsangebot des Stromsparcheck als Beratungs- und  
3248           Unterstützungsangebot für Haushalte mit niedrigem Einkommen thüringenweit  
3249           verstetigen.

3250           • Wir halten an der Forderung der Bundesländer und der Sozialpartner zur  
3251           Einführung eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises fest. Hierdurch  
3252           sollen energieintensive Unternehmen bei der Energiewende unterstützt  
3253           werden und die Verbraucher eine Entlastung erfahren.

## 3254   **6.2 Thüringens Natur erhalten**

3255           Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Form von Klima, Umwelt und  
3256           Natur sind ein Kernziel der SPD Thüringen. Für uns sind soziale Gerechtigkeit,  
3257           ökonomische Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze, sondern  
3258           ein zusammengehörender Dreiklang. Durch konsequenten Klima- und Umweltschutz  
3259           beugen wir zukünftigen Krisen vor und schützen so gerade die sozial Schwächsten  
3260           – in Thüringen und weltweit.

3261           Wir unterstützen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und werden  
3262           gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Thüringer Beitrag  
3263           zur Umsetzung der 17 Ziele für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch  
3264           nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) fördern und insbesondere durch  
3265           Bildungsangebote und Projekte in Thüringen verankern.

3266 Wir stehen auch in Zukunft für die Bewahrung der vielfältigen und einmaligen  
3267 Landschaften in Thüringen, für saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden.

3268 Das werden wir tun:

- 3269 • Wir werden die EU-Biodiversitätsstrategie und der Aktionsplan  
3270 Insektenschutz aktiv mit Maßnahmen untersetzen, um den weiteren Verlust  
3271 von Arten und Lebensräumen auch in der Kulturlandschaft mit konkretem  
3272 Handeln zu begegnen.
  
- 3273 • Unsere Landschaften, die in Deutschland zu den Zentren der Arten- und  
3274 Lebensraumvielfalt zählen, wie zum Beispiel die Gipskarstlandschaft im  
3275 Südharz, müssen wir nachhaltig schützen und für zukünftige Generationen  
3276 bewahren. Der Ausstieg aus dem Naturgipsabbau muss das Hauptziel im  
3277 Südharz bleiben, um diese einmaligen Landschaften zu erhalten. Ebenso wie  
3278 die Etablierung eines länderübergreifenden Biosphärenreservates. Diese  
3279 Naturräume bilden die Grundlage, um nachhaltigen, schonenden Tourismus zur  
3280 Wertschöpfung in der Region weiter aufzubauen, zu fördern und zu erhalten.
  
- 3281 • Um den Ausstieg aus dem Naturgipsabbau zu flankieren, werden wir Themen  
3282 wie „ökologisches Bauen“, bspw. mit Lehm und Stroh, oder Alternativen zum  
3283 Naturgips (u.a. Gipssubstitute) intensiv bearbeiten und daran forschen.
  
- 3284 • Die Naturschutzförderung in Thüringen muss dahin verbessert werden, dass  
3285 Landwirte für die ökologische Leistung kostendeckend entlohnt werden. Nur  
3286 mit attraktiven Prämien zur Sicherung von gesellschaftlichen  
3287 Zielstellungen für sauberes Wasser, gesunde Böden und Reichtum der Natur  
3288 können Landwirte und Flächeneigentümer für diese Aufgabe gewonnen werden.
  
- 3289 • Mittel der Förderprogramme des Bundes, wie das Aktionsprogramm Natürlicher  
3290 Klimaschutz oder das Nationale Artenhilfsprogramm, werden wir für  
3291 Thüringen einwerben und nutzen.
  
- 3292 • Um unsere selbst gesteckten Naturschutzziele zu erreichen, werden wir die  
3293 unteren Naturschutzbehörden, die Naturschutzverbände und die NATURA 2000  
3294 Stationen noch besser als Kompetenznetzwerk wirken lassen. Ein Schwerpunkt  
3295 sollen dabei z. B. in Zusammenarbeit mit den  
3296 Gewässerunterhaltungsverbänden und den Forstämtern konkrete in der Fläche  
3297 wirksame Arten- und Biotopschutzmaßnahmen sein. Für uns ist der Erhalt von  
3298 arten- und lebensraumreichen Kulturlandschaften am besten mit den Menschen  
3299 zu schaffen. Mit dem Konzept „Erhalt durch Nutzung“ wollen wir bei  
3300 Naturschutz und Landwirtschaft praktikabel Lösungen finden.
  
- 3301 • Der Nationalpark und UNESCO Weltnaturerbe Hainich hat einen



- 3302 außergewöhnlichen Wert für Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, diesen  
3303 einzigartigen Buchenwald zu schützen und den Nationalpark als regionalen  
3304 Ankerpunkt für Naturschutz, Tourismus und Bildung für nachhaltige  
3305 Entwicklung weiterzuentwickeln.
- 3306 • Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht  
3307 grundsätzlich ab. Die Landwirtschaft muss auf die Folgen der sich  
3308 veränderten Klimabedingungen reagieren, um den Ertrag der heimischen  
3309 Produktion zu erhalten. Ausbleibender Niederschlag im Frühjahr und  
3310 Starkregenereignisse in den Sommer- und Frühherbstmonaten stellen neue  
3311 Anforderungen an Pflanzen, Kulturen und Landwirte. Durch neue Technologien  
3312 wie CRISPR/CAS verfügt „grüne  
3313 Gentechnik“ über die Chance, ein wichtiger Faktor für die Zukunft der  
3314 Landwirtschaft in Thüringen zu werden. Chancen und Nutzen werden wir  
3315 sorgfältig abwägen.
- 3316 • Um auch zukünftig angepasste Nutz- und Kulturpflanzen aus Thüringen  
3317 anbauen zu können, braucht es den Ausbau der Sortenforschung, der  
3318 Erhaltungszucht und der anwendungsorientierten Etablierung der  
3319 Erkenntnisse.
- 3320 • Ein wichtiges Ziel bleibt für uns die Reduzierung der Salzbelastung der  
3321 Werra.
- 3322 • Das Ziel einer Kreislaufwirtschaft in Thüringen steht für uns an erster  
3323 Stelle. Um der “Wegwerfgesellschaft” etwas entgegenzustellen, setzen wir  
3324 uns für ein regeneratives System ein, dass in der Lage ist Ressourcen in  
3325 den Kreislauf wiederaufzunehmen und im System (teilweise)  
3326 weiterzuverwenden. Eine umfangreiche Müllreduzierung, Wiederverwendung  
3327 durch Recycling und eine neue Ingebrauchnahme durch Reparatur stehen hier  
3328 im Fokus. Die SPD Thüringen verpflichtet sich gezielte Investitionen,  
3329 insb. in die Entwicklung und den Transfer neuer Verfahren bzw. Prozesse,  
3330 umzusetzen.
- 3331 • Wir unterstützen das Bundesprogramm zur Vermeidung von Plastikmüll.  
3332 Weniger bis gar keine Produktion von Einwegverpackungen muss unser Ziel  
3333 sein. Dies ist nur ein Ansatz, um das Prinzip der Nachhaltigkeit zu  
3334 gewährleisten. Des Weiteren stehen wir für eine für alle verträgliche  
3335 Abfallgebührensatzung und für das Solidarprinzip bei der  
3336 Abwasserentsorgung.
- 3337 • Wir forcieren den ökologischen und klimarobusten Waldumbau in Thüringen.  
3338 Dem Verlust der heimischen Wälder durch den Klimawandel und  
3339 Schädlingsbefall treten wir entschlossen entgegen. Daher legen wir  
3340 spezielle Programme auf, um nicht nur ThüringenForst, sondern auch die

3341 privaten Waldbesitzer:innen und Kommunen zu unterstützen. Dabei soll auf  
3342 Kalamitätsflächen sowohl die Wiederaufforstung, als auch insbesondere auf  
3343 Staatswaldflächen die natürliche Wiederbewaldung berücksichtigt werden.  
3344 Zur nachhaltigen Finanzierung der Aufforstung wollen wir die Erlöse aus  
3345 Windkraftanlagen im Wald nutzen.

- 3346 • Wir fördern strukturreiche Waldränder für einen naturnahen Übergang von  
3347 Wald in Wiese und Feld mit Strauchgürteln und Krautsaum sowie die  
3348 Wiederanlegung von Feldhecken als Rückzugsraum für viele bedrohte  
3349 Tierarten.
  
- 3350 • Um den großen Herausforderungen im Waldumbau gerecht zu werden, wollen wir  
3351 nicht nur Personal in den Forstrevieren, sondern auch die Funktion der  
3352 Waldarbeiter:innen stärken.
  
- 3353 • Wir begrenzen den Flächenverbrauch und werden eine  
3354 Flächenkreislaufwirtschaft einführen. Hierzu erstellen wir einen Thüringer  
3355 Masterplan Flächenverbrauch bis 2027, dem die Strategie eines Netto-Null-  
3356 Flächenverbrauchs zu Grunde liegt. Die zunehmende Versiegelung führt nicht  
3357 nur zum Verlust der Artenvielfalt und dem Ausstoß von Treibhausgasen durch  
3358 den Verlust von Grünland, sondern vernichtet auch unwiederbringlich Böden  
3359 für die landwirtschaftliche Nutzung. Wir müssen mit unseren Böden endlich  
3360 verantwortungsvoll umgehen, denn Boden ist ein begrenztes Gut! Wir setzen  
3361 uns für eine Kompensation von in Anspruch genommen Flächen ein, die eine  
3362 effektive und langfristige ökologische Wirkung entfaltet. Dafür braucht es  
3363 einen landesweiten Ausgleichspool.
  
- 3364 • Wir werden insbesondere in ländlichen Regionen die Anreize und Förderungen  
3365 für innerstädtische Siedlungsentwicklung z. B. in Form höherer Fördersätze  
3366 für Abriss oder energetische Sanierung verbessern. Abriss und Sanierung in  
3367 der Innenstadt muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohngebiete haben.
  
- 3368 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
3369 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
3370 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
3371 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
3372 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
3373 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.

## 3374 **7. Gesundheit und Pflege stärken**

3375 Noch nie standen gesundheitspolitische Themen so sehr im Mittelpunkt wie seit  
3376 der Zeit der Corona-Pandemie. Sie wirkte wie ein Brennglas, das bestehende  
3377 Probleme sichtbarer machte, aber für viele Bereiche auch als Brandbeschleuniger.  
3378

3379 Thüringen hatte in der Corona-Pandemie eine der niedrigsten Mortalitätsraten  
3380 bundesweit. Dies haben wir dem guten Zusammenspiel von niedergelassenen Ärzten,  
3381 Krankenhäusern und den speziell auf Corona ausgerichteten Intensivstationen zu  
3382 verdanken. Die Erprobung einer gestuften Versorgung hat sich zum Wohl des  
3383 Patienten bewährt. Für uns Sozialdemokraten sind Fragen einer guten Pflege, eines  
3384 modern aufgestellten öffentlichen Gesundheitsdienstes, solide aufgestellter  
3385 Krankenhäuser, sicherer ambulanter Versorgung und einer intersektoralen  
3386 Versorgung untrennbar im Sinne der Gesundheit unserer Bürger miteinander  
3387 verbunden. Doch ohne professionelle Fachkräfte ist diese Mammutaufgabe nicht zu  
3388 stemmen. Wir haben deshalb bereits Anreize geschaffen, damit sich Ärzt:innen und  
3389 Apotheker:innen auf dem Land niederlassen und so die haus- und fachärztliche  
3390 Grundversorgung sowie Arzneimittelversorgung flächendeckend (wohnnah)  
3391 sicherstellen. Außerdem haben wir die Studienplätze für Humanmedizin in Jena und  
3392 Erfurt in der letzten Legislaturperiode um mehr als 50 Prozent erhöht.  
3393 Uns liegt eine landesweit qualitativ optimale Gesundheitsversorgung am Herzen.  
3394 Wir möchten Hürden abbauen und Gesundheitsversorgung vom Patienten aus denken.  
3395 Deshalb sollten alle Thüringerinnen und Thüringer eine Gesundheitsversorgung aus  
3396 einer Hand bekommen können. Dazu bedarf es einer sukzessiven Reduktion der  
3397 starren Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Das  
3398 Fachpersonal in den Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im  
3399 Rettungsdienst muss unkompliziert zusammenarbeiten können. Unser Ziel ist die  
3400 bessere Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen. Wir werden deshalb lokale  
3401 Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft oder in Form von  
3402 Primärversorgungszentren wie in anderen Bundesländern fördern.  
3403

## 7.1 Krankenhäuser, Fachärzte, Notfallversorgung und Apotheken

- 3404
- Wir werden in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die Stelle  
3405 eines/einer Arztlotsin/Arztlotsen schaffen. Die regional vernetzten  
3406 Arztlotsinnen/Arztlotsen sollen die Übergabe von Praxen und die  
3407 Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in ländlichen Gebieten frühzeitig  
3408 organisatorisch unterstützen, um eine nahtlose Versorgung zu  
3409 gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, welche  
3410 zusätzlichen Angebote durch die Kommunen geschaffen werden können (z.B.  
3411 zusätzliche Holfe für Zweigpraxen, Gründung von kommunalen MVZ's) und  
3412 welche Aufgaben dabei die Arztlotsin/der Arztlotse übernehmen kann.

3413 Das werden wir tun:

3414 Wir wissen, dass wir jeden medizinischen Versorgungsstandort, jeden  
3415 Klinikstandort in Thüringen für eine effektive und lebensnahe Versorgung  
3416 erhalten müssen. Wir wollen keine veraltete lückenhafte Medizin akzeptieren,  
3417 sondern stehen für moderne Versorgungsstrukturen. Hierfür werden wir einen  
3418 Sonderfonds analog zu unserem Transformationsfonds Wirtschaft in Höhe von 100  
3419 Millionen Euro schaffen, um eine intersektorale, vernetzte, digitale, Fachkräfte  
3420 als auch ressourcenschonende und energieeffiziente medizinische Versorgung mit

3421 Fokus auf wohnortnahe Patientenversorgung zu ermöglichen. Ergänzend schaffen wir  
3422 ein Ministeriumsreferat für die Förderung der Vernetzung aller medizinischen  
3423 Akteure im Sinne einer Transformationsberatung.

3424

3425

3426 Eine weitere Privatisierung kommunaler Kliniken lehnt die SPD Thüringen ab und  
3427 wird dies, wo es möglich ist, verhindern und nach einer kommunalen Lösung  
3428 suchen. Der ländliche Raum braucht starke kommunale Kliniken.

3429

3430 Wir werden in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die Stelle eines/einer  
3431 Arztlotsin/Arztlotsen schaffen. Die regional vernetzten Arztlotsinnen/Arztlotsen  
3432 sollen die Übergabe von Praxen und die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in  
3433 ländlichen Gebieten frühzeitig organisatorisch unterstützen, um eine nahtlose  
3434 Versorgung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, welche  
3435 zusätzlichen Angebote durch die Kommunen geschaffen werden können (z.B.  
3436 zusätzliche Holfe für Zweigpraxen, Gründung von kommunalen MVZ's) und welche  
3437 Aufgaben dabei die Arztlotsin/der Arztlotse übernehmen kann.

3438

3439 Öffentliche Krankenhausinvestitionen werden wir prioritär in Abhängigkeit von  
3440 der Qualität der Einrichtung und der Tarifbindung der Mitarbeitenden  
3441 vornehmen. Die SPD wird eine konsequente Digitalisierung der Thüringer  
3442 Krankenhäuser weiterführen. Das Land wird dazu in der Digitalstrategie einen  
3443 Schwerpunkt auf die digitale Infrastruktur und Vernetzung der Kliniken legen.  
3444 Wichtig ist, dass die Kliniken interoperabel vernetzt werden und keine  
3445 Insellösungen entstehen. Wir machen uns stark für die Etablierung eines  
3446 telemedizinischen Herzzinfarktnetzwerks. Die Thüringer Digitalagentur soll dazu  
3447 mit weiteren Experten eine Förderstrategie mit kurz- und mittelfristigem  
3448 Maßnahmenplan entwickeln. Die Corona-Pandemie hat die Engpässe in der  
3449 psychotherapeutischen Versorgung insbesondere von Kindern und Jugendlichen noch  
3450 einmal vergrößert. Die SPD setzt daher ein besonderes Augenmerk auf die  
3451 schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, die Kinder und Jugendlichen.  
3452 Deshalb schließen wir uns der Forderung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer  
3453 an, flächendeckend in Schulen und Kindergärten frühzeitig für mögliche Probleme  
3454 zu sensibilisieren. Wir werden niedrigschwellige Angebote und Hilfestellungen  
3455 ausbauen, um eine möglichst frühe Intervention zu gewährleisten. Dazu werden wir  
3456 bessere Rahmenbedingungen für mehr sozialtherapeutischen Praxen sowie  
3457 sozialpsychiatrische Dienste für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir setzen uns  
3458 für den Ausbau der Videosprechstunde ein. Wir fordern, dass ein erster Kontakt  
3459 mit Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen bereits per Videosprechstunde  
3460 möglich sein sollte. So stehen Therapeut:innen aus ganz Deutschland zur  
3461 Verfügung. Die SPD Thüringen setzt sich auf Landes- und Bundesebene für eine hohe  
3462 Qualität und Versorgungssicherheit in der Geburtshilfe ein. Dazu werden wir die  
3463 Versorgung besser aufeinander abstimmen und eine gestufte Versorgung mit gut  
3464 erreichbaren Geburtsstationen schaffen. Die SPD setzt sich dazu folgende Ziele:

- 3465 • eine flächendeckende Erreichbarkeit von Geburtskliniken. Kleinere

- 3466 Geburtskliniken sollten allerdings nur solche Entbindungen vornehmen, für  
3467 die sie ausgestattet sind. Daher ist eine enge Zusammenarbeit von  
3468 Geburtskliniken verschiedener Versorgungsstufen nötig. Die Vorhaltung  
3469 bedarfsnotwendiger Geburtskliniken ist sicherzustellen.
- 3470 • eine optimale Betreuung der Schwangeren durch ausreichend und gut  
3471 ausgebildete Hebammen. Der Beruf muss dafür an Attraktivität gewinnen,  
3472 insbesondere durch eine bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen.
- 3473 • eine stärkere Vernetzung von Kliniken und Frauenärzt:innen für eine  
3474 bessere Information und Steuerung der Schwangeren, damit die Versorgung  
3475 Hand in Hand erfolgt.
- 3476 • eine transparente Übersicht über Leistungsumfang, Personalausstattung und  
3477 Qualitätsindikatoren aller Geburtskliniken ("Geburtswegweiser") durch eine  
3478 unabhängige Einrichtung. Diese muss allgemeinverständlich und leicht  
3479 zugänglich sein.
- 3480 • Die SPD Thüringen steht für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen  
3481 Körper. Dazu zählt nicht nur, die theoretische Wahlfreiheit darüber zu  
3482 haben, Schwangerschaften durchführen oder beenden zu wollen, sondern auch  
3483 die praktische Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche ohne große zeitliche,  
3484 geographische und finanzielle Hürden auf sich zu nehmen. Die SPD Thüringen  
3485 leitet daraus zwei Ziele ab: In allen Krankenhäusern mit einer  
3486 Geburtsklinik nach Krankenhausplan sowie der Universitätskliniken, solle  
3487 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.
- 3488 • Die SPD Thüringen setzt sich ein für eine nachhaltige und langfristige  
3489 Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen.  
3490 Gemeinsam mit Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte sowie dem  
3491 Landesverband Thüringen der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen  
3492 Gesundheitsdienstes e. V. entwickeln wir geeignete Maßnahmen zu folgenden  
3493 Aspekten:
- 3494 • das Medizinstudium um zusätzliche Elemente des öffentlichen  
3495 Gesundheitswesens erweitern (Public Health)
- 3496 • Teile der praktischen Aus- und Weiterbildung sollen auch in  
3497

Gesundheitsämtern absolviert werden können

- 3498 • es wird ein Lehrstuhl für das Öffentliche Gesundheitswesen am Uniklinikum  
3499 Jena eingerichtet
  
- 3500 • analog zum "Thüringen Stipendium" fördert das Land Thüringen angehende  
3501 Mediziner, die sich für eine Tätigkeit im ÖGD entscheiden, mit einem  
3502 Stipendium
  
- 3503 • Thüringen setzt sich bei den Tarifpartner:innen für eine bessere Bezahlung  
3504 der Beschäftigten im ÖGD ein und schafft weitere Anreize
  
- 3505 • der Freistaat fördert unter den Gesundheitsämtern die Bildung von  
3506 Kooperationen und Zweckverbänden
  
- 3507 • ein stärkerer Fokus als bisher soll dabei dem Bereich der Prävention  
3508 insbesondere vulnerabler Gruppen (prekär Beschäftigte, Arbeitslose,  
3509 Kinder, Menschen mit Behinderung...) zukommen
  
- 3510 • die bisher gültige „Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und  
3511 die Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien  
3512 Städten" erhält als Basis ein modernes Landesgesetz für den ÖGD. Es wird  
3513 auf eine einheitliche Personalmindestausstattung der Gesundheitsämter  
3514 sowie der übergeordneten Landesbehörde hingewirkt.
  
- 3515 • Wir werden ein Landeskonzept zur Suchtprävention entwickeln und die  
3516 Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Sucht und Prävention  
3517 prüfen. Die erschreckend hohe Fallzahl von schätzungsweise 50.000  
3518 Betroffenen mit Post- und Long-Covid gibt auch in Thüringen Anlass zur  
3519 Sorge. Die Erforschung und optimale medizinische Versorgung werden wir in  
3520 Kooperation mit allen medizinischen Leistungsträgern weiter vorantreiben.  
3521 Darüber hinaus möchten wir uns für eine flächendeckende Versorgung mit  
3522 Anlaufstellen für postvirale Erkrankungen einsetzen sowie für die  
3523 Fortbildung der Haus- und Fachärzte. Wir setzen uns für eine schnellere  
3524 Anerkennung von Diagnosen wie Long-Covid und ME/CFS insbesondere durch die  
3525 Versorgungsämter des Freistaates Thüringen ein. Das Gesundheitswesen selbst  
3526 sorgt geschätzt für 5 Prozent der CO2-Emissionen. Dies liegt vor allem am  
3527

3528 Energie- und Ressourcenverbrauch. Das Energiethema wollen wir durch  
3529 Investitionen in nachhaltige Infrastruktur (vor allem Gebäude) angehen.  
3530 Der Ressourcenverbrauch wollen wir auch in Thüringen verringern. Wir setzen  
3531 uns für die Umsetzung des „One health“ und „Planetary health“ Gedankens in  
3532 allen medizinischen Bereichen ein. Wir unterstützen und fördern hierzu  
3533 insbesondere Konzepte auf dem Weg zum „Green Hospital“, umweltbewusster  
3534 Ernährung, dem „Landesaktionsplan Hitzeschutz“ oder „Nachhaltiges  
3535 Gesundheitswesen in Thüringen bis 2045 umsetzen“. Wir unterstützen die  
3536 Entwicklung neuer Berufsbilder (wie Community Health Nurse,  
3537 Gemeindenotfallsanitäter) und Stärkung der therapeutischen  
3538 Leistungserbringer, um Ärzte zu entlasten und effiziente  
3539 Behandlungsnetzwerke zu schaffen. Wir unterstützen die Heilmittelerbringer  
3540 bei der Frage der Angleichung der Heilmittel-Berufsbilder an europäische  
3541 Standards (Akademisierung der Ausbildung etc.). Die flächendeckende  
3542 Versorgung durch Apotheken ist für uns ein zentrales politisches Anliegen.  
3543 Wir werden die pharmazeutische Ausbildung in Thüringen stärken und Anreize  
für eine Niederlassung in unterversorgten Regionen schaffen.

- 3544 • Wir unterstützen den geplanten Neubau des Instituts für Pharmazie an der  
3545 Friedrich-Schiller-Universität in Jena mit dem Ziel einen wichtigen  
3546 Beitrag gegen den Fachkräftemangel von Apotheker\*innen in Deutschland zu  
3547 leisten. Dies ist dringend notwendig um eine nachhaltige, flächendeckende  
3548 Versorgung mit Arzneimitteln auch im ländlichen Raum durch Apotheken zu  
3549 erhalten.
- 3550 • Das Hospizwesen als essentiellen Teil der medizinischen  
3551 Versorgungslandschaft werden wir weiter stärken. Wir nutzen die vorhandenen  
3552 digitalen Möglichkeiten für eine bessere Notfallversorgung und fördern die  
3553 Einführung einer Ersthelfer-Alarmierung per App (z. B. Lebensretter;  
3554 Mobile Retter). Wir werden die Förderung des anonymen Krankenscheins  
3555 Thüringen (AKST) verstetigen und die Förderfähigkeit auf Menschen ohne  
3556 Krankenversicherung ausdehnen sowie die Mittel dafür bedarfsgerecht  
3557 erhöhen.

## 3558 **7.2 Ambulante und stationäre Pflege**

3559 Das werden wir tun:

3560  
3561  
3562 Die SPD Thüringen steht für eine Pflege in Würde, unabhängig von der  
3563 finanziellen Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Daher  
3564 werden wir uns für eine weitergehende Deckelung des Eigenanteils  
3565 einsetzen, der nicht von der staatlichen Pflegeversicherung übernommen  
3566 wird. Im ersten Schritt werden die Eigenanteile auf dem aktuellen Niveau  
3567 eingefroren; die darüber liegenden Ausgaben werden erstattet. Auf diese  
3568 Weise soll gewährleistet werden, dass Pflege bezahlbar bleibt und nicht  
3569 zum Armutsrisiko wird. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung  
3570 Bürger:innenversicherung. In einem zweiten Schritt wird ein Bündnis für

3571 Pflege gebildet, an dem Vertreter aus allen Bereichen der Pflege sowie der  
3572 Betroffenen beteiligt werden. Das Bündnis soll die Bedingungen in der  
3573 Pflege gemeinsam sozial gerecht weiterentwickeln und auch die Höhe eines  
3574 sozial vertretbaren Deckels für den Eigenanteil ermitteln. Zusätzlich  
3575 werden wir die energetische Sanierung der Pflegeheime durch ein  
3576 zusätzliches Landesinvestitionsprogramm fördern und damit die  
3577 Investitionsumlage auf die Heimbewohner nachhaltig reduzieren. Die SPD  
3578 Thüringen erkennt die enorme Leistung der über 80.000 pflegenden  
3579 Angehörigen im Freistaat an. Applaus allein reicht jedoch nicht. Notwendig  
3580 sind konkrete Maßnahmen, um sie zu unterstützen. Trotz vieler bereits  
3581 bestehender Angebote werden diese oft nicht genutzt, entweder aus  
3582 Unkenntnis, aus Mangel an Zeit und Kraft oder auch aus Schamgefühl. Die  
3583 SPD Thüringen setzt sich deshalb für eine niedrighschwellige, regional  
3584 vernetzte und vor allem aufsuchende Hilfestellung ein. Dafür werden die  
3585 bisher primär stationären Pflegestützpunkte zu mobilen Beratungsdiensten  
3586 weiterentwickelt. Für eine bessere regionale Vernetzung arbeiten sie  
3587 außerdem eng mit weiteren bestehenden Angeboten (z. B. Agathe,  
3588 Dorfkümmerer, Nachbarschaftshilfe, Gemeindegewestern, Gesundheitskiosken)  
3589 zusammen. Die Finanzierung werden wir nachhaltig ausbauen und das Land  
3590 beteiligt sich an der Finanzierung von jeweils einem Pflegestützpunkt in  
3591 den Landkreisen und kreisfreien Städten mit bis zu 25.000 Euro jährlich.  
3592 Wir streben zusätzlich, die Implementierung einer  
3593 Kurzzeitpflegeterminvermittlungsstelle an (analog zur NRW Heimfinder-  
3594 App). Wir werden die der ThürAUPAVO (Nachbarschaftshilfe) weiterentwickeln,  
3595 entbürokratisieren und eine bundesländerübergreifende Harmonisierung  
3596 anstreben. Zu einer Pflege in Würde gehört auch, dass pflegenden  
3597 Angehörigen eine Teilhabe am sozialen Leben weiterhin möglich ist und  
3598 ausreichend Entlastungsangebote zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher  
3599 Grund für die Überlastung vieler Angehöriger ist das Fehlen kurzfristig  
3600 verfügbarer Plätze in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, etwa für eine  
3601 Auszeit, Urlaub oder Reha-Maßnahmen. Die SPD Thüringen setzt sich deshalb  
3602 für eine staatliche Förderung ein, um Anreize für die Schaffung  
3603 zusätzlicher Plätze in der Kurzzeitpflege zu setzen. Diese können in  
3604 solitären Einrichtungen für Kurzzeitpflege entstehen, aber auch  
3605 eingestreut in stationären Pflegeeinrichtungen. Die SPD unterstützt  
3606 Anbieter außerdem anteilig für den Fall des wirtschaftlichen Risikos, wenn  
3607 eingeplante Kurzzeit-Pflegebedürftige wieder absagen und Betten leer  
3608 stehen. Diese Fördermittel werden vom Land zur Verfügung  
3609 gestellt. Grundlage für die Förderung ist eine Ist-Analyse. Um den Bedarf  
3610 an Kurzzeit- und Verhinderungspflege als auch Bedarfe der gesamten  
3611 pflegerischen Infrastruktur zu ermitteln und bedarfsgerechte Angebote zu  
3612 fördern, braucht es eine regelmäßige und umfassende regionale  
3613 Pflegestatistik, die öffentlich zugänglich ist und als Grundlage für eine  
3614 Landespflegeplanung dienen kann. Die SPD Thüringen wird sich deshalb für  
3615 einen Landespflege- und Patientenbeauftragten, der als Ombudsstelle  
3616 fungiert und dem Landtag und der Öffentlichkeit regelmäßig  
3617 Landespflegeberichte vorlegt, stark machen. Analog zur Transparenzoffensive



3618 der Bundesregierung bei Fragen der Qualität in Kliniken, werden wir auf  
3619 Landesebene für eine barrierearme, leicht verständliche regelmäßige  
3620 Veröffentlichung der Qualitätsergebnisse der Thüringer Pflegeheime  
3621 sorgen. Die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Kolleg:innen in der  
3622 Pflegebranche leiden, sind seit Jahren bekannt. Es wird Zeit, dass auf die  
3623 systemrelevante Stellung von Pflegekräften mit angemessenen  
3624 Arbeitsbedingungen geantwortet wird. Deshalb setzt sich die SPD an der  
3625 Seite der Gewerkschaften für eine flächendeckende Tarifbindung ein. Dazu  
braucht es:

3626 • die konsequent höhere Bezahlung bei Überstunden. Damit lohnt es sich für  
3627 Träger eher, neues Personal einzustellen, sodass die anderen Kolleg:innen  
3628 nicht ständig springen und mehr Überstunden leisten müssen. Diese Maßnahme  
3629 lässt die Schaffung von Vollzeitstellen gegenüber Teilzeitstellen  
3630 attraktiver werden.

3631 • Wir unterstützen die Forderung nach der stufenweisen Einführung einer 4  
3632 Tage Woche mit perspektivisch einer 30 Stunden Woche für Pflegekräfte bei  
3633 vollem Lohnausgleich gemeinsam mit den Gewerkschaften. Weitere  
3634 Gesundheitsberufe sollen folgen.

## 3635 **8. Engagiert für Kunst, Kultur, Medien und Sport**

3636 Thüringen ist Kulturland, Thüringen ist Sportland, Thüringen ist Medienstandort.  
3637 Diese Besonderheit Thüringens gilt es zu bewahren und durch eine gezielte  
3638 Weiterentwicklung aller drei Bereiche zukunftsfest zu machen. Sie sind die Basis  
3639 von zivilgesellschaftlichem Wirken und Demokratie.

3640 Kulturpolitik und Sportpolitik haben für uns eine zentrale Bedeutung als  
3641 Bestandteil unserer Bestrebungen, den gesellschaftlichen Spaltungen und  
3642 Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Ein weiterer wichtiger Pfeiler der Demokratie  
3643 sind die Medien unseres Landes. Sie genießen und bedürfen eines besonderen  
3644 Schutzes. Den bereits begonnenen Strukturwandel müssen wir weiter kritisch  
3645 begleiten. Unser Ziel bleibt die unabhängige und kritische Information für alle  
3646 Generationen, der im Freistaat lebenden Menschen.

3647 Wir stehen politisch in der Verantwortung, den Neustart und die Perspektiven des  
3648 kulturellen und sportlichen Lebens nach Corona kraftvoll zu fördern. Der Staat  
3649 hat die Verantwortung, den Weg zur Mitwirkung in Sport und Kultur für alle zu  
3650 öffnen.

### 3651 **8.1 Kulturland Thüringen**

3652 Eine offene demokratische Gesellschaft ist auf eine lebendige und vielfältige  
3653 Kulturszene angewiesen. Das schließt das kulturelle Erbe der Thüringer  
3654 Residenzlandschaft; der Theater und Museen, der jüdischen Landesgemeinden und  
3655 Kirchen ebenso ein wie Angebote der Soziokultur und Brauchpflege, künstlerisches  
3656 Schaffen und Unterhaltungsformate aller Art. Das kulturelle Erbe Thüringens ist  
3657 einzigartig. Es muss daher bewahrt und allen zugänglich gemacht werden. Kultur  
3658 ist überall dort, wo Menschen sich frei begegnen, kreative Räume erschließen und  
3659 in einen gleichberechtigten Austausch treten. Dies findet sowohl in den Städten  
3660 also auch in ländlichen Regionen statt.

3661 Wir verstehen Kultur als gesellschaftliche Aufgabe. In Zeiten wachsender  
3662 Ungeichheit müssen wir dafür sorgen, dass die Zugangshürden zu Kultur und  
3663 kultureller Bildung abgebaut und beseitigt werden. Gleichsam sind wir der Anwalt  
3664 für Kulturakteur:innen, die von ihrer Arbeit leben können müssen und ebenso wie  
3665 andere Arbeitnehmer:innen sozialer Absicherung bedürfen.

3666 Erinnerungsarbeit- und -kultur hat für uns einen besonderen Stellenwert.  
3667 Institutionen wie die "Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora",  
3668 der ehemalige Firmensitz von Topf und Söhne, die "Stiftung Ettersberg-  
3669 Gedenkstätte Andreasstraße" und andere Gedenkstätten und Initiativen leisten  
3670 einen sehr wichtigen Beitrag, an diese Schuld zu erinnern, ihre Geschichte  
3671 aufzuarbeiten und an unsere Verantwortung des „Nie wieder!“ zu mahnen.

3672 Das werden wir tun:

- 3673 • Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer kreativen Arbeit leben können.  
3674 Wir machen uns deshalb für faire Mindestvergütungen und  
3675 Ausstellungsvergütungen stark.
- 3676 • Wir setzen uns dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme für  
3677 Kulturakteur:innen deutlich zu verbessern.
- 3678 • Kommunen sollen künftig auch in Haushaltsnotlage einen höheren Anteil  
3679 ihrer Mittel als bisher für sogenannte freiwillige Aufgaben einsetzen  
3680 dürfen.
- 3681 • Wir wollen Kultur als Pflichtaufgabe in der Thüringer Kommunalordnung  
3682 verankern. Der von der SPD entwickelte Kulturlastenausgleich im kommunalen  
3683 Finanzausgleich ist fortzuführen und finanziell anzupassen.
- 3684 • Kultur muss als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden.
- 3685 • Wir werden die digitale Archivierung und Zugänglichkeit der Thüringer  
3686 Kultureinrichtungen weiter vorantreiben.

- 3687 • Thüringen wird ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz unterstützen
  
- 3688 • Wir wollen die Parität – sowohl bei der Besetzung von Kommissionen, Jurys  
3689 und Gremien im Kultur- und Medienbetrieb als auch bei der Vergabe von  
3690 Förderungen und künstlerischen Aufträgen.
  
- 3691 • Wir setzen uns für eine Fortsetzung und Erweiterung des Bundesprogrammes  
3692 zur Erhaltung der Thüringer Schlösserlandschaft ein
  
- 3693 • Wir begrüßen die Auszeichnung des mittelalterlich-jüdischen Erbes Erfurts  
3694 mit dem Welterbe-Titel. Alte Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus sind  
3695 erstrangige bauliche Überlieferungen früheren jüdischen Lebens. Gemeinsam  
3696 mit der Landeshauptstadt wollen wir deshalb dafür sorgen, dass diese  
3697 historischen Stätten noch bekannter werden und dass ein für Besucher:innen  
3698 attraktives und didaktisch vorbildliches Welterbezentrum entsteht.
  
- 3699 • Wir stärken die Initiativen zur Aufarbeitung von NS-Raubkunst und  
3700 Sammlungen in kolonialen Zusammenhängen durch Provenienzforschung. Deshalb  
3701 soll eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Thüringen Museumsverband  
3702 und anderen Akteuren den weiteren Bedarf und Vorschläge für das weitere  
3703 Vorgehen erarbeiten.
  
- 3704 • Wir setzen uns für eine kulturelle Teilhabe aller ein, insbesondere für  
3705 Kinder und Jugendliche soll es einen kostenlosen Zugang zur Kultur geben.
  
- 3706 • Wir stehen für den Erhalt der reichen und traditionsreichen Thüringer  
3707 Orchester- und Theaterlandschaft. Gemeinsam mit den kommunalen Trägern und  
3708 dem partizipierenden Umland wollen wir auch künftig allen Theatern und  
3709 Orchestern finanzielle Planungssicherheit mit langfristigen  
3710 Finanzierungsvereinbarungen geben, um so eine gute künstlerische  
3711 Entwicklung zu ermöglichen.
  
- 3712 • Wir wollen, dass Theater und Orchester allen Menschen im Land offen  
3713 stehen. Um dies zu ermöglichen wollen wir, dass jedes Kind ein Theater  
3714 oder Orchester besuchen kann.
  
- 3715 • Kinder- und Jugendtheater sollen zukünftig eine institutionelle Förderung  
3716 erhalten. Sie sind öfters der erste Zugang für kulturelle Teilhabe von  
3717 Kindern und Jugendlichen.
  
- 3718 • Die Projektförderung trägt maßgeblich dazu bei, dass neue Ideen eine  
3719 Chance zur Verwirklichung erhalten. Wir streben dabei künftig eine  
3720 Entbürokratisierung und eine Vereinfachung bei Förderanträgen an.  
3721 Zukünftig sollen die landesweiten Verbände auf Grundlage eines

- 3722           Wirtschaftsplans (Personal- und Sachkosten) institutionell gefördert  
3723           werden. Wichtige kulturelle Initiativen und Vereine sollen auch mehr  
3724           Planungssicherheit durch eine mehrjährige Projektförderung erhalten.
- 3725           • Soziokulturelle Initiativen und Zentren in ländlichen und städtischen  
3726           Räumen lädt bieten die Chance für jeden, selber aktiv zu werden, eigene  
3727           Ideen zu verwirklichen. und Kultur zu erleben. Wir wollen daher die  
3728           wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern.
- 3729           • Wir wollen die Welt dazu einladen, die großen und die vielen versteckten  
3730           Schätze des Kulturlandes Thüringen zu entdecken. „Zur Unterstützung und  
3731           Entwicklung des Kulturtourismus und zur Stärkung des ländlichen Raums  
3732           fördern wir individual touristische Angebote in historischen Dorf- und  
3733           Ortskernen. Damit wollen wir unser ländlich kulturelles Erbe sichern und  
3734           deren Eigentümer:innen besser unterstützen Des Weiteren soll mit dem  
3735           weiteren Ausbau des multimedialen virtuellen Portals Menschen in aller  
3736           Welt das Kulturland Thüringen ansprechend präsentiert werden. Portale  
3737           sollen an besonders bekannten Orten wie zum Beispiel Weimar den Touristen  
3738           aus aller Welt die Schatzkammer Thüringen vorstellen und Lust machen auf  
3739           längere Besuche und neue Entdeckungen in Thüringen.
- 3740           • Wir werden die digitale Transformation und Digitalität im Kulturbereich  
3741           unterstützen, um die kulturellen Institutionen und Vereine zukunftsfähig  
3742           zu machen. Kulturinstitutionen stehen vor der großen Herausforderung, ihr  
3743           Publikum an sich zu binden bzw. neue und mehr Besuchergruppen zu gewinnen.  
3744           Neue Formate sind zu entwickeln um den Nutzer:innen eine bessere Teilhabe  
3745           zu ermöglichen. Dies erfordert einen umfassenden Ansatz in der digitalen  
3746           Transformation, angefangen vom so genannten „Changemanagement“ in der  
3747           Verwaltung, der Förderung der Infrastruktur bis hin zur digitalen  
3748           Erfassung von Kulturgütern. Die digitale Präsentation und Vermittlung, wie  
3749           auch die Ermöglichung von digitaler Kunst, gewinnen zunehmend an  
3750           Bedeutung. Gerade Digitalisierung benötigt dynamische Instrumentarien. Um  
3751           eine ständige Fortentwicklung in diesen Bereichen zu ermöglichen, müssen  
3752           die Förderinstrumentarien flexibler ausgestaltet werden. Dies betrifft  
3753           sowohl erleichterte Förderbedingungen als auch neue inhaltliche  
3754           Schwerpunkte.
- 3755           • Wir werden den weiteren Ausbau eines zentralen Kultur- und Wissensportals  
3756           weiter vorantreiben und als Beitrag Thüringens zur Deutschen Digitalen  
3757           Bibliothek profilieren. Hierbei werden wir die Kultureinrichtungen und  
3758           Kulturschaffenden gezielt bei Erstellung ihrer Angebote unterstützen.
- 3759           • Wir haben die Museumsförderung deutlich erhöht und stehen auch in Zukunft  
3760           gemeinsam mit den Kommunen für die finanzielle Sicherheit der Museen ein.  
3761           Wir wollen zur Stärkung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit in

- 3762 den Museen ein Volontariatsprogramm starten.
- 3763 • Wir wollen die Erinnerungen der Verfolgten und Häftlinge für alle Zeit  
3764 respektvoll bewahren, und gleichzeitig die Bildungs- und Forschungsarbeit  
3765 der Gedenkstätten im Dienste des Austauschs, der Verständigung, der  
3766 Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie weiter stärken. Dabei sollen  
3767 vor allem auch neue Formate der Vermittlung unterstützt werden um eine  
3768 nachhaltigere Reflexion zu erzielen und das kritische  
3769 Geschichtsbewusstsein zu stärken.
- 3770 • Mit einer gezielten Förderpolitik wollen wir gemeinsam mit den Kommunen  
3771 das Angebot der Musik- und Jugendkunstschulen erhalten. Gerade im  
3772 ländlichen Raum muss es Ziel sein, dass Jugendliche diese Angebote auch in  
3773 Zukunft nutzen können. Zudem wollen wir die Kooperationen mit anderen  
3774 Kultureinrichtungen stärken.
- 3775 • Bibliotheken sind nicht nur Orte der Information, sondern in vielen  
3776 Gemeinden und Städten auch Orte der Begegnung, des Austausches und ein  
3777 Mittelpunkt des kulturellen Lebens. Es muss auch zukünftig darum gehen,  
3778 gemeinsam mit den Kommunen dieses Angebot zu erhalten. Wir wollen die  
3779 Bibliotheken als außerschulischen Lernort stärken und mehr in die  
3780 schulische Arbeit integrieren.
- 3781 • Thüringen ist das Land der Dichter und Denker angefangen von Luther,  
3782 Goethe, Schiller über Hegel, Fichte bis hin zu Gropius, zeitgenössisches  
3783 Schaffen setzt diese Tradition fort. Wir wollen der zeitgenössischen  
3784 Literatur Räume schaffen wie im Rahmen der Thüringer Literaturfestivals  
3785 und die überregionale Präsentation der Thüringer Autor:innen weiter  
3786 unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Leseförderung in den Schulen  
3787 weiterentwickeln, mit dem Ziel bei den jungen Thüringer:innen die Freude  
3788 an Literatur zu wecken.
- 3789 • Thüringen ist Musikland. Tradition und Innovation beflügeln sich  
3790 gegenseitig. Zahlreiche Festivals, Festivals wie die Thüringer Bachwochen,  
3791 das Rudolstädter Folkfest oder der Güldene Herbst begeistern ein  
3792 internationales Publikum. Aber auch Junge Projekte müssen gefördert und  
3793 unterstützt werden. Wir wollen Festivals und Projekte stärken und weiter  
3794 profilieren. Mit ihnen wollen wir mehr Besucher:innen aus dem In- und  
3795 Ausland nach Thüringen locken.
- 3796 • Wir unterstützen eine weitere Bewerbung aus Thüringen zur Kulturhauptstadt  
3797 Europas. Thüringen war über alle Epochen hinweg Kristallisationspunkt  
3798 europäischer Geschichte und Kultur und hat unter anderem beim Lutherjahr  
3799 und dem Tag der deutschen Einheit bewiesen, dass es ein exzellenter  
3800 Gastgeber ist. Das erfolgreiche EU-Projekt kann im Freistaat eine

3801 zukünftige Kulturhauptstadt finden, von der nachhaltige Impulse in  
3802 Wirtschaft, Tourismus und Kultur ausgehen.

## 3803 **8.2 Medien**

3804 Unabhängige Medien sind wesentlicher Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie  
3805 und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information,  
3806 Kommunikation, sichern gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und  
3807 Zugang zu Wissen.

3808 Eine starke Medienwirtschaft ist neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für  
3809 die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgaben von zentraler Bedeutung. Unser  
3810 Ziel ist es, den Medienstandort Thüringen zu stärken sowie allen Bürger:innen  
3811 den Zugang zu einem ausgewogenen und unabhängigen lokalen, regionalen und  
3812 überregionalen Medienangebot zu sichern.

3813 Das werden wir tun:

- 3814 • Wir werden den Anteil gesellschaftlich relevanter Verbände in den Gremien  
3815 des MDR erhöhen und damit diesen weiter pluralisieren.
  
- 3816 • Erfurt als Zentrum für Kindermedien werden wir weiter stärken. Dabei  
3817 setzen wir künftig verstärkt auf die Entwicklung von Medieninhalten für  
3818 Lehr- und Lernmedien, auf Spieleentwicklung sowie die Medienproduktion  
3819 durch Kinder.
  
- 3820 • Wir werden die Medienförderung noch deutlicher als bisher für neue mediale  
3821 Formen und experimentelle Formate öffnen.
  
- 3822 • Der Ausbildung in Medienberufen messen wir eine besondere Bedeutung bei.  
3823 Daher wollen wir Aus- und Weiterbildungsinitiativen unterstützen, die auf  
3824 den rasanten Wandel in der Medienwelt reagieren.
  
- 3825 • Die Förderung der Thüringer Bürgermedien werden wir aufstocken und dafür  
3826 sorgen, dass ihnen neue technische Verbreitungswege zur Verfügung stehen.
  
- 3827 • Bibliotheken wollen wir als Orte der Informationsvermittlung und  
3828 medienpädagogischen Arbeit stärken. Daher unterstützen wir eine  
3829 Integration kommunaler Medienzentren in öffentlichen Bibliotheken und  
3830 wollen den Zugang zu Bibliotheken auch im ländlichen Raum sicherstellen.
  
- 3831 • Wir setzen uns für verstärkte Faktenchecks und die Bekämpfung von Fake-  
3832 News durch den MDR und die Landesmedienanstalt ein.

## 3833 8.3 Sport

3834 Rund 360.000 Menschen sind in den knapp 3.300 Thüringer Sportvereinen  
3835 organisiert. Mit Recht kann der organisierte Sport im Freistaat damit für sich  
3836 in Anspruch nehmen, die „größte Bürger:innenbewegung im Lande“ zu sein. Sport  
3837 übernimmt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er stiftet  
3838 Gemeinschaftsgefühl, trägt maßgeblich zur Gesunderhaltung bei und vermittelt  
3839 Werte wie Fairness. Darum setzen wir uns dafür ein, angemessene  
3840 Rahmenbedingungen für den Sport abzusichern und eine auskömmliche Finanzierung  
3841 zu gewährleisten.

3842 Das werden wir tun:

- 3843 • Land und Kommunen müssen gemeinsam mit den Vereinen Verantwortung für den  
3844 Breitensport übernehmen. Die direkten Förderungen dafür stammen zum  
3845 Großteil aus den Überschüssen der Staatslotterie. Diese Finanzierung  
3846 stellt eine verlässliche Säule für den Breitensport dar. Wir wollen  
3847 prüfen, inwieweit diese verlässliche Säule durch weitere  
3848 Finanzierungsquellen ergänzt werden kann.
  
- 3849 • Gemeinsam mit dem organisierten Sport und auf der Basis detaillierter  
3850 Bestandsaufnahmen, fachwissenschaftlich gestützter Bedarfsanalysen sowie  
3851 einer konkreten Ziel- und Maßnahmenfestschreibung wollen wir einen  
3852 Zukunftsplan für das Sportland Thüringen entwickeln. An diesem  
3853 Zukunftsplan werden sich künftig die Ziel- und Leistungsvereinbarungen  
3854 zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund orientieren.
  
- 3855 • Wir werden die Ehrenamts- und Übungsleiter:innenpauschale regelmäßig an  
3856 die allgemeine Kostenentwicklung anpassen und für die Arbeit im  
3857 Jugendbereich eine zusätzliche Ehrenamtskarte als Zeichen unserer  
3858 Wertschätzung einführen..
  
- 3859 • Wir setzen uns für eine Aufwertung des Sports in Kindertagesstätten,  
3860 Schulen und Jugendeinrichtungen aus. In der Ausbildung der Erzieher:innen  
3861 und in der praktischen Arbeit der Kindertagesstätten sollen Sport und  
3862 Angebote zur altersgerechten motorischen Entwicklung sowie zur  
3863 Bewegungsförderung daher wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Wir  
3864 unterstützen hierbei auch ergänzende Sportangebote in Schulen bzw. im  
3865 Rahmen des Hortes.
  
- 3866 • Die Ausbildung der Sportlehrer:innen und der Übungsleiter:innen muss zudem  
3867 noch stärker auf altersgruppenspezifische methodisch-didaktische Ansätze  
3868 ausgerichtet werden.

- 3869 • Wir wollen das erfolgreiche Programm „Bewegte Kinder = gesündere Kinder“  
3870 zusammen mit dem Projekt „Bewegungscoach“ in ein weiter gefasstes  
3871 Landesprogramm zur Bewegungsförderung bei Kindern und Jugendlichen und für  
3872 eine bewegungsfreundliche Gestaltung des KITA- und Schulalltags  
3873 integrieren. Damit sollen KITAS und Schulen aller Schularten  
3874 unbürokratisch bei der Durchführung regelmäßiger Bewegungschecks, beim  
3875 Ausbau darauf basierender, individueller bewegungsfördernder Maßnahmen und  
3876 bei der Integration von regelmäßigen Bewegungsangeboten in den ganz  
3877 normalen Alltag ihrer Einrichtungen unterstützt werden.
- 3878 • Gemeinsam mit dem Bund sollen die Kommunen auch weiterhin bei der  
3879 Sanierung und beim Ausbau von Schulen und Sporteinrichtungen unterstützt  
3880 werden. Der Fördertitel für Bau und Sanierung von Schulsporthallen soll  
3881 dazu auf 10 Millionen Euro erhöht werden. Außerdem wird die Finanzierung  
3882 kommunaler Schwimmbäder zur Gewährleistung des Schwimmunterrichts für alle  
3883 Schüler:innen sichergestellt. Kommunen sollen in die Lage versetzt werden,  
3884 auch öffentlich zugängliche Sportflächen und -geräte und Fitnessparks zu  
3885 errichten.
- 3886 • Wir werden ein Sonderinvestitionsprogramm Sportstätten in Höhe von  
3887 jährlich 20 Millionen Euro schaffen. Gerade in ländlichen Regionen bedarf  
3888 es neuer Wege. Dabei wollen wir die multifunktionelle Nutzung von  
3889 Bestands- und Leergebäuden (Sport-, Veranstaltungs-, Jugendhilfestätten)  
3890 erproben und hier unbürokratische Finanzierungen aus verschiedenen  
3891 Fördertöpfen ermöglichen.
- 3892 • Wir wollen Spitzensportler:innen gezielt unterstützen, indem wir  
3893 Landesstipendien vergeben, die Sportgymnasien stärken und dort für den  
3894 Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen sorgen.
- 3895 • Wir wollen unsere Profi- und Spitzensportvereine dabei unterstützen,  
3896 weiterhin den wachsenden Voraussetzungen der jeweiligen Ligen gerecht zu  
3897 werden und legen ein jährliches Förderbudget auf.
- 3898 • Wir wollen einen sauberen Sport und setzen uns klar gegen Doping ein. In  
3899 diesem Sinne haben wir bei der Novellierung des Sportfördergesetzes mit  
3900 dafür gesorgt, dass Sportorganisationen nur dann vom Land gefördert  
3901 werden, wenn sich Mitarbeiter:innen mit Doping-Vergangenheit einer  
3902 Überprüfung durch die Unabhängige Kommission des DOSB stellen.
- 3903 • Wir wollen alle Thüringer Sportregionen wieder in das Zentrum der  
3904 Aufmerksamkeit rücken, indem wir diese bei der Entwicklung ihrer  
3905 Sportstätten als Teil eines sichtbaren und attraktiven touristischen  
3906 Gesamtkonzeptes unterstützen.



- 3907 • Eine besondere Rolle nimmt der Behindertensport ein, der vom Breiten- bis  
3908 zum Leistungssport gleichrangig unterstützt wird. Für Menschen mit  
3909 körperlichen und geistigen Einschränkungen ist Sport eine Möglichkeit der  
3910 Teilhabe und Selbstverwirklichung.
- 3911 • Wir erkennen an, dass eSport sich zunehmender Beliebtheit erfreut – gerade  
3912 bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Frage, ob eSport ebenfalls  
3913 als Sport anzusehen ist oder nicht, muss angesichts dessen in nächster  
3914 Zeit geklärt werden. Dabei sind uns zwei Punkte wichtig: Der organisierte  
3915 Sport hat sich von Beginn den Veränderungen unserer Gesellschaft und neu  
3916 aufkommenden Sporttrends und Sportarten sowie sich wandelnden  
3917 Freizeitinteressen stellen müssen. Das hat er erfolgreich getan.  
3918 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass neue Sportarten nur dann Aufnahme in  
3919 den organisierten Sport finden können, wenn sie dessen Aufnahmekriterien  
3920 und dessen Wertekanon entsprechen. Wenn eSport entsprechende  
3921 Entwicklungsschritte einschlägt und so Akzeptanz beim organisierten Sport  
3922 findet, steht seiner Anerkennung als Sport aus unserer Sicht nichts im  
3923 Wege.

## 3924 **8.4 Ehrenamt**

3925 Gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert darauf, wie viel jede:r bereit sind,  
3926 sich für die Umwelt und andere Menschen einzusetzen, Rücksicht aufeinander zu  
3927 nehmen und Respekt für die Leistung anderer zu zeigen. Ist der gesellschaftliche  
3928 Zusammenhalt stark ausgeprägt, stärkt das unsere Demokratie, macht sie lebendig  
3929 und wehrhaft.

3930 Das Ehrenamt ist mit 800.000 Tausend Engagierten in Thüringen die oft  
3931 unsichtbare Kraft, ohne die ein Zusammenleben in unserer Gesellschaft nicht  
3932 vorstellbar wäre. Allein in den Thüringer Feuerwehren engagieren sich über  
3933 35.000 Kamerad:innen. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Menschen sind, die  
3934 in Blaulicht- oder Rettungsorganisationen, Sportvereinen, Jugendverbänden,  
3935 Kleingarten- oder Karnevalsvereinen ehrenamtlich tätig sind. Besonders in Zeiten  
3936 des Wandels und wachsender Unsicherheit in der Bevölkerung, verstärkt durch eine  
3937 globale Gesundheitskrise, braucht es das ehrenamtliche Engagement.

3938 Viel zu oft nehmen wir die unbezahlbare Leistung des Ehrenamtes für das  
3939 Funktionieren unseres Zusammenlebens als selbstverständlich hin. Dabei werden  
3940 hier bundesweit jährlich fünf Milliarden Arbeitsstunden kostenfrei oder mit nur  
3941 geringer Entschädigung geleistet. Das zeigt, wie groß der Anteil des Ehrenamts  
3942 an der Daseinsvorsorge mittlerweile ist. Wir müssen aber feststellen, dass das  
3943 Ehrenamt in seinen vielen Facetten zunehmend unter Druck gerät, insbesondere in  
3944 ländlichen Regionen. Wegzug, Überalterung, Bürokratie oder fehlende Freizeit  
3945 durch beruflichen Druck sind die Hürden für den Erhalt und Ausbau ehrenamtlicher  
3946 Strukturen.

3947 Die SPD Thüringen bekennt sich deshalb zum Ehrenamt als Ressource für  
3948 unser Zusammenleben und wird die ehrenamtlich Aktiven in Thüringen weiterhin  
3949 unterstützen.

3950 Das werden wir tun:

- 3951 • Ehrenamtliche Arbeit findet in zumeist vor Ort in unseren Kommunen statt.  
3952 Wir werden unsere Kommunen dauerhaft finanziell in die Lage versetzen,  
3953 Aufgaben im eigenen Wirkungskreis zu erbringen und damit das Fundament für  
3954 ehrenamtliches Engagement zu legen.
- 3955 • Darüber hinaus werden wir ein Ehrenamtsbudget für Kommunen schaffen, damit  
3956 Engagierte direkt gefördert werden. Unsere kommunalen Entscheidungsträger  
3957 wissen am besten, wo finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche gebraucht  
3958 wird.
- 3959 • Absicherung des Ehrenamtes durch seine Verankerung in der Thüringer  
3960 Landesverfassung.
- 3961 • Ausbau der sog. Jugendpauschale sowie Stärkung der Örtlichen  
3962 Jugendförderung.
- 3963 • Verpflichtung der Kommunen zur Förderung der Arbeit von Jugendverbänden  
3964 über die kommunalen Jugendförderpläne.
- 3965 • Ausbau von Leistungen aus dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben  
3966 der Generationen sowie der Familienpauschale zur Unterstützung der  
3967 Kommunen bei der Umsetzung einer kommunalen Sozialplanung.
- 3968 • Stärkung der Thüringer Ehrenamtsstiftung und ihrer Leistungen durch  
3969 gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
- 3970 • Bessere Ausstattung und erhöhte Ausgabe der Thüringer Ehrenamtscard.
- 3971 • Gezielte Förderung und Vernetzung ehrenamtlicher Strukturen mit  
3972 entsprechenden Qualifizierungs- und Serviceangeboten mithilfe der Neuen  
3973 Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement (DSEE).
- 3974 • Abbau unverhältnismäßiger bürokratischer Belastungen für das Ehrenamt,  
3975 mithilfe eines zentralen Portals mit Muster-Formularen und Informationen  
3976 zu geltenden Regelungen.
- 3977 • Klarstellung darüber herbeiführen, dass die Möglichkeit der politischen

3978 Tätigkeit einer Organisation zur Verfolgung ihres gemeinnützigen Zweckes  
3979 besteht, ohne ihre Steuerbefreiung zu gefährden.

3980 • Die Menschen, die ehrenamtlich ihre Gesundheit für unseren Schutz und  
3981 unsere Sicherheit riskieren, gilt es besonders zu unterstützen, vor allem  
3982 in ländlichen Regionen. Was wir leider immer wieder feststellen, ist der  
3983 mangelnde Respekt vieler Leute gegenüber den Sicherheits- und  
3984 Rettungskräften. Umso mehr liegt uns die Sicherstellung des ehrenamtlich  
3985 getragenen Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes am Herzen. Deshalb  
3986 wollen wir mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne die Leistung der  
3987 Katastrophenschutzkräfte würdigen und die Feuerwehren mit Investitionen in  
3988 Infrastruktur und Lehrangeboten insbesondere an der Thüringer  
3989 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule unterstützen.

3990 • Erarbeiten eines Ehrenamtsfreistellungsgesetzes, welches analog zum  
3991 Bildungsfreistellungsgesetz oder als Ergänzung zum  
3992 Bildungsfreistellungsgesetz Thüringer Menschen für ehrenamtliche  
3993 Tätigkeiten freistellt.

## 3994 **9. Zukunftsfähige und solide Haushaltspolitik**

3995 Die solide und vorausschauende Haushaltspolitik der vergangenen Jahre hat dafür  
3996 gesorgt, dass Thüringen auch in der Corona- und Energiekrise handlungsfähig  
3997 geblieben ist. Eine gute Finanzpolitik darf aber nicht nur die kurzfristige  
3998 Krisenbewältigung im Blick haben, sondern muss immer auch Gestaltungsspielräume  
3999 für kommende Generationen schaffen.

4000 Es bedarf daher in den nächsten Jahren einer klaren Prioritätensetzung im  
4001 Landeshaushalt. Nur so schaffen wir die für die kommenden Jahre notwendigen  
4002 Gestaltungsspielräume für Investitionen in die Transformation von Wirtschaft und  
4003 Gesellschaft.

4004 Das werden wir tun:

4005 • Wir werden den Landeshaushalt auch weiterhin an den Herausforderungen der  
4006 Zukunft ausrichten. Dafür sind uns eine realistische Finanzplanung mit  
4007 konstant hohen Investitionsquoten und ein sicherer Mittelabfluss ebenso  
4008 wichtig, wie die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, eine  
4009 aufgabengerechte Personalausstattung der öffentlichen Hand auf allen  
4010 Ebenen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Fortführung der  
4011 Schuldentilgung, der in Anbetracht der Pandemiebewältigung aufgenommenen  
4012 Kredite.

4013 • Um den Herausforderungen der anstehenden Transformation der Wirtschaft und

- 4014 der Verwaltung begegnen zu können, wollen wir die Investitionsquoten im  
4015 Landeshaushalt zwischen 16 und 18 Prozent stabilisieren.
- 4016 • Wir werden eine klare Prioritätensetzung in der Förderung vornehmen.  
4017 Förderprogramme sollen effizient und transparent gestaltet und eingesetzt  
4018 werden. Wir werden die Landesprogramme konzentrieren und vereinfachen, um  
4019 bessere Voraussetzungen für wichtige Investitionen in Schulen,  
4020 Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu schaffen.
- 4021 • Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Abschaffung der grundgesetzlichen  
4022 Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ein. Die Erfahrungen seit ihrer  
4023 Einführung zeigen, dass sie die Handlungsfähigkeit des Staates  
4024 insbesondere auf Länderebene massiv einschränkt. Damit zukunftsweisende  
4025 Investitionsprojekte z. B. im Rahmen der Energie- und Wärmewende nicht an  
4026 ihrer Finanzierbarkeit scheitern, muss es auch für die Länder möglich  
4027 sein, in einem gewissen Rahmen fristenkongruent zu finanzieren. Parallel  
4028 hierzu werden wir die Regelungen in der Thüringer Landeshaushaltsordnung  
4029 zu Kreditermächtigungen mit dem Ziel überprüfen diese, insbesondere für  
4030 investive Maßnahmen, zu erweitern und bei Bedarf anpassen.
- 4031 • Um den Herausforderungen der Transformation gerecht zu werden, werden wir  
4032 einen „Thüringer Transformationsfonds (TTF)“ zur langfristigen  
4033 Finanzierung von Zukunftsinvestitionen einrichten. Damit wollen wir in den  
4034 kommenden Jahren einen fühlbaren struktur- und klimapolitischen Impuls  
4035 setzen und den notwendigen Wandel in Thüringen aktiv gestalten. Damit  
4036 schaffen wir Finanzierungssicherheit für Unternehmen, öffentliche  
4037 Einrichtungen und Kommunen und vereinfachen die Mittelverwaltung innerhalb  
4038 der Landesverwaltung.
- 4039 • Zur Finanzierung dieser Investitionen des „Thüringer Transformationsfond  
4040 (TTF)“ werden wir die Ausgabe von „grünen“ Anleihen prüfen. Denn für  
4041 solche Anleihen bestehen regulatorisch Vorgaben dafür, welche Art von  
4042 Projekten finanziert werden dürfen. Damit schaffen wir nicht nur  
4043 Transparenz hinsichtlich der Mittelverwendung, sondern leisten zusammen  
4044 mit anderen Bundesländern einen Beitrag zum Wandel der Kapitalmärkte hin  
4045 zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.
- 4046 • Wir werden für die Zukunft vorsorgen. Wir werden die Rücklagen so  
4047 ausstatten, dass wir auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren können.  
4048
- 4049 • Wir werden die bestehenden Prozesse in der über viele Jahre gewachsenen  
4050 Förderlandschaft des Freistaats kritisch prüfen. Förderprogramme sollen  
4051 effizient und transparent gestaltet und eingesetzt werden. Nach kritischer  
4052 Prüfung dieser hinsichtlich ihrer Effektivität werden wir auch

4053 Streichungen in Betracht ziehen. Wir werden die Landesprogramme  
4054 standardisieren und vereinfachen, um bessere Voraussetzungen für wichtige  
4055 Investitionen in Schulen, Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu  
4056 schaffen. Dazu schaffen wir eine zentrale Förderplattform, die eine  
4057 vollelektronische Abwicklung aller landeseigenen Förderprogramme  
4058 ermöglicht. Und wir werden die Landeshaushaltsordnung sowie die  
4059 entsprechenden Verwaltungsvorschriften auf Möglichkeiten der  
4060 Entbürokratisierung prüfen.

4061 • Das seit 2022 rasant gestiegenen Zinsniveau stellt Kommunen und Unternehmen  
4062 zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente wie Bürgschaften und  
4063 zinsverbilligte Kredite können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem  
4064 unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu  
4065 wollen wir die Thüringer Aufbaubank als erfahrenen Partner des Freistaats  
4066 weiter stärken und mit der Umsetzung entsprechender Landesprogramme  
4067 beauftragen.

## 4068 **10. Wir in Europa**

4069 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie wichtig ein geeintes und  
4070 geschlossenes Europa ist. Frieden, Demokratie und ökonomischer Wohlstand, Basis  
4071 des Zusammenlebens auf unserem Kontinent, stehen verstärkt im Wettkampf mit  
4072 autokratischen und diktatorischen Systemen auf der Welt. Europa ist der  
4073 wichtigste Handelspartner vieler Thüringer Unternehmen, tausende von  
4074 Schüler:innen nehmen an europäischen Austauschprogrammen teil und Studierende lernen  
4075 heute in Universitäten europaweit. Viele Bauvorhaben in Thüringen wären ohne  
4076 Fördermittel aus der EU nicht finanzierbar. Europa ist Lebensrealität vieler  
4077 Thüringer:innen. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzendie europäische  
4078 Zusammenarbeit bei Bildung, Forschung und Transfer, im Arbeitsmarkt und in der  
4079 Kultur zu vertiefen.

4080 Viele dieser Herausforderungen vor denen wir aktuell stehen, lassen sich nicht  
4081 auf nationaler Ebene lösen seien es geopolitische Fragen oder die Bekämpfung des  
4082 menschengemachten Klimawandels. Deshalb engagieren wir uns weiterhin für ein  
4083 starkes, gemeinsames und soziales Europa.

4084 Das werden wir tun:

4085 • Wir werden im Ausschuss der Regionen für ein starkes, nachhaltiges und  
4086 soziales Europa eintreten, das auch in Krisenzeiten zusammensteht und  
4087 niemanden zurücklässt. Wir wollen ein bürgernahes und demokratisches  
4088 Europa, in dem nicht nur darüber gesprochen wird, was besser laufen kann,  
4089 sondern auch darüber, wo Europa im Freistaat wirkt und das Leben vieler  
4090 Bürger:innen bereichern kann.

- 4091 • Wir wollen ein soziales Europa, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit,  
4092 gerechte Steuern und eine soziale Grundsicherung schafft. Unser Ziel ist  
4093 eine Europäische Union, die soziale Mindeststandards sichert, Lohn und  
4094 Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen Grundrechte für alle  
4095 Bürger:innen in Europa stärkt.
  
- 4096 • Wir werden am Wissenschaftsstandort Thüringen in die grenzüberschreitende  
4097 Forschung investieren und unsere Wissenschafts- und Forschungspolitik  
4098 international ausrichten.
  
- 4099 • Wir werden den Austausch der Bürger:innen in Europa fördern. Dazu wollen  
4100 wir verstärkt europäische Städtepartnerschaften unterstützen und neue  
4101 Ideen für die internationale Arbeit vor Ort entwickeln.
  
- 4102 • Wir wollen die Barrieren des grenzübergreifenden Arbeitsmarktes weiter  
4103 abbauen, an mehr gemeinsamen Bildungsabschlüssen arbeiten und an der  
4104 schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen.
  
- 4105 • Wir werden die Europäische Bildungsarbeit in unseren Bildungseinrichtungen  
4106 ausbauen und daran arbeiten neben Studierenden verstärkt Auszubildenden  
4107 über Erasmus+ die Möglichkeit zu einem Austausch zu geben.
  
- 4108 • Wir setzen uns ein für ein Europa, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
4109 schützt und die Einhaltung der Menschenrechte sichergesllt sowohl gegen  
4110 Angriffe im Inneren als auch in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen  
4111 an den EU-Außengrenzen.

## **INI1 Schuldenbremse ausbremsen – Grundgesetz zukunftsfest machen.**

Antragsteller\*in: SPD Jena

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Die Schuldenbremse macht seit 2011 strenge Vorgaben mit Blick auf die Aufnahme  
2 von Krediten durch Bund und Länder. Dabei war von Anfang an klar, dass diese  
3 Regelung ihr Ziel, ein strukturelles Defizit im Haushalt zu verhindern, nur um  
4 den Preis radikaler staatlicher Enthaltensamkeit im Angesicht multipler Krisen  
5 erreichen kann. Diese Konstruktionsfehler haben sich auf dramatische Weise in  
6 der neuesten Entscheidung des Bundesverfassungsgericht in Sachen  
7 Klimatransformationsfonds gezeigt als eine weitere Folge einer fehlgeleiteten  
8 Regelung.

9 Für uns ist klar: Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form muss weg.  
10 Deutschland weist mit einer Schuldenquote von 64 % des BIP weit unter dem  
11 Durchschnitt der Eurozone iHv 90 %. Damit liegt die Verschuldung deutlich unter  
12 der von anderen wirtschaftlich starken Staaten wie Frankreich (111%) und  
13 Großbritannien (85 %). Der Vergleich zu anderen Staaten zeigt auch: Durch die  
14 Schuldenbremse gerät Deutschland immer weiter in den Rückstand. Während etwa die  
15 Vereinigten Staaten einen kreditfinanzierten Inflation Reduction Act erlassen  
16 haben, welcher die Auswirkungen der weltweiten Inflation weitestgehend  
17 abgeschwächt hat, rutscht Deutschland zunehmend in Richtung Rezession weil dem  
18 Staat die Möglichkeiten fehlen um effektiv gegenzusteuern.

19 Die verheerende Wirkung der Schuldenbremse trifft Ostdeutschland dabei besonders  
20 stark. Hier steht der strukturelle Wandel in ganzen Regionen auf dem Spiel, weil  
21 abseits von Großprojekten zahlreiche Investitionen aufgeschoben werden oder  
22 sogar ganz vor dem Aus stehen. Gleiches gilt für zahlreiche andere Maßnahmen zur  
23 Erreichung der grundgesetzlich geforderten Klimaziele. Im Bereich der Energie-  
24 und Verkehrswende betrifft die aktuelle Haushaltssperre etwa die Errichtung von  
25 Ladestationen für Elektroautos und den Ausbau des öffentlichen Nah- und  
26 Fernverkehrs. Im höchst relevanten Wohnungssektor steht die zügige Sanierung des  
27 überalterten Gebäudebestandes vor dem Aus, weil Geld für Fördermittel fehlt.

28 Auch politisch ist die Schuldenbremse ein hohes Risiko. Finanzielle Austerität  
29 führt, das zeigt ein Blick in andere europäische Staaten ganz deutlich, nicht  
30 nicht zu einer Stabilisierung von Finanzen und Gesellschaft und einer gerechten

31 Verteilung gesellschaftlicher Lasten auf alle Generationen, sondern in  
32 allererster Linie zu einem erstarken (rechts-) extremer Gruppierungen und  
33 Parteien. Neueste Studien belegen: Einsparungen in Höhe von einem Prozent führen  
34 zu einem erstarken rechter Parteien um ca. 3 %. Insbesondere in Ostdeutschland  
35 ist uns schmerzhaft bewusst, welche Folgen sich aus einem plötzlichen Rückzug  
36 des Staates aus essentiellen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ergibt.  
37 Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

38 Daher fordern wir:

39 1) Die Finanzverfassung, insbesondere der Art. 109 GG, muss grundsätzlich  
40 reformiert werden.

41 2) Die Schuldenbremse darf nicht länger eine Zukunftsbremse sein. Die Aufnahme  
42 von Krediten, die zur Finanzierung langfristiger Investitionen dienen, müssen  
43 unbeschränkt möglich sein. Das gilt insbesondere für Investitionen in  
44 Ostdeutschland und zur Bewältigung der Klimakrise.

45 3) Die Aufnahme anderer Kredite muss flexibilisiert werden, so dass der Staat  
46 auch in Zeiten multipler Krisen handlungsfähig bleibt.

47 4) Die Thüringer Schuldenbremse leidet unter demselben Konstruktionsfehler.  
48 Allein die klimaneutrale Modernisierung der öffentlichen Gebäude wird 270  
49 Millionen Euro kosten, die unter Geltung der Thüringer Schuldenbremse nicht  
50 aufgebracht werden können. Wir werden die entsprechenden Normen ebenfalls  
51 modernisieren.